

**Universität Duisburg-Essen
Standort Duisburg
- Institut für Politikwissenschaft -**

- Masterarbeit -

**„Die öffentliche Meinung nach der Bundestagswahl 2005 im
Spiegel der überregionalen Qualitätspresse“**

**Erstprüfer: Prof. Dr.: Rüdiger Schmitt-Beck
Zweitprüfer: Thorsten Faas M.Sc.**

Michael Burs

Duisburg, 15.August 2007

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Die Bildung der Großen Koalition im Jahr 2005	7
2.1 Die Bundestagswahl.....	7
2.2 Der chronologische Ablauf des Prozesses der Regierungsbildung.....	10
3. Die Bedeutung von Öffentlichkeit und Öffentlicher Meinung	16
3.1 Die zentralen Akteure der Öffentlichkeit.....	18
3.1.1 Die Sprecher.....	19
3.1.2 Das Publikum.....	20
3.1.3 Die Medien.....	22
3.2 Die Bedeutung von Nachrichtenfaktoren.....	25
3.3 Trennung von Nachricht und Meinung.....	28
3.4 Die Bedeutung der Qualitätspresse auf die öffentliche Meinung.....	30
3.5 Die Bedeutung der Öffentlichen Meinung für die Regierungsarbeit.....	32
4. Aufbau der Untersuchung	36
4.1 Die Fragestellung.....	37
4.1.1 Hypothesenbildung.....	38
4.1.2 Die Hypothesen zusammengefasst.....	43
4.2 Methodischer Teil.....	45
4.2.1 Zeitraum der Untersuchung.....	45
4.2.2 Festlegung des Codiermaterials.....	46
4.2.3 Datenerfassung und Datenbereinigung.....	48
4.2.4 Aussagenklassifizierung.....	51
4.3 Das Codebuch.....	52
4.4 Reliabilitätsprüfungen.....	55
5. Ergebnisse	57
5.1 Formale Variablen.....	57
5.2 Parteienbewertungen.....	58
5.2.1 Wertende Aussagen über die Parteien.....	59
5.2.2 Die Bewertung der SPD im Vergleich zur Union.....	60
5.2.3 Die Häufigkeit der Nennungen in den einzelnen Zeitungen.....	61
5.2.4 Die Bewertung von SPD und Union in den einzelnen Zeitungen.....	62
5.3 Akteursbewertung.....	63
5.3.1 Die Bewertung der politischen Spitzen-Akteure.....	64
5.3.2 Die politischen Spitzen-Akteure im Vergleich zueinander.....	65
5.3.3 Die Bewertung von Schröder und Merkel in den einzelnen Zeitungen.....	65
5.3.4 Die Aussagen in Bezug auf die Bundestagswahl.....	67
5.3.5 Die Aussagen in Bezug auf Kanzlerfrage und persönlichem Auftreten.....	69

5.3.6 Die Bewertung vor und nach Schröders Rücktrittsankündigung.....	70
5.3.7 Schröder und Merkel im Vergleich zu den Parteiakteuren insgesamt.....	72
5.4 Koalitionsbewertungen.....	73
5.4.1 Die Bewertung der unterschiedlichen Koalitionsoptionen.....	74
5.4.2 Die Koalitionsoptionen nach Schröders Rücktrittsankündigung.....	76
5.4.3 Die Bewertung der Großen Koalition in den einzelnen Zeitungen.....	77
6. Zusammenfassung und Diskussion.....	79
7. Literaturverzeichnis.....	85
8. Anhang.....	90
9. Eidesstattliche Versicherung.....	97

Die öffentliche Meinung nach der Bundestagswahl 2005 im Spiegel der überregionalen Qualitäts- presse

1. Einleitung

Also, ich sage ihnen: Glauben Sie im Ernst, dass meine Partei auf ein Gesprächsangebot von Frau Merkel bei dieser Sachlage einginge, in dem sagt, sie möchte Bundeskanzlerin werden. Also, ich meine, wir müssen die Kirche doch mal im Dorf lassen. Die Deutschen haben doch in der Kandidatenfrage eindeutig votiert. Das kann man doch nicht ernsthaft bestreiten.

(...) Ich sage ihnen: Ich führe Gespräche. Und ich sage ihnen heute voraus: Die werden erfolgreich sein. Wenn Frau Merkel eine Koalition hinkriegt mit der FDP und den Grünen. Dann kann ich dagegen nichts sagen. Das werde ich auch nicht tun. Aber sie wird keine Koalition unter ihrer Führung mit meiner sozialdemokratischen Partei hinkriegen. Das ist eindeutig. Machen sie sich da gar nichts vor. (Bundeskanzler Gerhard Schröder in der „Berliner Runde“¹)

Berlin, 18. September 2005, 20:30 Uhr: Die nach der Bundestagswahl anberaumte *Berliner Runde*, in der sich die Spitzenpolitiker der in den Bundestag gewählten Parteien² im öffentlich rechtlichen Fernsehen (ARD und ZDF) zum Wahlergebnis und den Fragen zur kommenden Bundesregierung äußern sollten, zeigte einen denkwürdigen Auftritt des Bundeskanzlers Gerhard Schröders (SPD). Entgegen der Tatsache, dass die Wähler seiner Partei und der bisherigen

¹ Vgl. Stern.de 2005

² Anwesend waren neben den Moderatoren Hartmund von der Tann (ARD) und Nikolaus Brender (ZDF) der Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), die Parteivorsitzende der CDU Angela Merkel, der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber, FDP-Parteivorsitzender Guido Westerwelle, Bundesaußenminister Joschka Fischer (Bündnis '90/Die Grünen) und der Vorsitzende der neu in den Bundestag gewählten Fraktion PDS.dieLinke Lothar Bisky

Regierungskoalition zusammen mit den Grünen die Mehrheit entzogen, verkündete er sich selber gut zwei Stunden nach den ersten Hochrechnungen in der Öffentlichkeit zum Wahlsieger und kündigte an, dass er in der anstehenden Legislaturperiode Bundeskanzler bleiben werde. Welche Strategie der Bundeskanzler mit diesem Auftritt verfolgte, lässt sich im Nachhinein nicht abschließend beantworten. Schröder selbst äußerte sich mit einigem Abstand zu den Ereignissen in seiner im Herbst 2006 erschienenen Biografie zu dem Thema derart, dass er sich bereits am Wahlabend darüber im Klaren gewesen ist, dass es auf eine große Koalition hinauslaufen würde und er mit seinem Auftreten lediglich den *Preis* in die Höhe treiben wollte. Über einen Verbleib im Kanzleramt machte sich Schröder nach eigenen Angaben somit nicht wirklich ernsthafte Illusionen (Vgl. Schröder 2006 S.504f). Das Magazin *der Stern* veröffentlichte hingegen ein Jahr nach der Bundestagswahl am 16. November 2006 einen Artikel, demzufolge Schröder versucht haben soll, gemeinsam mit CSU-Chef Edmund Stoiber einen Putschversuch gegen die CDU-Vorsitzende Angela Merkel durchzuführen, und er anschließend weiterhin als Bundeskanzler eine Großen Koalition aus SPD und CDU/CSU anführen wollte. Edmund Stoiber soll schließlich dieses Vorhaben abgelehnt haben (Vgl. Der Stern 47/2006). Gerhard Schröder bestritt hingegen die Darstellung im Stern. Festzuhalten bleibt hingegen, dass der Auftritt des Bundeskanzlers in der Berliner Runde und in den Tagen danach, in denen er gemeinsam mit der SPD-Führung seinen Anspruch auf die Kanzlerschaft bekräftigte, zu einem Konflikt unter den Parteien im folgenden Prozess der Regierungsbildung führte und für Gesprächsstoff in der Öffentlichkeit sorgte. Als Konsequenz aus dem unvorhergesehenen Wahlergebnis und den miteinander unvereinbaren Positionen der Parteien stellte sich der Regierungsbildungsprozess im Jahr 2005 als der bisher längste in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dar³. Unter diesem Gesichtspunkt ist es interessant zu erfahren, wie die öffentliche Meinung diesen Prozess begleitete. Entgegen der öffentlichen Meinung ließe sich Regierungshandeln auf Dauer nicht durchsetzen, lautet eine Vermutung, welche auch in Kapitel 3.5 näher erläutert wird, deswegen ist davon auszugehen, dass die öffentliche Meinung einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Parteien und politischen Akteure in Bezug auf

³ Vgl. Focus-Online 2005

den Prozess der Regierungsbildung ausübte. Die Fragestellung die sich somit für diese Studie abzeichnet lautet:

Wie war die Resonanz der Pressekommentare der überregionalen Tageszeitungen in Deutschland auf den Prozess der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl im Jahr 2005?

Anders formuliert, wurden bestimmte politische Parteien, politische Spitzenakteure oder mögliche Koalitionsoptionen positiver oder negativer von den Qualitätszeitungen unterstützt? Wie wurde beispielsweise die SPD in Bezug auf ihre Position, dem Festhalten an dem Anspruch auf das Kanzleramt auch in einer Koalition mit der Union, bewertet? Ausgehend von der Tatsache, dass sich Angela Merkel letztendlich als Bundeskanzlerin einer Großen Koalition durchsetzen konnte, lautet daher die Annahme, dass die Ansprüche Gerhard Schröders von den Printmedien nicht unterstützt wurden und Schröder deshalb eine negativere Bewertung als Frau Merkel erhielt. Ähnliche Fragestellungen ergaben sich bei den Koalitionsoptionen: Da sich letzten Endes eine Große Koalition als neue Bundesregierung durchsetzte, wird davon ausgegangen, dass andere mögliche Optionen, wie ein Bündnis aus Union, FDP und Grüne (auch Jamaika-Koalition genannt) oder ein Bündnis aus SPD, FDP und Grüne (Ampel-Koalition) von den Medien nicht begünstigt wurden.

Diese Untersuchung geht dabei folgendermaßen vor: Zum einen werden in Kapitel 2 kurz die relevanten Ereignisse vom Herbst 2005 zusammengefasst. Durch die Darstellung des Ergebnisses der Bundestagswahl und die folgenden Ereignisse soll der komplizierte Sachverhalt der den Prozess der Regierungsbildung begleitete verdeutlicht werden. In Kapitel 3 wird dann die Bedeutung der Öffentlichkeit und der öffentlichen Meinung für die politischen Akteure aufgezeichnet. Dabei wird theoretisch erörtert, wodurch sich eine öffentliche Meinung auszeichnet und welche Rolle die verschiedenen Akteure, insbesondere die Medien, in der Öffentlichkeit spielen. Es wird auch dargelegt, dass sich in den Pressekommentaren der Zeitungen die veröffentlichte Medienmeinung am eindeutigsten ausdrückt (Kap. 3.3). Im daran anschließenden Kapitel 4 wird dann versucht, sich der oben formulierten Fragestellung anzunehmen. Dazu wurde eine Medienanalyse der Pressekommentare in den fünf überregionalen Tageszeitungen in Deutschland (die Welt, die Frankfurter

Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung, die Frankfurter Rundschau und die Tageszeitung) durchgeführt. Anhand einer Analyse der unterschiedlichen Aussagen in den Pressekommentaren soll dann in Kapitel 5 das öffentliche Bild in der Zeit nach der Bundestagswahl 2005 nachgezeichnet werden und die aufgeworfenen Fragestellungen beantwortet werden. Kapitel 6 fasst die jeweiligen Ergebnisse noch einmal kurz zusammen und stellt Vermutungen an über die möglichen Konsequenzen der festgestellten Ergebnisse für den politischen Betrieb in dem Zeitraum und liefert Diskussionsansätze.

2. Die Bildung der Großen Koalition im Jahr 2005

Bis die CDU-Vorsitzende Angela Merkel am 22. November 2005 zur ersten deutschen Bundeskanzlerin gewählt und vereidigt wurde, waren bereits 65 Tage nach der Bundestagswahl vergangen. Wie schon in der Einleitung erwähnt, nahm dieser Prozess der Regierungsbildung in der Geschichte der Bundesrepublik nie zuvor soviel Zeit in Anspruch. In den folgenden zwei Abschnitten wird ausführlich dargestellt, weshalb sich die Regierungsbildung im Jahr 2005 so kompliziert und langwierig gestaltete. Zunächst wird im folgenden Unterkapitel auf das Wahlergebnis eingegangen und im darauf folgenden Abschnitt der Ablauf der Ereignisse chronologisch dargestellt.

2.1 Die Bundestagswahl

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 vom 18. September gestalteten sich als kompliziert und zudem in hohem Maße überraschend. Kompliziert deshalb, weil es keines der politischen Lager geschafft hatte, eine Mehrheit zu erringen. Dem seit sieben Jahren bestehenden Regierungsbündnis aus SPD und Grüne wurde die Wählermehrheit entzogen, der von den Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP angestrebte Machtwechsel hin zu einer schwarz-gelben Koalition fand ebenfalls keine Mehrheit. Die Union verlor im Vergleich zur Vorwahl 3,3 Prozent der Stimmen und wurde somit nur knapp die stärkste Fraktion im neugewählten Bundestag vor der SPD. Überraschend gestaltete sich das Wahlergebnis deshalb, da in nahezu sämtlichen Umfrageinstituten vor der Wahl ein deutliche Mehrheit

für die Union (über 40 Prozent der Stimmen) vorhergesagt wurde und die Wahrscheinlichkeit für eine Mehrheit des schwarz-gelben Lagers für extrem hoch erachtet wurde. Wenige Monate vor der Wahl wurde von einigen demoskopischen Instituten sogar eine absolute Mehrheit für die Union für nicht unwahrscheinlich gehalten. Der denkbar knappe Vorsprung der Union gegenüber der SPD und das Nichtzustandekommen einer „Wunschkoalition“ aus Union und FDP oder SPD und Grüne führte folglich zu hohen Ungewissheiten am Wahlabend. Zwar standen die Ergebnisse der Nachwahl in Dresden⁴, welche am 2. Oktober stattfinden sollte noch aus, doch es war bereits am Abend des 18. September klar, dass diese Ergebnisse an den bestehenden Verhältnissen im neuen Bundestag nur geringfügig etwas verändern würden können. Die neuformierte Fraktion der Linkspartei, die sich im Jahr 2005 aus der PDS und der neugegründeten Partei WASG gebildet hatte, gelang mit 8,7 % der Stimmen der Einzug in den Bundestag. Eine mögliche Regierungsbeteiligung der Linkspartei wurde jedoch nicht nur von den etablierten Parteien, sondern auch von den Parteiführern der Linken selbst, vor und nach der Wahl ausgeschlossen. Am Wahlabend musste folglich über Koalitionsoptionen spekuliert werden, welche im Wahlkampf nicht thematisiert wurden. Im Öffentlich-rechtlichen Fernsehen wurde am Wahlabend der Begriff *Jamaika-Koalition* verwendet, welcher bis zu diesem Zeitpunkt in der Öffentlichkeit weitestgehend unbekannt war. Der Begriff konstituierte sich aufgrund der gleichen Farben der jamaikanischen Landesflagge (Schwarz, Gelb und Grün) mit den Farben der Parteien Union, FDP und Grüne. Die weiteren denkbaren Konstellationen über ein Regierungsbündnis, über die ernsthaft spekuliert wurden, waren eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grüne und eine Große Koalition aus Union und SPD. Der Parteichef der FDP Guido Westerwelle verkündete jedoch bereits nach Bekanntgabe der ersten Hochrechnungen um kurz vor 19 Uhr vor den Fernsehkameras im Thomas-Dehler-Haus, dass seine Partei für „eine Ampel oder andere Hampeleien“ nicht zur Verfügung stehen würde⁵. Er begründete dies damit, dass auf dem Parteitag kurz zuvor einstimmig beschlossen wurde, dass lediglich eine Koalition mit der Union angestrebt werden würde. Aufgrund dieser eindeutigen Absage des Parteiführers

⁴ Aufgrund des plötzlichen Ablebens der Direktkandidatin der NPD in dem Wahlkreis kurz vor der Bundestagswahl, musste die Wahl in diesem Wahlbezirk um zwei Wochen verschoben werden.

⁵ (Vgl. Buse, u.a. 2005 S.26)

der FDP an ein mögliches Regierungsbündnis mit SPD und Grüne, wurde somit eine Kombination aus SPD und CDU/CSU als wahrscheinlichste Variante erachtet. Diese Koalitionsbildung erwies sich jedoch als ebenfalls schwierig, da der amtierende Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) am Wahlabend bei einem denkwürdigen Auftritt in der Fernsehsendung *Berliner Runde* des öffentlich rechtlichen Fernsehens eindeutig zu verstehen gab, dass seine Partei sich unter keinen Umständen in ein Bündnis mit der Union begeben würde, in der die Union den Bundeskanzler, bzw. die Bundeskanzlerin stellen würde (Siehe Zitat Einleitung). Guido Westerwelle hingegen unterstrich in ebendieser Fernsehsendung nochmals eindeutig, dass sich die FDP ebenfalls nicht in eine Koalition unter Führung der SPD einbinden lassen würde. Die Union hingegen beharrte darauf, in einem möglichen Regierungsbündnis als stärkste Fraktion auch den Posten des Bundeskanzlers zu besetzen. Dass die stärkste Fraktion den Bundeskanzler stellt, ist zwar nicht im Grundgesetz verankert, entsprach in der Geschichte der Bundesrepublik jedoch stets der Realität. Das Auftreten Gerhard Schröders und seine Ankündigung, dass er weiterhin Bundeskanzler bleiben würde und der CDU-Spitzenkandidatin Angela Merkel eine deutliche Absage dafür erteilte, dass sie eine mögliche Große Koalition aus Union und SPD als erste deutsche Bundeskanzlerin anführen könne, barg enormes Konfliktpotenzial, was schon am Wahlabend in der Berliner Runde von den Anwesenden kritisiert und missbilligend kommentiert wurde⁶. Es konnte also konstatiert werden, dass Bildung einer neuen Bundesregierung einige Zeit in Anspruch nehmen würde, da die Situation aufgrund der Positionen der Akteure festgefahren zu sein schien.

Am Abend des 18. Septembers wurden somit keine eindeutigen Indizien für die Bildung der kommenden Bundesregierung geliefert. Folglich entstanden in den Medien zahlreiche weitere Szenarien, wie der Prozess der Regierungsbildung weiterverlaufen könnte. Die Spekulationen reichten von einer Großen Koalition unter Verzicht der beiden Spitzenkandidaten Angela Merkel und Gerhard Schröder auf das Amt des Bundeskanzlers, hin zu einer möglichen Minderheitskoalition von SPD und Grüne, unter Duldung der Linkspartei, bis hin zu

⁶ Guido Westerwelle: *Ich bin zwar jünger als sie. Herr Bundeskanzler, aber nicht blöder*“, ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender: *„Sie haben von Medienmacht und Medienkampagne geredet.“*(...) *„Ich weise darauf hin, dass der ARD und dem ZDF dies nicht vorzuwerfen ist. Nicht alles, was Ihnen passt.“*
(Vgl. Stern.de a.a.O.)

Neuwahlen, nachdem der amtierende Bundespräsident Horst Köhler (CDU) nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen dazu gezwungen worden wäre, den Bundestag erneut aufzulösen.

2.2 Der chronologische Ablauf des Prozesses der Regierungsbildung

Der Folgende Abschnitt zeichnet den chronologischen Ablauf des Prozesses der Regierungsbildung nach, wie er sich nach der Bundestagswahl 2005 darstellte⁷. Beginnend mit der Bundestagswahl am 18. September werden die Ereignisse aufgelistet, welche für die letztendliche Bildung der Großen Koalition relevant erschienen. Die Auflistung endet mit der Neukonstituierung des 16. Deutschen Bundestags, welcher gesetzeskonform exakt einen Monat nach der Wahl am 18. Oktober 2005 vollzogen wurde. Spätere Ereignisse, wie beispielsweise der Rückzug Edmund Stoibers vom bereits zugesagten Posten des künftigen Wirtschaftsministers fließen nicht mehr in die Auflistung mit ein, da diese Ereignisse keine grundsätzliche Bedeutung für die Bildung der Regierungskoalition aus Union und SPD besaßen. Zu diesem Zeitpunkt waren von den beiden Parteien bereits Koalitionsverhandlungen aufgenommen worden, und die Bildung der Großen Koalition galt praktisch bereits als beschlossene Sache.

Sonntag 18. September 2005

Wahl zum 16. Deutschen Bundestag (Das offizielle Wahlergebnis ist in Tabelle 1 auf der folgenden Seite ersichtlich).

Um 20:30 beginnt im öffentlich-rechtlichen Fernsehen (ARD und ZDF) die *Berliner Runde* mit den Spitzenakteuren der Parteien. Gerhard Schröder kündigt an, er werde Bundeskanzler bleiben und erteilt der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel eine deutliche Absage für eine mögliche Kanzlerschaft in einer Koalition mit der SPD. FDP-Parteivorsitzender Guido Westerwelle erklärt, dass seine Partei in keine Koalition mit SPD und Bündnis'90/Die Grünen eintreten werde.

⁷ Zusammengestellt aus der übereinstimmenden Medienberichterstattung nach der Bundestagswahl 2005. Herangezogen wurde hierzu das Magazin Der Spiegel, sowie die fünf überregionalen Tageszeitungen die Welt, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Süddeutsche Zeitung, die Frankfurter Rundschau und die tazzeitung.

Tabelle 1: Das endgültige amtliche Wahlergebnis⁸

	Wahlergebnis in Prozent	Gewinne / Verluste	Sitzverteilung	Gewinne / Verluste
CDU/CSU	35,2	-3,3	226	-22
SPD	34,2	-4,3	222	-29
FDP	9,8	+2,5	61	+14
Die Linke.PDS	8,7	+4,7	54	+52
Bündnis 90 / Die Grünen	8,1	-0,4	51	-4
Andere	3,9	0	0	0

Berücksichtigt ist hierbei bereits das Ergebnis der Nachwahl in Dresden vom 2. Oktober. Zuvor betrug die Mandatsverteilung bei der Union 225 Sitze.

Montag 19. September 2005

Der von CDU-Chefin Merkel vor der Wahl ins Gespräch gebrachte Kandidat für das Amt des Finanzministers Professor Paul Kirchhof verkündet seinen Rückzug aus der Politik.

Im Willy-Brandt-Haus verkündet SPD-Parteichef Franz Müntefering am Morgen, dass die SPD im neu gewählten Bundestag die stärkste Partei darstellt, da die numerisch stärkere Fraktion der Union aus zwei unterschiedlichen Parteien, der CDU und der CSU, bestünde.

Dienstag 20. September 2005

Angela Merkel wird in der Unions-Fraktionssitzung von 98,6 Prozent der Abgeordneten als Fraktionsvorsitzende wiedergewählt

Franz Müntefering wird von 95 Prozent der Abgeordneten der SPD-Fraktion erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Außenminister Joschka Fischer erklärt, er stehe für ein Spitzenamt in Partei und Fraktion der Grünen in der Opposition nicht zur Verfügung.

Mittwoch 21. September 2005

Union und Grüne verabreden sich zu einem ersten Sondierungsgespräch am darauffolgenden Freitag.

Die Führungsriege der SPD und der Grünen treffen sich zu einem Sondierungsgespräch.

⁸ Vgl. Bundeswahlleiter 2005

Donnerstag 22. September 2005

Die Parteiführer der Union und der FDP treffen sich zu einem ersten Sondierungsgespräch im Berliner Reichstag. Es werden die Möglichkeiten des Zustandekommens eines Regierungsbündnisses zusammen mit den Grünen erörtert; die sogenannte Jamaika-Koalition.

Es kommt ebenfalls zu einem ersten Treffen der Spitzen von Union und SPD in der Parlamentarischen Gesellschaft gegenüber vom Reichstag. Angela Merkel, Edmund Stoiber, Franz Müntefering und Gerhard Schröder erörtern die Möglichkeiten einer Großen Koalition.

Gerhard Schröder bedauert seinen Fernseh-Auftritt in der Berliner Runde am Wahlabend. Angela Merkel fordert, dass die SPD anerkenne, dass die Union die stärkste Kraft im Bundestag darstellt. Man verabredet sich zu einem weiteren Treffen am darauffolgenden Mittwoch. Einigkeit herrscht darüber, dass keine Neuwahlen stattfinden sollen.

Freitag 23. September 2005

Die Idee des „*Israelischen Modells*“⁹ wird erstmals in die Öffentlichkeit getragen, auch „Kanzler-Sharing“ genannt. Die Idee lautet, die Kanzlerschaft könnte in der Legislaturperiode zwischen SPD und Union aufgeteilt werden. In der ersten Hälfte würde Gerhard Schröder die Regierung anführen, in der zweiten würde der Bundeskanzler von der Union gestellt.

Ein erstes Sondierungsgespräch zwischen Union und den Grünen zwecks Bildung der Jamaika-Koalition findet statt. Es führt jedoch zu keinen konstruktiven Ergebnissen. Weitere Gespräche zwischen den Parteien werden zunächst nicht vereinbart.

Sonntag 25. September 2005

Bundeskanzler Gerhard Schröder spricht sich erstmals für eine Große Koalition für die nächsten vier Jahre aus. Er deutet Kompromissbereitschaft im Streit um die Kanzlerschaft an.

Montag 26. September 2005

Spitzenpolitiker von Bündnis90/ Die Grünen kündigen an, dass es keine weiteren Gespräche mit der Union über eine Jamaika-Koalition geben werde.

⁹ Israelisches Modell wurde die Variante des Abwechselns im Kanzleramt deshalb genannt, weil in den 1980er Jahren in Israel eine Regierungskoalition der Parteien *Likud* und *Avoda* gebildet wurde, in der zunächst Schimon Peres und anschließend Jitzchak Schamir den Ministerpräsidenten stellten (Vgl. Afhüppe u.a. 2005 S. 27f).

CDU-Chefin Angela Merkel erklärt den Verzicht der SPD auf die Kanzlerschaft zur Bedingung für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen.

Mittwoch 28. September 2005

Vor den Sondierungsgesprächen mit der SPD erklärt die CDU-Vorsitzende Merkel in einer Fraktionssitzung, dass die Union nicht auf den Posten des Bundestagspräsidenten verzichten wolle, der traditionell der stärksten Fraktion im Bundestag zustehe. Der Bundestagspräsident muss bereits bei der ersten sich konstituierenden Sitzung des neuen Bundestags am 18. Oktober gewählt werden.

Beim zweiten Sondierungstreffen zwischen Union und SPD wird die Kanzlerfrage nicht abschließend geklärt. Man einigt sich darauf, das Ergebnis der Nachwahl in Dresden abzuwarten und verständigt sich zunächst einmal über sachpolitische Themen.

Freitag 29. September 2005

Bundeskanzler Gerhard Schröder und CDU-Chefin Angela Merkel werben in Dresden noch einmal verstärkt um Stimmengewinne bei der Nachwahl am folgenden Sonntag. Union und SPD gehen davon aus, dass ein gutes Abschneiden bei dieser Wahl ihre Positionen in den kommenden Koalitionsverhandlungen stärken würden.

Sonntag 02. Oktober 2005

Bei der Nachwahl in Dresden (Wahlbeteiligung 72 Prozent) erhält CDU-Kandidat Andreas Lämmel das Direktmandat. Die Mehrheit der Stimmen erhält die SPD, was an den Kräfteverhältnissen im Bundestag jedoch nichts ändert. Der Verhältnis der Sitze im Bundestag zwischen Union und SPD beträgt nunmehr 226 : 222.

Montag 03. Oktober 2005

Vor einer Sitzung des SPD-Präsidiums erklärt Gerhard Schröder indirekt seine Bereitschaft zum Amtsverzicht. Er wolle einer Fortführung des Reformprozesses und der Bildung einer stabilen Regierung nicht im Wege stehen. Über den Führungsanspruch der SPD könne nur die Parteispitze entscheiden.

Mittwoch 05. Oktober 2005

Das dritte Sondierungsgespräch zwischen Union und SPD findet statt. Beide Seiten bewerten den Fortgang anschließend als positiv. Edmund Stoiber erklärt, dass keine weiteren Sondierungsgespräche mehr erforderlich seien und ab der kommenden Woche Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden können, wenn die Kanzlerfrage geklärt sei. SPD-Chef Franz Müntefering äußert ebenfalls, dass keine weiteren Sondierungsgespräche nötig sein würden.

Donnerstag 06. Oktober 2005

Angela Merkel, Edmund Stoiber, Gerhard Schröder und Franz Müntefering treffen sich zu einem Spitzengespräch, um die Kanzlerfrage zu klären. Ein abschließendes Ergebnis wird nicht erzielt. Man vereinbart ein weiteres Spitzentreffen für Sonntag Abend. Franz Müntefering wiederholt, dass es das Ziel der SPD bleibe, mit Schröder an der Spitze weiter zu regieren. Angela Merkel sagt vor der Presse: „Ich werde Kanzlerin“

Freitag 07. Oktober 2005

Rund 180 SPD-Abgeordnete setzen sich dafür ein, dass Schröder Kanzler bleibt. Gemeinsam fordern die *Parlamentarische Linke* und der *Seeheimer Kreis*¹⁰ die SPD-Spitze auf, in den Verhandlungen am Sonntag hart zu bleiben.

Sonntag 09. Oktober 2005

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit findet in der Parlamentarischen Gesellschaft mit Gerhard Schröder, Franz Müntefering, Angela Merkel und Edmund Stoiber ein Spitzengespräch statt, in welchem über die Kanzlerfrage entschieden wird.

Montag 10. Oktober 2005

Gerhard Schröder erklärt in der SPD-Vorstandsitzung im Willy-Brandt-Haus am Morgen seinen Verzicht auf das Kanzleramt. Den Journalisten stellt er sich am Montag nicht.

Nach einem letzten Spitzengespräch billigen die Parteivorstände von CDU, CSU und SPD die Einigung zu einer großen Koalition unter der Führung von Angela Merkel. Der SPD werden acht von 16 Ministerposten zugebilligt außerdem zwei Bundestagsvizepräsidenten. Angela Merkel spricht von einer „Koalition der neuen Möglichkeiten“

Dienstag 11. Oktober 2005

Edmund Stoiber, der dem kommenden Kabinett als Wirtschaftsminister angehören möchte, und Franz Müntefering führen eine öffentliche Debatte über die Richtlinienkompetenz der designierten Bundeskanzlerin Merkel.

Mittwoch 12. Oktober 2005

Im Kongresszentrum seiner Heimatstadt Hannover erklärt Gerhard Schröder bei einem öffentlichen Auftritt, dass er der neuen Bundesregierung definitiv nicht angehören werde. Franz Müntefering gibt an, dass er der künftigen Regierung als Arbeits- und Sozialminister sowie als Vizekanzler angehören möchte.

¹⁰ Die Parlamentarische Linke und der Seeheimer Kreis sind Zusammenschlüsse aus SPD-Bundestagsabgeordneten, die in den Jahren 1974, bzw. 1975 gegründet wurden.

Montag 17. Oktober 2005

Union und SPD präsentieren vor dem offiziellen Beginn der Koalitionsverhandlungen ihre jeweiligen Kabinettsmitglieder. Im Willy-Brandt-Haus beginnen anschließend die offiziellen Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD

Dienstag 18. Oktober 2005

Der 16. Deutsche Bundestag konstituiert sich zu seiner ersten Sitzung.

Mit der Neukonstituierung des 16. Deutschen Bundestags wird in dieser Arbeit der Prozess der Regierungsbildung als beendet angesehen. Bis zur letztendlichen Unterzeichnung des Koalitionsvertrages seitens der Union und der SPD dauerte es zwar noch bis zum 18. November 2005, jedoch sind in diesem Zeitraum, ausgehend vom 18. Oktober, keine Ereignisse erfolgt, welche ernsthaft zu einer anderen Koalitionsbildung als der Großen Koalition hätten führen können. Im bereits vorab festgelegten Kabinett gab es allerdings noch eine personelle Änderung, indem CSU-Parteichef Edmund Stoiber von dem ihm zugeordneten Posten des Wirtschaftsministers zurückwich und sein Amt als Ministerpräsident Bayerns fortzuführen gedachte. Auslöser für diesen Rückzug war, laut der Erklärung Stoibers, der Rücktritt von Franz Müntefering als Parteivorsitzender der SPD am 31. Oktober 2005, aufgrund der Wahl der ehemaligen Jusos-Vorsitzenden Andrea Nahles zur Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei anstelle des von Müntefering gewünschten Kandidaten Karl-Josef Wasserhövel. In den Medien wurde daraufhin kurzzeitig über ein Scheitern der Koalitionsverhandlungen seitens der beiden Volksparteien spekuliert, ernsthaft im Raum stand eine alternative Koalition jedoch nicht. Der Posten des Wirtschaftsministers wurde daraufhin mit dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Michael Glos besetzt. Am 22. November schließlich wurde Angela Merkel vom 16. Deutschen Bundestag zur ersten deutschen Bundeskanzlerin gewählt.

3. Die Bedeutung von Öffentlichkeit und Öffentlicher Meinung

Öffentlichkeit und öffentliche Meinung nehmen in politischen Prozessen eine bedeutende Stellung ein. Gesetzesvorhaben werden neben formellen Bedingungen auch daraufhin geprüft, ob sie von der Öffentlichkeit akzeptiert werden, folglich macht das politische System häufig Entscheidungen von der Zustimmung der öffentlichen Meinung abhängig. Außerdem ist es für einen politischen Akteur in der Regel unerlässlich, sich in der Öffentlichkeit ein günstiges Image zu verschaffen, da seine Karriere oftmals an die Zustimmung und Akzeptanz in der Bevölkerung gekoppelt ist. Öffentlichkeit für sich einzunehmen kann somit als wichtiges Ziel von gesellschaftlichem und politischen Handeln bezeichnet werden (Vgl. Gerhards/ Neidhardt 1991 S.31). Doch was genau ist unter Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung zu verstehen? Zahlreiche Ansätze finden sich dazu in der Sozialforschung. Jürgen Habermas lieferte bereits 1962 mit seiner historisch-systematischen Arbeit über den Strukturwandel der Öffentlichkeit wichtige Erkenntnisse für die Aufnahme des Begriffes Öffentlichkeit in das sozialwissenschaftliche Begriffsinventar „*Habermas entwickelte ein Beispiel der Entstehung bürgerlicher Öffentlichkeit ein normatives basisdemokratisch orientiertes Idealmodell von Öffentlichkeit.*“ (Vgl. Gerhards 1998 S.268). Bezeichnet wird dabei ein kommunikativer Bereich, in dem alle Bürger mit Argumenten öffentliche Belange diskutieren, bis dies letztendlich zur Bildung einer öffentlichen Meinung führe, welche als Grundlage für politische Entscheidungen diene (Vgl. Ebd.). Elisabeth Noelle-Neumann benennt, dass es entscheidend für die öffentliche Meinung sei, dass Meinungen allgemein zugänglich vorgetragen würden, insbesondere durch Verbreitung durch die Massenmedien. Öffentliche Meinung wird somit oftmals mit herrschender Meinung gleichgesetzt, was dazu führen könne, dass Personen oder Institutionen selbst gegen ihren Willen zu einem Verhalten bewegt werden können. (Vgl. Noelle-Neumann 1980 S.89f) Noelle Neumann leitete daraus die Theorie der *Schweigespirale* ab, die besagt, dass unpopuläre Meinungen, welche nicht der öffentlichen, sprich herrschenden Meinung entsprechen würden, seltener von den Individuen geäußert würden, da dies sozial erwünscht sei und zu Isolation des Betroffenen führen möge (Vgl. Ebd. S.86-93). Jürgen Gerhards definiert den

Begriff Öffentlichkeit als das Aggregat von Meinungen der Bürger einer Gesellschaft sowie ein „wie immer auch genau zu bestimmendes Kollektiv, das gleichsam der Souverän politischer Entscheidungen sein soll (Vgl. Gerhards a.a.O. S.268). Friedhelm Neidhardt wiederum charakterisiert Öffentlichkeit als ein *offenes Kommunikationsforum*. Das bedeutet, Öffentlichkeit entstehe dort, wo ein Sprecher vor einem Publikum kommuniziert, dessen Grenzen nicht exakt bestimmbar seien. Er benennt drei normative Ansprüche, welche an die Öffentlichkeit gestellt würden: Zum Ersten eine *Transparenzfunktion*; d.h. Öffentlichkeit müsse für alle gesellschaftlichen Gruppierungen zugänglich sein, zum Zweiten *Diskursivität*; mit den Meinungen anderer müsse diskursiv umgegangen werden und zum Dritten eine *Orientierungsfunktion*; durch Diskussionen zustande gekommene und überzeugend wahrgenommene und akzeptierte öffentliche Meinungen (Vgl. Neidhardt 1994 S.8f). Kristina Nolte definiert Öffentlichkeit als „*Sphäre, in der Kommunikation stattfindet, Informationen ausgetauscht werden und Interaktion stattfindet.*“ (Vgl. Nolte 2005 S.124). Entscheidend für Öffentlichkeit ist für Nolte ebenfalls die Zugänglichkeit für Jedermann. Nolte unterscheidet hierbei den Begriff öffentlich von privat, in dem sie dem Privaten eine exklusive Intimsphäre bescheinigt. Aus politischer Sicht bezeichnet Öffentlichkeit optimalerweise einen Raum, in dem Mitglieder einer Gesellschaft sich diskursiv über politische Themen austauschen und politische Sachverhalte kritisieren und kommentieren (Vgl. Ebd.). (Politische) Themen werden in der öffentlichen Meinung hierbei „abstrakt“ und „kontextfrei“ konstituiert. Über sie wird nicht nur in Zusammenhängen diskutiert, welche sich dem politischen System zuordnen ließen, sondern auch in anderen Sphären wie Familie, Stammtisch, Universitätsvorlesungen u.s.w. (Vgl. Luhmann 1994 S.27). Friedhelm Neidhardt spricht unter Berücksichtigung dieser Aspekte bei öffentlicher Kommunikation auch von Laienkommunikation (Vgl. Neidhardt a.a.O. S.13). Voraussetzung für die Bildung einer öffentlichen Meinung sind bestimmte *Aufmerksamkeitsregeln*. Aufmerksamkeit zöge zwar nicht zwingend eine Meinung zu einem Thema nach sich, das Nichtvorhanden sein von Aufmerksamkeit jedoch, würde zu keinem Meinungsbildungsprozess führen können (Vgl. Luhmann a.a.O. S.13/ Nolte a.a.O. S.126). Nach Niklas Luhmann sei öffentliche Meinung eben ein Konstrukt, welches sich durch Aufmerksamkeitsregeln konstituiere. Insbesondere die mediale Selektion führe besonders

in der heutigen Zeit durch die globale Ausbreitung der Massenmedien zu dem Ergebnis der öffentlichen Meinung, weniger der gemeinsame Diskurs. Gegenstand öffentlicher Meinung könne somit auch nur werden, was von den Medien auf Basis von Nachrichtenfaktoren aufgegriffen werde und den Medienrezipienten zugänglich gemacht werde (Vgl. Ebd.). Dieter Fuchs und Barbara Pfetsch hingegen bezeichnen die Diskursivität als unabdingbare Bedingung dafür, dass eine zustande gekommene Meinungskonstellation als eine legitime öffentliche Meinung der Bürger zu einer öffentlichen Meinung begriffen werden kann. (Vgl. Fuchs/Pfetsch 1996 S.106-108) Die Herstellung von Allgemeinheit sei nach Gerhards und Neidhardt dabei die Hauptfunktion von Öffentlichkeit. Wahrheit oder Vernunft seien nicht unabdingbare Sinnorientierungen (Vgl. Gerhards/Neidhardt a.a.O. S.49). Auch unwahre und unvernünftige Anschauungen können somit den Kern einer öffentlichen Meinung bilden, voraussetzend ist jedoch die Akzeptiertheit von der Allgemeinheit. An diesen Punkt setzt auch die Öffentlichkeitsarbeit von Parteien und Institutionen ein. Durch gezielte Thematisierungsstrategien und Öffentlichkeitskampagnen wird versucht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Doch hierbei ist es von Bedeutung, Zugang zu den Medienvertretern zu finden und ihre Themen in der Medienlandschaft zu platzieren. Hier sind verschiedene Strategien und Maßnahmen vonnöten, welche jedoch in dieser Arbeit nicht weiter erläutert werden. Die Medienvertreter selber haben hingegen direkten Zugang zur Öffentlichkeit und besitzen somit einen immensen Einfluss auf die Bildung der öffentlichen Meinung, je nachdem welches Medienformat sie bedienen. Auf die Bedeutung der Medien und der zentralen Akteure der Öffentlichkeit insgesamt, soll in den folgenden Abschnitten näher eingegangen werden.

3.1 Die zentralen Akteure der Öffentlichkeit

Akteure, die sich an der öffentlichen Kommunikation beteiligen, sind darum bemüht, beim Adressaten ihrer öffentlichen Kommunikationen zum einen Aufmerksamkeit für ihre Belange zu erwecken, zum zweiten ihre Meinungen als allgemein verbindliche Meinungen durchzusetzen. (Vgl. Gerhards a.a.O. S.270). Im Folgenden soll auf die zentralen Akteure, welche für das Entstehen von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung unerlässlich sind, näher eingegangen

werden. Im Allgemeinen spricht die Wissenschaft hierbei von drei unterschiedlichen zentralen Akteuren: dem Sprecher, dem Publikum sowie den Medien.

3.1.1 Die Sprecher

In der öffentlichen Kommunikation besitzen die Sprecher im allgemeinen ein hohes Interesse daran, dass sie öffentliche Aufmerksamkeit und Zustimmung für ihre Botschaften erlangen. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn das Publikum für den Sprecher den Stellenwert von Kundschaft und Elektorat einnimmt. Politische Parteien und Akteure sind in Demokratien somit immens von der öffentlichen Kommunikation und deren Akzeptanz beim Publikum abhängig. Um das Publikum erreichen zu können, bedienen sie sich folglich der Massenmedien. Für die Glaubwürdigkeit der Botschaften ist es von Bedeutung, in welchem Maße der Sprecher über die Attribute Prominenz und Prestige verfügt. Prominenz ist ein hilfreicher Indikator für die Erregung von Aufmerksamkeit. Ein öffentliches Interesse wird in den meisten Fällen am ehesten durch Prominenz erreicht, nicht unbedingt mit Prominenz einhergehend ist jedoch der Indikator Prestige. Durch Prestige gelingt es, nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch Zustimmung zu erzeugen.

Bernhard Peters unterscheidet fünf Arten von Sprecherrollen. Sie lassen sich danach unterscheiden, was oder wen sie vertreten. „Repräsentanten“ vertreten gesellschaftliche Gruppierungen und Organisationen, von denen sich wiederum „Advokaten“ unterscheiden lassen, welche Plädoyers mit Blick auf die Interessen von unverfassten Gruppierungen in den Diskurs einbringen. Sprecher mit wissenschaftlich-technischen Sonderkompetenzen, werden von Peters als sogenannte „Experten“ eingestuft. Den vierten Typus der Sprecher nehmen die „Intellektuellen“ ein. Komplettiert wird die Gruppe der Sprecher durch die „Kommentatoren“, womit Peters in erster Linie die Journalisten meint, welche sich zu einem öffentlichen Diskurs nicht nur berichterstattend, sondern mit eigenen Meinungen zum Thema zu Wort melden. Der letztgenannten Gruppe der Kommentatoren kommt in der hier vorliegenden Analyse das Hauptaugenmerk zu (Vgl. Peters 1994 S.56f / Neidhardt a.a.O. S.14).

3.1.2 Das Publikum

Öffentlichkeit entsteht dort, wo ein Sprecher vor einem Publikum kommuniziert. Als ein entscheidender Faktor stellt sich hierbei dar, dass man beim Publikum von einer prinzipiellen Unabgeschlossenheit sprechen kann (Vgl. Neidhardt a.a.O. S.12-14). Die Größe eines Publikums lässt sich bei massenmedialer Kommunikation nicht exakt bestimmen und über dessen Zusammensetzung nur wenig Fundiertes sagen. Da in Deutschland heutzutage nahezu sämtliche Bürger durch Massenkommunikation erreicht werden können, lässt sich über die genaue Wirkung von Kommunikation in der Gesellschaft nur wenig Fundiertes aussagen. Im Prinzip lässt sich die Gesamtheit der Bevölkerung als Publikum von öffentlicher Kommunikation bezeichnen, jedoch entspricht dies im Normalfall nicht der Realität, da Kommunikation auch seitens des Publikums ein Mindestmaß an Aktivität, sprich eine eigene Beteiligung am Interaktionsprozess, voraussetzt. Von einer kontingenten Größe kann beim Publikum somit nicht gesprochen werden. Friedhelm Neidhardt zieht daraus das Fazit, dass das Publikum somit alles andere als *bevölkerungsrepräsentativ* ist. (Vgl. Ebd. S.13) Bedeutsam ist in diesem Hinblick auch die Aufmerksamkeit, mit der die Kommunikationsprozesse verfolgt werden. So lassen sich zwar anhand von Einschaltquoten bei Radio- und Fernsehsendungen, sowie durch Auflagenstärke die quantitative Größe des Publikums einigermaßen eingrenzen, jedoch lässt sich nicht bestimmen, welche Kommunikationsprozesse tatsächlich den Rezipienten erreichen. Fernseh- und Radiosendungen werden teilweise mit geringer Aufmerksamkeit verfolgt, Zeitungsartikel können überlesen werden und somit gar nicht in den Focus der Adressaten gelangen. Insofern spielt auch der Umfang sowie die Platzierung und Gestaltung von Botschaften in den Medienformaten (z.B. Tageszeit der Ausstrahlung im TV, oder Platzierung eines Artikels auf der Titelseite einer Zeitung) eine Rolle für die tatsächliche Größe des Publikums von Kommunikationsprozessen. Neidhardt spricht jedoch auch von allgemeinen Merkmalen, welche für jede Form von Publikum zutreffend sind. Zum einen stellt er fest, dass ein Publikum mit zunehmender Größe eine ebenso größere Anzahl von Laien umfasst. Öffentliche Kommunikation wird nicht charakterisiert als Expertenkommunikation. Öffentlichkeitsakteure müssen sich somit auf eine begrenzte Verständnisfähigkeit des Publikums einstellen, um allgemeine Zustimmung beim Publikum zu erlangen. Die Nicht-Heterogenität des Publikums

führt allerdings auch zu Schwierigkeiten, da im Regelfall im Publikum auch Bezugsgruppen vertreten sind, welche der Sprecher nicht beabsichtigt zu erreichen (Vgl. Ebd.). Wenn beispielsweise ein wissenschaftlicher Diskurs geführt wird, sollten sich die Öffentlichkeitsakteure versichern, dass sie ihre Argumentation mit gesicherten Daten unterfüttern, da sich im Publikum zwar in der Regel überwiegend Laien befinden, jedoch zu großen Wahrscheinlichkeiten auch Experten, welche wiederum in der Öffentlichkeit die Unwahrheit der Aussagen herausstellen können. Ein solcher Effekt wiederum kann schnell einen öffentlichen Disput heraufbeschwören, welcher von der Öffentlichkeit noch intensiver wahrgenommen wird, da politischer Streit beim Publikum mehr Resonanz findet, als allgemeine politische Diskussionen. Öffentlichkeitsakteure müssen sich somit bewusst sein, dass die Undurchsichtigkeit der Zusammensetzung des Publikums zu negativen Folgen führen kann, falls ihre Kommunikationsakte sich als unzureichend oder mangelhaft darstellen. Inwiefern umstrittene Äußerungen vor Publikum sich verheerend auf den Sprecher auswirken können, lässt sich unter anderem an den folgenden Beispielen darstellen. Die damalige Justizministerin Hertha Däubler-Gmelin (SPD) hielt am 18. September 2002 in einer Sportgaststätte eines Turnvereins vor einem ausgewählt kleinem Publikum aus Tübinger Betriebsräten eine Rede und kritisierte dabei u.A. die Politik des US-Präsidenten George W. Bush, indem sie sein außenpolitisches Verhalten, mit dem von Adolf Hitler im zweiten Weltkrieg verglichen wurde, tags darauf in einer kleinen Regionalzeitung, dem „Schwäbischen Tagblatt“ (Eine tägliche Auflagenstärke von 46.000 Exemplaren¹¹) wiedergegeben und dies sorgte anschließend dafür, dass das deutsch-amerikanische Verhältnis nachhaltig beschädigt wurde und Hertha Däubler-Gmelin nach der von der rot-grünen Bundesregierung gewonnenen Bundestagswahl 2002 nicht mehr ins Kabinett berufen wurde (Vgl. Geyer/Kurbjuweit/Schnibben 2005 S.214f). Ähnliche Erfahrungen bezüglich der Konsequenzen der Unabgeschlossenheit des Publikums machte Papst Benedikt XVI. im September 2006, als er während eines Deutschlandbesuches an der Universität Regensburg in einer Rede indirekt den Propheten Mohammed kritisierte und somit massive Proteste in der muslimischen Gemeinschaft auslöste und erhöhte Sicherheitsvorkehrungen für seinen im November 2006 angestrebten

¹¹ Vgl. Schwäbisches Tagblatt 2007

Türkei-Besuch erforderlich machten¹². Letztlich bleibt noch festzuhalten, dass das Publikum nicht die Organisationsbedingungen eines kollektiven Akteurs erfüllt, was schließlich als folgenreich für die Handlungsfähigkeit des Publikums bezeichnet wird. (Vgl. Neidhardt a.a.O. S.13f) In diesem Zusammenhang sind seitens der Sprecher strategisch geplante Überzeugungskommunikationen erforderlich, um ihre Botschaften in die Öffentlichkeit zu tragen und öffentliche Unterstützung zu mobilisieren. Dabei gilt, je deutlicher sich die Übereinstimmung zwischen den artikulierten Wertvorstellungen der Sprecher mit denen des Publikums decken, desto größer wird der zu erwartende Mobilisierungseffekt in der Öffentlichkeit ausfallen (Vgl. Baringhorst 2004 S.76f).

3.1.3 Die Medien

Eine spezielle Rolle im öffentlichen Kommunikationsprinzip kommt den Medien, genauer gesagt, den Massenmedien zu. Sie vermitteln eine Massenkommunikation zwischen Publikum und Sprechern. Diese wird definiert als „eine indirekte Kommunikation, welche an ein unbestimmtes Publikum gerichtet ist und unabhängig vom Interaktionspartner stattfindet“ (Vgl. Nolte 2005 S.86). Massenmedien nehmen somit einen großen Stellenwert beim sozialen Feld der Öffentlichkeit ein, da Sprecher und Publikum nicht mehr direkt miteinander in Kontakt treten müssen. Der interaktive Zusammenhang zwischen Sprecher und Publikum ginge demnach verloren, führe jedoch auch zu einer wesentlich höheren und teilweise unvorhersehbaren Reichweite der Botschaften, wodurch sich die Größe des Publikums unermesslich steigern ließe (Vgl. Neidhardt a.a.O. S.11f). Medien treten dabei auch dergestalt in Erscheinung, dass sie eigene Beiträge produzieren und Beiträge anderer aufnehmen und an die jeweiligen Kommunikationsbedingungen anpassen und verbreiten. Medien gehören somit zu den Strukturen einer Gesellschaft und leisten als eigenständige Institutionen die Funktionen Integration und Steuerung (Vgl. Jarren 1996 S.81). In der gegenwärtigen Gesellschaft steigert sich die Bedeutung der Massenmedien auf die Weise, dass sie den Kommunikationsprozess zwischen politischen und gesellschaftlichen Institutionen sowie den Bürgern ermöglicht. Der Kommunikations-

¹² Vgl. Spiegel-Online 2006/ FAZ.NET 2006

prozess entwickelt sich zusehend zu einem medial bestimmten Prozess, die Medien nehmen somit im intermediären System eine zentrale, eigenständige und sozial flexible Rolle ein (Vgl. Ebd. S.88-89). Die verantwortlichen Medienakteure, (Journalisten, Redakteure) übernehmen hierbei eine Funktion als „*Gatekeeper*“ (Vgl. Peters 1994 S.58 / Staab 1990 S. 2-15), welche über die Zulassung, Beschaffung, Bearbeitung und Verbreitung von Informationen entscheiden. In ihrer Rolle als Produzenten eigener Botschaften verfügen sie über die Möglichkeit, über Beiträge zu berichten, sie zu dokumentieren oder zu kommentieren. Peters spricht dabei von einer „asymmetrischen Kommunikationsstruktur“, bei welcher der Rezipient die Richtigkeit und Angemessenheit im allgemeinen nicht selbstständig überprüfen kann (Vgl. Peters a.a.O. S.59). Glaubwürdigkeit der Journalisten wird somit zu einer wichtigen, jedoch auch „kritischen Größe“ (Vgl. Ebd.). Massenkommunikation muss das Kriterium erfüllen, für sämtliche Mitglieder der Gesellschaft zugänglich zu sein. Zwar wird in den meisten Fällen von den Rezipienten nur eine überschaubare Anzahl von Medien genutzt, so lesen die meisten Menschen nur eine Tageszeitung, oder sehen täglich einmal die Nachrichten im Fernsehen in einem bestimmten Programm. Allerdings werden Medien, in denen bedeutende Aussagen der Sprecher vorkommen, d.h. wenn diese den Nachrichtenwertfaktoren entsprechen, von den meisten Medien zitiert. Die Informationen werden somit durch andere Medienkanäle oder durch persönliche Interaktion der Rezipienten untereinander, dem Publikum zur Verfügung gestellt. Massenkommunikation liefert somit eine gemeinsame Grundlage für Kommunikation. Nach Kristina Nolte wird von den Massenmedien der Hintergrund für Kommunikation geliefert. Es werden die Themen in Umlauf gebracht und dadurch ein gemeinsamer Wissenstand an die Gesellschaft vermittelt. (Vgl. Nolte a.a.O. S.88/ Luhmann 1996 S.120, S.173) Dies führe anschließend dazu, dass eine Gemeinschaft entstehen könne, welche sich durch einen gleichen oder ähnlichen Wissenstand auszeichne. Medien besitzen somit eine zentrale Rolle im Meinungsbildungsprozess in der Gesellschaft. Sie geben mit ihrer Themensetzung vor, was im Publikum Eingang in den gesellschaftlichen Diskurs findet und welche Themen bedeutsam sind (Vgl. Nolte a.a.O. S.89). Die Macht die sich daraus für die Medien ergibt, ist nicht zu unterschätzen. Nach Christiane Eilders, Friedhelm Neidhardt und Barabara Pfetsch besitzen die Medien in erster Linie jedoch chronistische

Funktionen, exakter formuliert besitzen sie eine *Chronistenpflicht*. Medien selektieren, orientieren und informieren und dienen somit dazu, unter anderem den politischen Prozess transparent zu machen (Vgl. Eilders/Neidhardt/Pfetsch 2004 S.11). Dabei wird davon ausgegangen, dass in politischen oder wirtschaftlichen Krisenzeiten die Nutzungsfrequenz der Massemedien steigen, was sich anhand der Auflagenstärke oder Einschaltquoten in TV und Rundfunk messen lässt (Vgl. Wilke 1989 S.57). Jürgen Wilke schreibt der durch die Massenmedien zustande kommenden Massenkommunikation unter bestimmten Umständen eine geschichtsbildende Rolle zu. Besondere Ereignisse werden in ihrer Erscheinungsform durch die massenmediale Kommunikation bestimmt, teilweise gelte (Massen-) Kommunikation auch als notwendige Vorbedingung für das Entstehen von Ereignissen (Vgl. Ebd. S.59). Bestimmte Ereignisse existieren lediglich aufgrund der Existenz der Massenmedien, so inszenieren politische Akteure und andere Institutionen häufig Medien- und Pseudoereignisse, die lediglich zu dem Zweck durchgeführt werden, um Eingang in die Medienberichterstattung und dadurch in die Öffentlichkeit zu finden (Vgl. Schulz 1993 S.21). Nach Lutz Erbring sind Nachrichten der Massenmedien dafür zuständig, dass Politik in Kommunikation verwandelt und als Kommunikation vermittelt wird. Die Bürger nutzen in der Regel in der heutigen Zeit die Massenmedien, um einen Zugang zur Politik zu erhalten, der ihnen sonst verwehrt bliebe (Vgl. Erbring 1989 S.301). Die meinungsführenden Medien besitzen demzufolge auch eine *Themenstrukturierungskraft*. Sie üben Einfluss darauf aus, was in der Öffentlichkeit diskutiert wird, dadurch wird von den Medien auch vorgegeben, welche Themen für die Gesellschaft von Bedeutung sind. Von der real existierenden Umwelt wird dadurch allerdings von den Medien lediglich ein übersichtlicher Ausschnitt präsentiert, der andere mögliche relevante Botschaften ausblende (Vgl. Nolte a.a.O. S.89). Dennoch werde die interpersonale Kommunikation bei der Aufnahme von Medienbotschaften nicht vollends ausgeklammert. Interpersonale Kommunikation diene nämlich zur Bildung von Prädispositionen, Einstellungen und Meinungen gegenüber den Botschaften, welche durch die Medien verbreitet würden. Dies führe bei den Rezipienten zu eigenständigen Interpretationen der vermittelten Nachrichten (Vgl. Schenk 1989. S.410). Da Medien jedoch bestimmen oder zumindest weitgehend beeinflussen, was in der Öffentlichkeit diskutiert wird, muss man den

Medien eine sehr bedeutsame Rolle im kommunikativen Prozess der Öffentlichkeit konstatieren.

3.2 Die Bedeutung von Nachrichtenfaktoren

Welche Themen und Ereignisse werden jedoch über die Medien in die Öffentlichkeit getragen? Nicht jedes Ereignis und nicht jedes Thema wird in gleichem Ausmaß in der Medienberichterstattung behandelt. Medien übernehmen die Aufgabe, die Ereignisse zu filtern und auf ein überschaubares Maß zu reduzieren. Nach diversen Selektionskriterien werden somit nur die „wichtigen“ Themen und Ereignisse von den Medien entsprechend in die Öffentlichkeit getragen. Dadurch können die Massenmedien die „*politischen Problem-prioritäten*“ mitbestimmen und tragen erheblich zur politischen Meinungsbildung bei (Vgl. Schulz a.a.O. S.23). Nach Walter Lippmann spiegeln Nachrichten nicht die Realität wider, sondern können lediglich Realitätsausschnitte vermitteln. Journalisten treffen Selektionsentscheidungen, welche nicht auf objektiven Regeln, sondern auf Konventionen beruhen. (Vgl. Staab a.a.O. S.41). Man spricht den Journalisten unter diesem Aspekt eine *Gatekeeper-Funktion* zu, das heißt, sie fungieren als Entscheidungsträger, die bestimmen, welche Themen von den Medien aufgegriffen werden und Eingang in die Öffentlichkeit finden und welche nicht. Völlig frei bei der Wahl der Medieninhalte sind Journalisten hingegen nicht. Sie orientieren sich an formatspezifischen Kriterien, nach welchen gemessen werden soll, ob die jeweilige Nachricht eine Relevanz für die Medienrezipienten aufweist (Vgl. Ebd. S.12-15 /Nolte a.a.O. S.90). Die Bedeutung der Nachrichtenfaktoren werden u.A. von Lutz Erbring auf den Punkt gebracht:

Hinter diesen „Nachrichtenfaktoren“ verbergen sich sozial und kulturell bedingte Konventionen von Interesse und Wichtigkeit, die freilich nicht beliebig von Journalisten erfunden werden können, sondern die letztlich vom Publikum ausgehen: Neues interessiert nun einmal mehr als Altes, Veränderung mehr als Bestand, Normverletzung mehr als Normalität, Gefahr mehr als Sicherheit, Nahes mehr als Fernes, Regierungshandeln mehr als Oppositionskritik, Prominente mehr als Unbekannte, usw. Gegenstand von Nachrichten sind dementsprechend Zustandsänderungen. (Vgl. Erbring a.a.O. S.304)

Nach Lippmann unterscheidet man zwischen folgenden Aspekten, welche den Nachrichtenwert eines Ereignisses oder eines Themas bestimmen: Zu diesen Aspekten gehören die Ungewöhnlichkeit eines Ereignisses (Überraschung, Sensationalismus), der Bezug zu bereits eingeführten Themen (Etablierung), seine zeitliche Begrenzung (Dauer), sowie die Einfachheit der Nachricht (Struktur), seine Konsequenzen (Relevanz, Schaden, Nutzen), die Beteiligung einflussreicher und bekannter Personen (institutioneller Einfluss, Prominenz) sowie als letztes die Entfernung des Ereignisortes zum Verbreitungsgebiet eines Mediums (räumliche Nähe) (Vgl. Staab a.a.O. S.41) Für ein Ereignis ist es demnach von Bedeutung, ob und wie viele dieser Kriterien es erfüllt. Je mehr erfüllt werden, desto höher sein Nachrichtenwert und desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass es in der Medienberichterstattung ausführlich behandelt wird.

Was bedeutet dies für die Ereignisse rund um die Bundestagswahl 2005? Kann man im Allgemeinen davon sprechen, dass die Kriterien erfüllt werden und der Nachrichtenwert entsprechend hoch ist? Das Wahlergebnis vom 18. September 2005 hatte durchaus einen überraschenden Ausgang, insbesondere das schlechte Abschneiden der Union wurde von den Demoskopern nicht vorhergesehen. Hinzu kam der Auftritt Gerhard Schröders in der Berliner Runde. Die Äußerungen des Bundeskanzlers und sein Auftreten als selbsternannter Wahlsieger wirkten sich durchaus überraschend auf die Zuschauer und die Anwesenden im Fernsehstudio aus und können als ungewöhnlich bezeichnet werden. Der Bezug zu bereits etablierten Themen dürfte bei der Thematik der Bundestagswahl ebenfalls gegeben sein. Über die Wahl und den Wahlkampf wurde seitens der Medien intensiv berichtet, sodass man von einer Etablierung sprechen kann. Was die Dauer des Ereignisses angeht, so lässt sich darüber nur so viel aussagen, dass der Prozess der Regierungsbildung mit dem Ereignis der Bundestagswahl nicht als abgeschlossen bezeichnet werden konnte. Es stellte sich am Wahlabend heraus, dass die Bildung einer handlungsfähigen neuen Bundesregierung einige Zeit in Anspruch nehmen würde. Ob die Einfachheit der Nachricht gegeben ist, darüber lässt sich geteilter Meinung sein. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Bildung einer neuen Regierung und die vorhanden programmatischen Differenzen der jeweiligen Parteien, welche die Koalitionsbildung erleichtern oder erschweren würden, dürften nicht unbedingt als allgemeinverständlich und als allgemein bekannt bezeichnet werden. Jedoch kann man davon sprechen, dass

sich der überwiegende Teil der Bevölkerung mit der Bundestagswahl und der Regierungsbildung auseinandergesetzt hat. Zumindest spricht die Tatsache dafür, dass sich nahezu 78 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland am Wahlprozess beteiligt hatten, was mehr als 48 Millionen Bundesbürgern entspricht¹³, dass der Ausgang der Bundestagswahl von öffentlichem Interesse gewesen ist und die Bürger diesem Ereignis aufgeschlossen gegenüber standen. Von einem vorhandenen Basiswissen über die politischen Begebenheiten kann bei den Rezipienten ausgegangen werden. Dass die Ereignisse rund um die Bundestagswahl weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen kann ebenfalls als gegeben eingestuft werden. Schließlich ging es um die Neubildung der kommenden Bundesregierung und darüber, welche Parteien die Möglichkeit erhalten werden, ihre programmatischen Ziele durchzusetzen und welche Personen in der kommenden Zeit die Spitzenpositionen der Bundesregierung besetzen würden. Der Aspekt der Prominenz trifft ebenfalls zu. Die involvierten Spitzenpolitiker wie z.B. Bundeskanzler Gerhard Schröder oder CDU-Vorsitzende Angela Merkel besaßen zu dem Zeitpunkt einen immensen Bekanntheitsgrad in der deutschen Bevölkerung, der sicherlich nur von wenigen Personen übertroffen werden dürfte. Nach Kristina Nolte orientiert sich die Bekanntheit von Personen an der jeweiligen Präsenz in den Massenmedien. (Vgl. Nolte a.a.O. S.94f) Da man bei den Spitzenpolitikern festhalten kann, dass sie bereits vor der Bundestagswahl äußerst präsent in den Massenmedien waren, war der Faktor der Prominenz der beteiligten Personen definitiv gegeben. Bleibt als letztes der Aspekt der räumlichen Nähe. Hierbei geht man von der Medienberichterstattung in den deutschen Medien aus. Die Bundestagswahl und der folgende Prozess der Regierungsbildung dürfte in Südamerika oder Asien keinen so immensen Raum in der Öffentlichkeit eingenommen haben, wie in Deutschland. Da die Bundestagswahl allerdings für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Relevanz besaß, wird davon ausgegangen, dass die Ereignisse Bundestagswahl und der anschließende Prozess der Regierungsbildung einen sehr hohen Nachrichtenwert für die überregionale Medienlandschaft in Deutschland besaßen.

¹³ Vgl. Bundeswahlleiter 2005 auf http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/ergebnisse/-bundesergebnisse/b_tabelle_99.html. Stand: 03.08.2007

Weitere Aspekte, die für die mediale Präsenz wichtig sein können, sind in der amerikanischen Forschung nach Carl Warren neben den bereits genannten Aspekten die Kriterien Konflikt, Spannung und Emotionalisierung eines Ereignisses (Vgl. Staab a.a.O. S.43). Auch diese Kriterien dürfen in diesem Fall als gegeben angesehen werden. Der Auftritt von Gerhard Schröder in der Berliner Runde führte aufgrund der impulsiven Äußerungen des Bundeskanzlers zu Konflikten mit den anwesenden Personen. Emotional geladene Auftritte von Personen besitzen nach Kristina Nolte ein besonderes Aufmerksamkeitspotential in der Berichterstattung, was dazu führe, dass sie von den Rezipienten intensiver wahrgenommen und öffentlich diskutiert würden (Vgl. Nolte a.a.O. S.93). Für die Journalisten besteht bei der Berichterstattung über Konfliktthemen die professionelle Herausforderung gerade darin, dem Publikum verständlich zu machen, dass ein Konflikt besteht und wie es dazu gekommen ist, wofür es geht und wer daran beteiligt sei, sowie welche unterschiedlichen Positionen die beteiligten Personen vertreten. Subjektive Urteile sollten dabei nach Möglichkeit ausgeblendet werden (Vgl. Erbring a.a.O. S.307). Die Möglichkeit für Journalisten ihre eigene Position und subjektive Bewertungen in den Medien abzugeben wird im folgenden Abschnitt behandelt. Es darf jedoch konstatiert werden, dass die Ereignisse rund um die Bundestagswahl und der Prozess der Regierungsbildung jeweils einen sehr hohen Nachrichtenwert aufwiesen und erwartet werden konnte, dass diese Themen in den überregionalen Medien in Deutschland entsprechend ausführlich erörtert wurden. Inwiefern das wirklich der Fall war, wird in Kapitel 5.1 behandelt.

3.3 Trennung von Nachricht und Meinung

Neben ihrer Informationspflicht üben die Tageszeitungen in Deutschland auch orientierende Funktionen aus. Das Genre des Kommentars wird in den Printmedien bewusst als Kontrastprogramm zur eigentlichen Nachricht platziert. In dieser Rubrik lässt sich die redaktionelle Linie der Zeitungen ausmachen. Eine Vermutung lautet, dass sich in den Pressekommentaren die veröffentlichte Medienmeinung am eindeutigsten ausdrückt. (Vgl. Eilders/Neidhardt/Pfetsch a.a.O. S.13). Laut der Studie „*What Moves Public Opinion*“ von Benjamin I. Page, Robert Y. Shapiro und Glenn R. Dempsey aus dem Jahr 1987 erwiesen sich

demnach nur „beliebte Präsidenten“ als ähnlich einflussreich für die öffentliche Meinung wie Kommentatoren. (Vgl. Page/Shapiro/ Dempsey 1987 S.33f) Für die Redaktionen besitzen Kommentarartikel eine besondere Bedeutung, da durch diese das politische Profil der Zeitung herausgebildet und erkennbar wird. Die Redaktionen legen fest, welche Themen für sie bedeutsam sind, welche Akteure als kompetent erscheinen und welche Meinungen sie als richtig oder falsch betrachten. Aus genau diesem Grund üben Kommentatoren eine immense Orientierungsfunktion auf ihre Leserschaft aus. Nach Eilders, Neidhardt und Pfetsch können die Journalisten, welche für die Kommentare in Tageszeitungen zuständig sind, als die publizistischen Meinungsführer bezeichnet werden, dies gilt insbesondere für die Kommentatoren der überregionalen Qualitätspresse in Deutschland (Vgl. Eilders/Pfetsch/Neidhardt a.a.O. S.16f). Nur eine überschaubare Anzahl der Themen, über die in den Zeitungen berichtet wird, wird für eine Kommentierung herausgegriffen. In der Regel werden politische Leitthemen in den Kommentaren behandelt. Durch das Aufgreifen eines Themas in einem Kommentar verdeutlicht eine Zeitung auch den Stellenwert des Themas. Neben den im letzten Abschnitt bereits aufgeführten Nachrichtenfaktoren, die für ein Thema relevant sind, kennzeichnen Eilders, Pfetsch und Neidhardt sogenannte *Kommentarfaktoren*: Streit, Konflikte oder Skandale (Vgl. Ebd. S.14). Zu den Berufsnormen von Journalisten gehört die strikte Trennung von Nachricht und Meinung. Reine Nachrichten sollen von Kommentaren in Form und Inhalt unterscheidbar sein. Nachrichten sollen wertfrei und neutral gehalten sein. Eine Verletzung dieser vorgegebenen journalistischen Normen wird als unprofessionell angesehen (Vgl. Ebd. S.11f/ Erbring a.a.O. S.302). Der Grundsatz der Trennung von Nachricht und Meinung sei hierbei der einzige „Schutz des Journalisten vor der eigenen Subjektivität und des Publikums vor fremdgesteuerter Manipulation.“ (Vgl. Erbring a.a.O. S.303). Lutz Erbring bezeichnet die Einhaltung dieses Grundsatzes seitens der Journalisten im deutschen Nachrichtenjournalismus allerdings nicht als selbstverständlich (Vgl. Ebd. S.308).

3.4 Die Bedeutung der Qualitätspresse auf die öffentliche Meinung

Laut dem Medienkonzept nach Otfried Jarren und Patrick Donges fungieren die Medien als Träger der öffentlichen Meinung. Öffentliche Meinung wird demnach mit der veröffentlichten Meinung gleichgesetzt. Im Gegensatz zum Elitenkonzept oder der Demoskopiekonzept, in denen die öffentliche Meinung von den politischen Eliten oder durch die mehrheitliche Meinung der Bürger zu einem bestimmten Thema die öffentliche Meinung bestimmen. (Vgl. Jarren/Donges 2002 S.126). Ausgehend vom Medienkonzept wird die öffentliche Meinung durch die sogenannten Leit- und Prestigemedien konstituiert, dabei ist es von Belang, welchen Ausmaß die Öffentlichkeit annimmt. Im Rahmen einer breiten Öffentlichkeit, wie es zum Beispiel der Fall ist, wenn man von der öffentlichen Meinung in Deutschland spricht, übernehmen in der Regel die überregionalen Qualitätszeitungen, Nachrichtenmagazine und Nachrichtensendungen des öffentlichen Rundfunks die Funktion der Leitmedien. Diese Medien werden von breiten Teilen der Bevölkerung und politischen Akteuren genutzt (Vgl. Ebd. S.210). Der Einfluss von Leit- und Prestigemedien beschränkt sich dabei nicht unbedingt auf die direkten Rezipienten selbst. Themen und Meinungen von Prestigemedien werden von anderen Medien aufgegriffen und zitiert. Somit gelangen deren Informationen auch in den Fokus der Rezipienten von Populär-Medien und bestimmen insofern die öffentliche Meinung. (Vgl. Ebd. S.213f/ Kepplinger 2001 S.40). Nach Jarren und Donges existiert eine gewisse Form der Medienhierarchie, die besonders in Konflikt- und Krisenphasen eine erhöhte Bedeutung erlangt. So verfügen Prestige- und Leitmedien über einen hohen Image- und Glaubwürdigkeitswert beim Publikum, der zu einer „allgemein akzeptierten Bewertung“ führe. Eine herausgehobene Stellung nehmen in dieser Form die „explizit politisch ausgerichteten Qualitätsprintmedien“ ein, an denen sich u.A. Journalisten von Regional- und Lokalzeitungen orientieren. (Vgl. Jarren/Donges a.a.O. S.215). Stellt sich anschließend die Frage, welche Medienformate in Deutschland im Allgemeinen als die Qualitätsprintmedien bezeichnet werden. Zur Prestigepresse zählt man zum einen die überregionalen Tageszeitungen „die Welt“, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ), die „Frankfurter Rundschau“ (FR) und die „Tageszeitung“ (Taz), sowie

diverse Wochenzeitungen und Magazine wie „die Zeit“, „der Spiegel“, „Focus“ oder „der Stern“ (Vgl. Bergmann 1994 S.299). Zusammen mit vereinzelt Radio- und Fernsehsendern spricht man dieser Prestigepresse die *Meinungsführerschaft* in Deutschland zu (Vgl. Sarcinelli 2005 S.62). Zur Abdeckung des politisch relevanten Spektrums in Deutschland genügt es jedoch bereits die fünf genannten überregionalen Qualitätszeitungen zu berücksichtigen (Vgl. Ebd. S.62/ Eilders/Neidhardt/Pfetsch a.a.O. S.18). Platziert man diese fünf Medienformate auf einer Links-Rechts-Achse wird in der Regel die *Welt* am rechten Pol angesiedelt, während die *Taz* den linken Pol einnimmt. Dazwischen werden von links nach rechts die Zeitungen *FAZ*, *SZ* und *FR* positioniert (Vgl. Eilders/Neidhardt/Pfetsch a.a.O. S.18/ Hagen 1992 S.446/ Schönbach 1977). Welche Bedeutung diese überregionalen Qualitätszeitungen insbesondere bei Skandalen einnehmen, wird durch Hans Mathias Kepplinger hervorgehoben (Vgl. Kepplinger a.a.O. S. 62). Missstände der Institutionen anzuprangern gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Medien in ihrer Rolle als Kontrollinstanz und vierter Gewalt im Staat. Die Art Berichterstattung über Missstände ist maßgeblich dafür verantwortlich, ob sich ein Missstand in der Öffentlichkeit zu einem Skandal auswächst, der weitreichende Konsequenzen für die betroffenen Institutionen und Akteure nach sich zieht (Vgl. Ebd. S.145). Wiedemann spricht zudem von einer wachsenden Bedeutung der Medien, da die Mediennutzung in Deutschland allgemein in den letzten Jahren gestiegen ist. Er nennt dabei die Faktoren vielfältigeres Angebot, verkürztere Arbeitszeiten, sowie ein Ansteigen des Bevölkerungsanteils der nutzungsinteressierten Gruppen der Nicht-(Mehr-)Berufstätigen (Vgl. Wiedemann 2004 S. 334). Auch wenn der Anteil der Abonnenten von Tageszeitungen in den letzten zehn Jahren rückläufig ist, belegen Daten von Media-Analysen, dass das Informationsbedürfnis der Menschen insbesondere in politisch sowie wirtschaftlich unsicheren Zeiten zunehme¹⁴ (Vgl. Wiedemann ebd. S.338). Die überregionale Qualitätszeitungen üben in diesem Zusammenhang in ihrer Funktion als Prestige- und Leitmedien einen sehr bedeutenden Einfluss auf die öffentliche Meinung aus.

¹⁴ Nach der Bundestagswahl 2005 kann man von einem (von der Bevölkerung wahrgenommenen) Zustand allgemeiner Unsicherheit ausgehen, auch wenn hierzu keine empirischen Daten vorliegen. Demnach lautet eine Vermutung, dass die Nutzungsfrequenz der Massenmedien in jenem Zeitraum relativ hoch ausfiel.

3.5 Die Bedeutung der Öffentlichen Meinung für die Regierungsarbeit

In demokratischen Gesellschaften wird politisches Handeln, welches nicht im Einklang mit der öffentlichen Meinung steht, als auf Dauer nicht möglich eingeschätzt. „*Government by discussion*“ bedeutet, dass kommunikative Kompetenz gleichwohl wie professionelles Marketing zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung unerlässliche Faktoren für Regierungen in demokratischen Systemen darstellen (Vgl. Sarcinelli a.a.O. S.63). Regierungsämter, durch welche kollektiv verbindliche Entscheidungen getroffen und durchgesetzt werden können, werden in Demokratien auf Zeit vergeben und sind in der Regel von der jeweiligen Wahlentscheidung der Bürger abhängig. Die Bedeutung der öffentlichen Meinung verdeutlicht sich somit bei Betrachtung der Abhängigkeit des politischen Systems von den Bürgern der Gesellschaft, dem Souverän (Vgl. Gerhards 1998 S.269). Plebiszitäre Elemente besitzen in Deutschland nach dem Grundgesetz auf Bundesebene zwar keine hervorgehobene Bedeutung¹⁵, dennoch können politische Akteure dauerhaft nicht entgegen dem Willen des Volkes Entscheidungen treffen.

Wie intensiv das Regierungssystem der Bundesrepublik in seinem politischen Handeln auf die öffentliche Meinung reagiert und sich an ihr orientiert, war Bestandteil einer Studie von Dieter Fuchs und Barbara Pfetsch aus dem Jahr 1996 mit dem Titel „Die Beobachtung der öffentlichen Meinung durch das Regierungssystem“ (Vgl. Fuchs/Pfetsch 1996). Hierin wird als gesicherte Erkenntnis der Massenkommunikationsforschung festgehalten, dass die massenmedial diskutierten Themen und Ereignisse, einen signifikanten Effekt auf die Diskussionskultur der Bürger haben. Von Belang ist es dabei, wie bereits in vorangehend ausgeführt, dass nicht von individuellen öffentlichen Meinungen ausgegangen wird, sondern dass sich die diskutierten Themen zu relativ konsonanten Meinungsstrukturen zusammenschließen (Vgl. Ebd. S.108). Nur wenn eine einheitliche, sprich: herrschende Meinung vorliegt, kann diese Einfluss auf das Entscheidungssystem ausüben. In der Realität ist es jedoch laut Fuchs und Pfetsch selten der Fall, dass von einer kollektiv einheitlichen öffentlichen Mei-

¹⁵ Lediglich auf Landes- und Kommunalebene gibt es in Deutschland je nach Bundesland plebiszitäre politische Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger.

nung gesprochen werden kann (Vgl. Ebd.), was folglich zu der Annahme führen müsste, dass die Öffentlichkeit auch nur in seltenen Fällen Bedeutung für die Regierung erlangt. Wie in der Studie von Fuchs und Pfetsch gezeigt, ist dies jedoch nicht zutreffend. Neben den individuellen Meinungen der Bürger, welche sich durch demoskopische Befragungen ermitteln lassen, beobachten sämtliche Regierungsvertreter kontinuierlich die massenmedial kommunizierten Themen (Vgl. Fuchs/Pfetsch ebd. S.113). Es wird belegt, dass Regierungsvertreter den Medien eine immense Bedeutung und Einfluss auf die Bevölkerungsmeinung zuschreiben. Befragt wurden in dieser Studie Mitglieder der Öffentlichkeitsabteilungen im Regierungsapparat und der Parlamentsfraktionen. Der überwiegende Anteil der Befragten war der Ansicht, dass die Medien einen Einfluss auf die Bürger ausüben. Die Studie zeigte außerdem, dass die Regierungsvertreter die öffentliche Meinung durch eine genaue Beobachtung der Massenmedien zu ermitteln versuchen (Vgl. Ebd. S.125). Fuchs und Pfetsch sprechen in dieser Hinsicht von einer Selbstbeobachtung des Regierungssystems durch die Beobachtung der Medien. So wird seitens der Regierungsmitglieder versucht, Informationen über die Resonanz der Öffentlichkeit auf das politische Handeln ihrerseits zu gewinnen. Es zeigte sich auch, dass für den überwiegenden Anteil der Befragten die öffentliche Meinung für das politische Handeln des Regierungssystems eine Rolle spielt (Vgl. Ebd. ebd. Vgl.127f). Die Beobachtung der Medienlandschaft erfolgt daher u.A. vom Bundespresseamt mit professionellen Methoden. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf der Beobachtung der Berichterstattung in den Printmedien, was darauf zurück zu führen sein könnte, dass die Printmedien schneller erfasst werden können, als die Berichterstattung im Fernsehen. Pressespiegel aus Zeitungskommentaren seien folglich leichter und schneller herzustellen, als Videoausschnitte von Fernsehsendungen. Den elektronischen Medien wird somit trotz ihrer größeren Reichweite keine größere Bedeutung bei der Medienbeobachtung zugeschrieben, als den Printmedien. Der amtierende Bundeskanzler erhält beispielsweise täglich eine sogenannte „Kanzlermappe“, in welcher sämtliche Pressestimmen, Kommentare, sowie Berichte der Radio- und Fernsehstationen enthalten sind. Aufgrund der geringen zeitlichen Kapazität, die einem Bundeskanzler für die Medienbeobachtung zur Verfügung steht, erhält er zudem eine zweite Mappe, in welcher die entscheidenden Artikel der Medienlandschaft zusammengefasst werden, sodass sich

der Kanzler in kürzester Zeit einen Überblick über die aktuelle öffentliche Meinung machen kann (Vgl. Fleischhauer 2005 S.26). Gleichsam versuchen politische Akteure die öffentliche Meinung nicht nur zu beobachten, sondern auch durch gezielte Kampagnen zu beeinflussen, da davon ausgegangen wird, dass die durch die Medien öffentlich kommunizierten Meinungen einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Meinungsbildung in der Bevölkerung ausüben (Vgl. Fuchs/ Pfetsch a.a.O. S.114). Das Anpassen der politischen Akteure an die Regeln des Mediensystems bezeichnet Heinrich Wiedemann wiederum als *dialektischen Prozess*, bei welchem sich die Politik aus dem Grund an die Mediennormen anpasse, um die größtmögliche Kontrolle über diese zu gewinnen (Vgl. Wiedemann a.a.O. S.336). Die Betrachtung der Bevölkerungsmeinung, welche sich durch demoskopische Institute ermitteln lässt, nehme laut Fuchs und Pfetsch allerdings einen noch höheren Stellenwert als die Medienbeobachtung ein (Vgl. Fuchs/Pfetsch a.a.O. S.125f), was daran liegen könnte, dass die Bürger direkt bei Wahlen über die Regierung und die Zusammensetzung der politischen Institutionen mitbestimmen und die politischen Akteure somit direkt an die Bürgermeinungen gekoppelt sind, während die Medien lediglich wertende Kommentare und Wahlempfehlungen abgeben können. In Zeiten, in denen in einer demokratischen Staatsform jedoch in absehbarer Zeit keine Wahl angesetzt wird, kann davon ausgegangen werden, dass die öffentliche Meinung in den Medien einen bedeutenderen Stellenwert einnimmt, da die Bürger von einer direkten politischen Einflussnahme zunächst abgeschirmt zu sein scheinen. Infolgedessen führt dies zu einem schwierigen und ablehnenden Verhältnis zwischen der politischen Klasse und den Journalisten, welche in erheblichem Ausmaß am Prozess der politischen Meinungsbildung in der Bevölkerung Einfluss nehmen. Journalisten und Politiker verfolgen jeweils eigene Ziele, die miteinander häufig nicht zu vereinbaren sind. Der Politiker strebt nach Macht und Machterhalt, während Journalisten für Wahrheit und Öffentlichkeit verantwortlich sind. Journalisten begegnen der politischen Klasse naturgemäß mit Misstrauen und Kritik, was umgekehrt häufig zu Aversionen der politischen Klasse gegenüber der Berufsgruppe der Journalisten führt, da sich deren kritische und misstrauische Haltung in der Regel auch in den Medieninhalten wiederfindet (Vgl. Pöttker 2003 S.149-151). Insofern ist auch das Auftreten Gerhard Schröders

am Wahlabend in der Berliner Runde, in der er von „Medienmanipulation“ und „Medienkampagne“ sprach¹⁶, nicht verwunderlich.

Ein Beispiel für eine bedeutsame Einflussnahme der öffentlichen Meinung lässt sich aus der Arbeit „Wahlkampf um das Weiße Haus“ von Peter Filzmaier und Fritz Plasser aus dem Jahr 2001 entnehmen. Im US-amerikanischen Nachwahlprozess des Jahres 2000 in den George W. Bush und Al Gore um den Einzug ins weiße Haus kämpften habe die öffentliche Meinung eine entscheidende Rolle gespielt. Die Richter des U.S. Supreme Court, welcher letztendlich aufgrund der unklaren Verhältnisse darüber zu entscheiden hatte, welcher der beiden Kandidaten der 43. Präsident der Vereinigten Staaten werden würde, machten laut Filzmaier und Plasser ihre Entscheidung auch von der öffentlichen Meinung abhängig, da eine Umsetzung der gefällten Urteile ohne ein Mindestmaß an öffentlicher Unterstützung nicht möglich sei. Die Entscheidung fiel schließlich zugunsten von George W. Bush aus, was von Filzmaier und Plasser als demokratietechnisch problematisch bezeichnet wird, weil ein großer Anteil an Stimmen für Al Gore im Bundesstaat Florida nicht gewertet wurde, welche ihm zum Wahlsieg verholfen hätten. Die gemessene öffentliche Meinung pochte jedoch auf ein schnellstmögliches Ende des juristischen Streites, und Al Gores Bemühen um Nachzählungen der Wählerstimmen in Florida stießen schließlich in der Öffentlichkeit am Ende auf keine große Zustimmung. Filzmaier und Plasser erachten auch das Verhalten der Massenmedien im Wahlprozess 2000 als fragwürdig für den demokratischen Wahlprozess, indem sie bereits vorab (und fälschlicherweise) George W. Bush als Wahlsieger erklärten (Vgl. Filzmaier/Plasser 2001 S.82-86). In dieser Analyse wird folglich davon ausgegangen, dass die öffentliche Meinung nach der Bundestagswahl 2005 einen hohen Stellenwert hatte, weshalb eine ausführliche Medieninhaltsanalyse über diesen Zeitraum als erkenntnisreich eingeschätzt wurde.

¹⁶ Vgl. Stern.de a.a.O.

4. Aufbau der Untersuchung

Im Jahr 2004 veröffentlichten Eilders, Neidhardt und Pfetsch die Ergebnisse des WZB-Kommentarprojekts unter dem Titel „*die Stimme der Medien*“. Diese Arbeit diente als Inspiration für die hier vorliegende Untersuchung. Die Annahme lautet, dass sich in Kommentaren die veröffentlichte Meinung am besten ausdrückt (Siehe Kapitel 3.3). Veröffentlichungen des Politbarometers zeigten in der Bevölkerung einen stetigen Rückgang der Befürwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröders Ambitionen auf die Kanzlerschaft. Konnten sich am 23. September 2005 noch 46 Prozent der Befragten vorstellen, dass Gerhard Schröder der Anführer einer Großen Koalition darstellte, so schrumpfte dieser Anteil bis zum 7. Oktober bereits auf 42 Prozent, während sich der Anteil derjenigen, die Angela Merkel als Bundeskanzlerin befürworteten auf 47 Prozent anstieg. Am 14. Oktober 2005, als sich abzeichnete, dass Angela Merkel ihre Ambitionen würde durchsetzen können, befürworteten 58 Prozent der Befragten die Entscheidung, dass Merkel die Anführereine einer Großen Koalition darstellte, während nur mehr 40 Prozent der Ansicht gewesen waren, dass Gerhard Schröder den Bundeskanzler hätte verkörpern sollen. Auch die Zustimmung zu einer Großen Koalition stieg in diesem Zeitraum in der Bevölkerung nach den veröffentlichten Daten des Politbarometers. Vom 23. September bis zum 7. Oktober stieg die Zustimmung zu einer Großen Koalition demnach von 45 Prozent auf 63 Prozent, während die Zustimmung jedoch bis zum 14. Oktober wieder auf 58 Prozent zurückwich (Vgl. Politbarometer 2005). Die Annahme, die sich hieraus ergibt, ist dass die veröffentlichte Meinung in der überregionalen Qualitätspresse einen Effekt auf die Bevölkerungsmeinung ausübte und dass die Kommentierung in der Presse in diesem Zeitraum entsprechende Tendenzen aufwies, die beispielsweise Gerhard Schröder als Kanzleraspiranten eher ablehnend bewerteten, bzw. Angela Merkel begünstigten. Eine Medieninhaltsanalyse erwies sich angesichts dieser Thematik als das geeignete Instrument, um die öffentliche Meinung zu bestimmen. Eine Inhaltsanalyse wird definiert als „eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen“ (Vgl. Früh 1998 S.24f) oder auch als „eine Methode zur Erhebung sozialer Wirklichkeiten, bei der von Merkmalen eines manifesten Textes auf Merkmale eines nicht-manifesten

Kontextes geschlossen wird“ (Vgl. Merten 1995 S.59f). Eine Medienanalyse reduziere durch das Herausarbeiten von zentralen Mustern die Komplexität der Berichterstattung. (Vgl. Rössler 2005 S.17) und „hat das Anliegen, formale und inhaltliche Merkmale großer Textmengen zu erfassen.“ (Vgl. Brosius/Koschel 2001 S.160). Der besondere Vorteil in einer Inhaltsanalyse liegt auch darin, dass Aussagen über die Vergangenheit getroffen werden können, da Medieninhalte in heutiger Zeit in der Regel archiviert werden und leicht zugänglich sind. Das Verfahren einer Inhaltsanalyse wird auch als *nicht-reaktives* Verfahren bezeichnet, da sich der zu untersuchende Gegenstand auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht verändere (Vgl. Ebd. S.170-171). Der Anspruch an eine Inhaltsanalyse ist, dass sie jederzeit reproduzierbar sein muss, was demzufolge auch als Maßstab für die hier vorliegende Inhaltsanalyse herangezogen wurde. In den folgenden Unter-Kapiteln werden zunächst die Fragestellungen und Hypothesen und anschließend die exakte Vorgehensweise der Untersuchung erläutert, bevor in Kapitel 5 die zustande gekommenen Ergebnisse der Studie präsentiert werden und erläutert werden.

4.1 Die Fragestellung

Der Prozess der Regierungsbildung im Jahr 2005 war gekennzeichnet von einem in der Öffentlichkeit lancierten und länger anhaltenden Streit zwischen den Parteien. Dass es im Allgemeinen intern in den Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungsrunden zu intensiven Diskussionen bezüglich der Schlüsselposition und inhaltlichen Fragen kommt, ist ein nicht ungewöhnlicher Prozess. Dass Spitzenpolitiker sich jedoch nach Schließung der Wahllokale über einen derart langen Zeitraum öffentlich darüber äußern, welcher Kandidat am ehesten für eine mögliche Kanzlerschaft in Frage käme und wer nicht, stellte jedoch einen unüblichen Ablauf dar. Konflikte und Kontroversen bestimmen nach Barbara Pfetsch maßgeblich die Darstellung der öffentlichen Auseinandersetzung von Politik in Pressekommentaren.(Vgl. Pfetsch 2004 S.96f). Die Annahme, die sich daraus für unsere Analyse ergibt ist jene, dass der Streit über die Neugestaltung der Regierung einen großen Platz in den Kommentaren der überregionalen Qualitätspresse einnahm. Unter Berücksichtigung dieser Annahme wurde die bereits in der Einleitung formulierte Fragestellung aufgegriffen:

Wie war die Resonanz der Pressekommentare der überregionalen Tageszeitungen in Deutschland auf den Prozess der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl im Jahr 2005?

Gibt es ein kollektives Meinungsbild in dergestalt, dass bestimmte Akteure des politischen Betriebes überwiegend positiv beziehungsweise grundlegend negativ bewertet wurden? Genauer gesagt, wie wurde Gerhard Schröders großspuriges Auftreten und dessen Ankündigung weiterhin Kanzler bleiben zu wollen, von der Qualitätspresse behandelt? Wurden Spitzenpolitiker von der Presse unterstützt? Oder gab es die herrschende Meinung, dass weder Gerhard Schröder noch Angela Merkel die Regierungsspitze bilden sollte, sondern ein anderer Kandidat? Wurden bestimmte Parteien oder Koalitionen überwiegend positiv oder negativ bewertet? In welchem Licht wurde die sogenannte Jamaika-Koalition betrachtet? Gab es zu der Großen Koalition sinnvolle Alternativen, welche von der Qualitätspresse thematisiert wurden?

4.1.1 Hypothesenbildung

Aus diesen Fragestellungen wurden entsprechende Hypothesen zu den Aussageobjekten Parteien, politische Akteure und Koalitionsmöglichkeiten formuliert. Die Erste Annahme stützt sich auf die Ergebnisse der Untersuchung von Barbara Pfetsch (Vgl. Pfetsch a.a.O. S.98f): Unabhängig vom jeweiligen politischen Kontext würden Akteure aus der Politik sowie politische Parteien in mehr als der Hälfte der in den Pressekommentaren getroffenen Aussagen mit negativen Bewertungen versehen. Lob oder Unterstützung wird von Kommentatoren der Qualitätspresse eher selten vergeben. Aus diesem Grunde lautete die Erwartungshaltung auch bezüglich der hier zugrunde liegenden Untersuchung, dass die politischen Akteure und Parteien im festgelegten Untersuchungszeitraum eine überwiegend negative Bewertung erfuhren. Es gilt daher lediglich festzustellen, welche Aussageobjekte eine weniger negative Beurteilung erfahren haben als andere. Beginnend bei den Aussagen über die politischen Parteien lautet die Vermutung, dass die SPD im Untersuchungszeitraum von der Qualitätspresse negativer bewertet wurde, was bedeutet, dass die SPD prozentual mehr negative Aussagen und weniger positiv formulierte Aussagen zugesprochen bekommt. Begründet liegt diese Hypothese in der Tatsache, dass sich die Union schließlich

bei der Regierungsbildung in der Kanzlerfrage durchsetzen konnte und die SPD als Juniorpartner in die Große Koalition eintrat. Da eine Annahme lautet, dass sich gegen ein öffentliches Meinungsbild keine Entscheidungen durchsetzen lassen, liegt die Vermutung nahe, dass das öffentliche Meinungsbild in dem Untersuchungszeitraum die CDU/CSU begünstigte. Desweiteren wird davon ausgegangen, dass sich die Ergebnisse ähnlich der Medienanalyse *die Stimme der Medien* in dergestalt annähern, dass sich die Zeitungen gemäß ihrer politischen redaktionellen Linie verhalten. Parteien, die nicht der eigenen redaktionellen Linie angehören, werden von den Zeitungen häufiger genannt, als diejenigen Parteien, welcher der eigenen redaktionellen Linie zuneigen (Vgl. Lüter 2004 S.176f). So erwartet man, dass die als links eingestuften Zeitungen eher die konservativen Parteien CDU und CSU in Kommentaren aufgreifen und die eher rechts verankerten Zeitungen eher die Parteien des linken Spektrums wie die SPD oder die Linke.PDS. Das liegt in der Erwartungshaltung begründet, dass die Zeitungen überwiegend negative Aussagen in den Kommentaren treffen und dass daher angenommen werden kann, dass überwiegend jene Parteien erwähnt und somit kritisiert werden, welche nicht der Leitlinie entsprechen. Die zweite Annahme besagt, dass die als eher rechts eingestuften Zeitungen Welt und FAZ die Union positiver bewerten als die SPD und die eher linksgerichteten Zeitungen FR und Taz die SPD positiver bewerten als die Union. Die SZ hingegen soll die neutralste Berichterstattung aufweisen, da sie als politisch mittig eingeschätzt wird. (Vgl. Ebd. S.188f/ Pfetsch a.a.O. S.98-101).

Der zweite Teil der Analyse befasst sich mit den politischen Akteuren in der Kommentierung der überregionalen Qualitätspresse und ist umfangreicher gefasst als der erste Teil der Untersuchung. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Akteuren der großen Parteien SPD und Union: Bundeskanzler Gerhard Schröder und Parteichef Franz Müntefering (beide SPD), sowie Parteichefin Angela Merkel (CDU) und Bayerns Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender Edmund Stoiber (CSU). Aufgrund der deutlich geringeren Datenbasis wird eine nähere Auswertung der Daten anschließend nur noch für die beiden Kanzleraspiranten Schröder und Merkel vorgenommen. Die Erste Hypothese bezüglich der Akteure lautet, dass die Akteure, genau wie die Parteien überwiegend negativ bewertet wurden. Die zweite Annahme lautet, dass Gerhard Schröder insgesamt negativer bewertet wurde als Angela Merkel, d.h. er wurde mit mehr negativen Aussagen

und weniger positiven Aussagen versehen. Grund für die Annahme ist, dass er letztendlich seinen Anspruch auf die Kanzlerschaft nach der Bundestagswahl nicht durchsetzen konnte und dass er durch die öffentliche Meinung keine Unterstützung erhielt. Da Angela Merkel ihren Anspruch innerhalb ihrer Partei jedoch auch aufrecht erhalten musste und sich gegenüber anderen Kandidaten, insbesondere CSU-Parteichef Stoiber durchsetzen musste und ihr dies letztendlich auch gelang, lautet eine weitere Annahme, dass Merkels Aussagen einen positiveren Anteil aufwiesen als bei Edmund Stoiber. Im weiteren Ablauf werden die Aussagen über Gerhard Schröder und Angela Merkel näher analysiert. Eine Annahme lautet, dass Schröder von den rechtsgerichteten Zeitungen (Welt und FAZ) - gemäß der politischen redaktionellen Leitlinie der Zeitungen - negativer bewertet wurde als von den als links eingestuften Zeitungen (Taz und FR). Umgekehrt wird natürlich auch erwartet, dass Angela Merkel eine positivere Beurteilung durch die rechtsgerichteten Zeitungen als durch die linksgerichteten Zeitungen erfuhr. Jedoch lautet ebenso eine Vermutung, dass Schröder von den linksgerichteten Zeitungen ebenso keine Unterstützung erhielt und insgesamt nicht positiver bewertet wurde als die CDU-Vorsitzende. Im weiteren Ablauf wird dann näher auf den thematischen Bezug der Aussagen eingegangen. Aufgrund des überraschend schwachen Abschneidens der Union bei der Bundestagswahl wird erwartet, dass Angela Merkel von den Medien als Parteichefin und im Vorfeld festgelegte Kanzlerkandidatin für das Wahlergebnis zur Verantwortung gezogen wurde und deshalb die Aussagen über Merkel in Bezug auf die Bundestagswahl einen eindeutig negativen Charakter aufweisen. Man geht davon aus, dass Merkels Bewertungen in Bezug auf die Wahl im Vergleich zu anderen in den Kommentaren aufgegriffenen Themen am negativsten ausfielen. Gerhard Schröder hingegen dürfte bei der Bundestagswahl erwartungsgemäß die besten Bewertungen erhalten. Zwar gestaltete sich das Wahlergebnis der SPD ebenfalls um einige Prozentpunkte schlechter als im Vergleich zur Bundestagswahl 2002, jedoch war den Sozialdemokraten im Vorfeld der Bundestagswahl von den Meinungsumfrageinstituten ein noch schlechteres Ergebnis prognostiziert worden. Schröder wertete das Ergebnis am Wahlabend sogar als persönlichen Wahlsieg. Deshalb lautet die Annahme, dass die Bewertungen Schröders bezogen auf die Wahl die positivsten Bewertungen erfahren haben dürften. Das Auftreten von Schröder nach der Wahl sowie sein

Anspruch auf den Verbleib im Kanzleramt, trotz des schlechteren Wahlergebnisses der SPD gegenüber der Union, dürfte in der Qualitätspresse wenig Anklang gefunden haben, und es ist daher nicht davon auszugehen, dass die Qualitätspresse das Auftreten Schröders in der Berliner Runde und in dem Zeitraum danach positiv bewertet hat. Anschließend erscheint uns ein Blick auf den zeitlichen Rahmen der Aussagen aufschlussreich. Nach der Nachwahl in Dresden am 2. Oktober rückte Gerhard Schröder tags darauf öffentlich von seinem Anspruch auf den Kanzlerposten ab und stellte in Aussicht, dass er in einer Großen Koalition nicht unbedingt Kanzler bleiben müsse. Offiziell und endgültig trat Schröder von seinem Kanzleranspruch erst am 10. Oktober zurück, doch seit dem 3. Oktober deutete vieles darauf hin, dass sein Anspruch von der Parteispitze um Franz Müntefering insbesondere aus taktischen Gründen für die Koalitionsverhandlungen aufrecht erhalten wurde. Die Hypothese lautet demzufolge, dass Gerhard Schröder bis zu diesem 3. Oktober eine negativere Bewertung erhielt, als nach diesem Zeitraum. Der Anteil der positiven Aussagen über Schröder nach dessen Zurückweichen sollte erwartungsgemäß nach oben gehen, da ein Rücktritt Schröders von der Qualitätspresse erwartungsgemäß befürwortet werden sollte. Weiterhin soll geklärt werden, ob Schröders Ankündigung auch Auswirkungen auf die Bewertung der CDU-Spitzenakteurin Merkel hatte. Seit diesem Datum deutete im Grunde alles daraufhin, dass sich Merkel als erste deutsche Bundeskanzlerin würde durchsetzen können. Sie schien somit nicht mehr sonderlich von der öffentlichen Meinung abhängig zu sein. Die demzufolge vage Vermutung lautet, dass Merkel vor Schröders Rücktrittsankündigung positiver bewertet wurde und nach diesem Datum die Unterschiede in der Bewertung im Vergleich zu Gerhard Schröder geringer ausfallen würden.

Im Dritten Teil der Medienanalyse soll die Kommentierung der Koalitionsoptionen näher betrachtet werden. Die erste Annahme war jene, dass über die Große Koalition die meisten Aussagen zu finden sein würden, da sie nach der Bundestagswahl von Beginn an als die wahrscheinlichste Variante erachtet worden ist. An zweiter Stelle sollte erwartungsgemäß die Koalition aus Union, FDP und Grüne (Jamaika-Koalition) stehen, da diese einen gewissen Neuigkeitswert und somit Nachrichtenwert besaß und außerdem schien sie nach der Großen Koalition die einzig ernsthaft mögliche Alternative darzustellen. Schließlich erteilte die FDP von vornherein an die SPD eine Absage bezüglich

einer Koalition aus SPD, Grüne und FDP (Ampel-Koalition) und die Bereitschaft zu einer Koalition aus SPD, die Linke.PDS und Grüne ließ sich seitens der Parteiführer auch nicht ausmachen. Letztlich wurde von den Medien noch über mögliche Minderheitskoalitionen aus Union und FDP oder SPD und Grüne spekuliert, was jedoch nicht ernsthaft zur Debatte wurde. Es darf daher davon ausgegangen werden, dass sich nur wenige Aussagen über andere Koalitionsmöglichkeiten neben der Großen Koalition und einer Jamaika-Koalition in den Pressekommentaren finden lassen. Eine weitere Vermutung lautet, dass Gerhard Schröders Ankündigung, einer Großen Koalition nicht im Weg stehen zu wollen, als jener Zeitpunkt festgelegt werden kann, an dem eine Koalition aus Union und SPD als nahezu unausweichlich angesehen werden kann. Man geht davon aus, dass seit diesem Zeitpunkt lediglich die Große Koalition in den Kommentaren kommentiert wurde und andere Koalitionsoptionen, wie eine Jamaika-Koalition nicht mehr diskutiert wurden. Ob sich auch Veränderungen bezüglich der Bewertungen einer Großen Koalition vor und nach dem 3. Oktober finden, soll anhand der Daten auch überprüft werden. Aufgrund der Vermutung, dass andere Koalitionsoptionen von den Qualitätszeitungen nicht ausführlich kommentiert wurden, dürfte sich eine weitere Analyse über diese Optionen bezüglich der Themensetzung, zeitlichen Dimension oder der Bewertungen in den unterschiedlichen Zeitungen als nicht möglich erweisen. Lediglich für die Große Koalition sollten weitere Analysen im Bereich des Möglichen liegen. Eine nähere Betrachtung der Daten in Bezug auf die unterschiedlichen Zeitungen geht somit mit der Vermutung einher, dass die linksgerichteten Zeitungen Taz und FR die Große Koalition insgesamt positiver bewerten, weil sie eine Regierungsbeteiligung der SPD in der kommenden Legislaturperiode befürworten. Die eher rechts eingestuften Zeitungen hingegen werten die Tatsache, dass es sich bei der Regierungskoalition nicht um eine angestrebte „Wunschkoalition“ aus Union und FDP handelt, sondern um eine Zwangsverbindung oder eine Notlösung zwischen den beiden Volksparteien als eher negativ.

Die Untersuchung „Die Stimme der Medien“ ergab, dass die Zeitungen des linken Spektrums (Taz, FR) eine negativere Kommentierung an den Tag legten als die Zeitungen des eher rechten Spektrums (Welt, FAZ) (Vgl. Lüter a.a.O. S.179-183). Dies mag jedoch auch mit dem dort festgelegten Untersuchungszeitraum von 1994 bis 1998 zusammenhängen. In diesem Zeitraum bestand die Re-

gierungskoalition aus den dem bürgerlichen Lager zugeordneten Parteien CDU/CSU und FDP. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass jene Zeitungen, denen man unterstellt, dass sie eher die linken Parteien (und damit die Oppositionsparteien) unterstützen, eine negativere Betrachtungsweise der damaligen Bundesregierung veröffentlichen. In diesem Fall wird daher nicht davon ausgegangen, dass die linken Zeitungen ein eindeutig negatives Meinungsbild aufweisen, als die rechts gerichteten Zeitungen. Es wird jedoch erwartet, dass die Bewertungen der Parteien und Akteure entsprechend der redaktionellen Linie der Zeitung ausfallen werden. So dürfte die Kommentierung der SPD oder von SPD-Akteuren in der Welt negativer ausfallen, als in der Tageszeitung. Umgekehrt erwartet man dies selbstverständlich auch bei den Akteuren der CDU/CSU etc. (Vgl Pfetsch a.a.O. S.99 / Lüter a.a.O. S.179-183).

4.1.2 Die Hypothesen zusammengefasst

1. Die Parteien im Spiegel der überregionalen Qualitätspresse:

- 1) In der Regel werden alle Parteien mit mehr negativen Aussagen versehen als mit positiven.
- 2) Die SPD wird negativer bewertet als die Union (Die meisten negativen Bewertungen und die wenigsten positiven)
- 3) Die Zeitungen verhalten sich in punkto Häufigkeit der Nennung diametral zu der redaktionellen Linie. D.h. die linksgerichteten Zeitungen bringen mehr Aussagen zur Union und die rechtsgerichteten Zeitungen bringen mehr Aussagen zur SPD
- 4) Die eher rechtsgerichteten Blätter Welt und FAZ beurteilen die SPD negativer als die CDU und die linksgerichteten Blätter bewerten die CDU negativer als die SPD. Die Süddeutsche Zeitung verhält sich am neutralsten

2. Die politischen Akteure im Spiegel der überregionalen Qualitätspresse

- 1) Die Politischen Akteure werden von der Qualitätspresse überwiegend negativ bewertet.

- 2) Angela Merkel erhält positivere Bewertungen als Bundeskanzler Gerhard Schröder und der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber.
- 3) Schröder wird von den konservativen Zeitungen (Welt, FAZ) negativer bewertet als von den linken Zeitungen (FR, Taz). Angela Merkel wird von den konservativen Zeitungen positiver bewertet als von den linken Zeitungen
- 4) Gerhard Schröder wird in Bezug auf die Bundestagswahl positiver bewertet als Angela Merkel. (Schröder bekommt die besten Bewertungen bei der BTW).
- 5) Schröder wird bezüglich seines Auftretens und in Bezug auf die Kanzlerfrage negativer bewertet als Angela Merkel.
- 6) Gerhard Schröder erhält nach seiner Rücktrittsankündigung positivere Bewertungen als vorher. Bei Angela Merkel fällt der Unterschied bezüglich der Bewertung nach Schröders Rücktrittsankündigung weniger groß aus.
- 7) Gerhard Schröder wird im Vergleich zu den SPD-Parteiateuren insgesamt negativer bewertet. Angela Merkel wird im Vergleich zu den CDU/CSU-Parteiateuren insgesamt positiver bewertet

3. Die Koalitionsmöglichkeiten im Spiegel der überregionalen Qualitätspresse:

- 1) Am häufigsten genannt wird die Große Koalition, sie erhält auch die besten Bewertungen. Die Jamaika-Koalition wird am zweithäufigsten genannt. Andere Koalitionsoptionen werden selten kommentiert.
- 2) Nach Schröders Rücktrittsankündigung findet ausschließlich die Große Koalition in den Kommentaren Berücksichtigung.
- 3) Die linksgerichteten Zeitungen bewerten die Große Koalition positiver als die rechtsgerichteten, da sie eine Regierungsbeteiligung der SPD befürworten.

4.2 Methodischer Teil

Für die Vorgehensweise bei Inhaltsanalysen schlägt Patrick Rössler eine fünfstufige Vorgehensweise vor, in der die Auswahlinheit eingegrenzt werden soll (Vgl. Rössler a.a.O. S.50). Zunächst muss der Zeitraum der Untersuchung exakt bestimmt werden. Plausible Schlüsselereignisse dienen dabei als plausible Anfangs- und Endpunkte. In zweiten Schritt wird ein räumlicher Geltungsbereich festgelegt, in dem die Analyse stattfinden soll und für den die schließlich zustande kommenden Erkenntnisse Geltung beanspruchen. In einem dritten Schritt ist es empfehlenswert, die Mediengattung zu bestimmen, bevor in der weiteren Handlungsweise das jeweilige Medienangebot klassifiziert wird. Schließlich wird in einem fünften Schritt festgelegt, welche Ressorts und Formate ins Auge gefasst werden. Wird diese Vorgehensweise nach Rössler in der vorgegebenen Reihenfolge befolgt, ergibt sich anschließend daraus das Codiermaterial (Vgl. Ebd. S. 50-55) In der hier zugrunde liegenden Inhaltsanalyse wurde diese Vorgehensweise herangezogen und in den folgenden Abschnitten anschaulich dargestellt.

4.2.1 Zeitraum der Untersuchung

Nach der Formulierung der Fragestellung galt es somit im folgenden Schritt den Zeitraum der Untersuchung festzulegen. Da sich die formulierten Forschungsfragen auf die veröffentlichte Meinung nach der Bundestagswahl konzentrieren, ist es naheliegend, als Anfangspunkt den Tag der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag, den 18. September 2005 zu wählen. Die Kommentierung durch die Printmedien erfolgte logischerweise am darauffolgenden Werktag, den 19. September, weshalb sich keine Daten vom 18. September zusammentragen ließen. In den darauffolgenden Wochen folgte der langwierige Prozess, der letzten Endes zur Bildung der Großen Koalition aus Union und SPD führen sollte. In den vier Wochen nach der Wahl wurden zahlreiche Optionen diskutiert in bezug auf mögliche Regierungskoalitionen als auch um wichtige Personalien wie die Kanzlerfrage oder mögliche Kandidaten für Ministerposten. Als Endpunkt der Analyse wurde folglich ein Datum gewählt, an dem die bedeutungsvollsten Entscheidungen dieser Regierungsbildung bereits getroffen wurden. Hierzu diente

die Neukonstituierung des Bundestages, die laut Grundgesetz exakt einen Monat nach der Bundestagswahl vollzogen werden muss und folglich am 18. Oktober 2005 durchgeführt wurde. An diesem Tag wurde zwar noch nicht die designierte Bundeskanzlerin Angela Merkel von den Abgeordneten gewählt, sondern lediglich der Bundestagspräsident und seine Stellvertreter. Dennoch wurde dieses Datum als Endpunkt angesehen, an dem der Prozess der Koalitionsbildung als inoffiziell beendet angesehen wurde. Nach dem 18. Oktober wurde die Zusammensetzung der neuen Bundesregierung aus der Union und der SPD weder von der politischen Klasse, noch von der Öffentlichkeit ernsthaft in Frage gestellt, sodass die öffentliche Meinung nach diesem Datum keine besonders große Rolle mehr für die Regierungsbildung gespielt haben dürfte und eine weiterführende Analyse über dieses Datum hinaus als wenig wissensvermehrend eingeschätzt wurde. Aufgrund der Tatsache, dass die Printmedien über die Neukonstituierung des 16. Deutschen Bundestags, wie bei der Bundestagswahl, erst einen Tag später berichten konnten, werden die Veröffentlichungen der Medien bis zum 19. Oktober des Jahres 2005 für die Inhaltsanalyse berücksichtigt.

4.2.2 Festlegung des Codiermaterials

Der zweite Schritt der Vorgehensweise bei einer Inhaltsanalyse beschäftigt sich mit der Eingrenzung des räumlichen Geltungsbereiches. Da in dieser Untersuchung lediglich die öffentliche Meinung in Deutschland von Belang ist, war es unerheblich, wie die internationale Medienlandschaft über die Regierungsbildung berichtete. In diesem Rahmen interessiert lediglich die deutsche Medienlandschaft. Um angesichts der vielfältigen Medienlandschaft in Deutschland, allein in anbetracht des Zeitungs- und Zeitschriftenangebot mit täglich knapp 400 Zeitungstiteln mit über 1.500 Lokalausgaben (Vgl. Wiedemann a.a.O. S.338), eine weitere Eingrenzung vorzunehmen, erschien eine räumliche Begrenzung auf die überregionale Medienlandschaft in Deutschland als ausreichend. Als Mediengattung wurde in einem dritten Schritt die Gattung Printmedien festgelegt. Bei den Medienangeboten stellte sich die Auswahl der überregionalen Qualitätspresse als hinreichend dar, angelehnt an das 2004 veröffentlichte WZB-Kommentarprojekt „die Stimme der Medien“. Zu den überregionalen Qualitätszeitungen in Deutschland zählt man in der als üblich

anerkannten Reihenfolge des politischen Spektrums von rechts nach links die Tageszeitungen, *die Welt* (Welt), *die Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), die *Süddeutsche Zeitung* (SZ), die *Frankfurter Rundschau* (FR) sowie die *tageszeitung* (Taz). Diese fünf Medienangebote stellen, wie in Kapitel 3.4 bereits beschrieben, die meinungsführende Qualitätspresse in Deutschland dar (Vgl. Eilders/Neidhardt/Pfetsch a.a.O. S.18/ Hagen a.a.O. S. 446/ Schönbach 1977). Die abschließende fünfte Stufe bei der Festlegung der Analyseeinheit nimmt die genaue Festlegung des Ressorts ein. Hierbei wurde die Textform der politischen Kommentare als Untersuchungsmaterial fixiert, d.h. explizite Meinungsartikel, welche in den Zeitungen entsprechend als solche kenntlich gemacht wurden. Die *Bild-Zeitung* wurde nicht mit in die Analyse aufgenommen, da die *Bild* als überregionale Boulevardzeitung und nicht als Qualitätszeitung eingeordnet wird und außerdem eine Unterscheidung in der Berichterstattung zwischen Nachricht und Meinung nicht trennscharf voneinander abgrenzbar ist. Aus diesem Grunde wurden auch veröffentlichte Reportagen, die auch meinungshaltig sein können, von der Untersuchung ausgeschlossen. Dass die *Bild-Zeitung* genau wie diverse Wochenzeitungen wie *Der Spiegel* oder *Die Zeit* ebenfalls einen bedeutsamen Effekt auf die Konstituierung der öffentlichen Meinung ausüben, soll nicht in Zweifel gezogen werden, daher wäre eine Medienwirkungsanalyse angesichts der Beschränkung auf die fünf überregionalen Tageszeitungen (Welt, FAZ, SZ, FR und Taz) als lückenhaft einzuschätzen. Der Anspruch, das politisch relevante Links-Rechts-Spektrum der Tageszeitungen in Deutschland abzudecken, dürfte hingegen als zutreffend eingeschätzt werden (Vgl. Eilders/Neidhardt/Pfetsch a.a.O. S.19).

Nach Abschluss dieser fünfstufigen Vorgehensweise ergibt sich daraus anschließend das entsprechende Material zum Kodieren. Aufgrund der Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches auf Deutschland/ überregional mussten bei der Datenerfassung die politischen Kommentare bezüglich internationaler Politik und rein regionaler Politik in den Lokalausgaben ausgeschlossen werden. Angestrebt wurde angesichts dieser expliziten Eingrenzung des Codiermaterials und des relativ kurzen Zeitraumes von einem Monat eine Vollerhebung der veröffentlichten Kommentare in den Qualitätszeitungen. Politische Kommentare finden sich in den Zeitungen in der Regel stets auf denselben Seiten, bzw. immer in denselben Rubriken. In der *Welt* finden sich Artikel in den Rubriken *Titel*

(Seite 1) und *Forum* (Seite 8, in wenigen Fällen auch Seite 6). Die FAZ veröffentlicht politische Kommentare unter den Rubriken *Politik* (Seite 1) sowie *Zeitgeschehen* (Seite 14)¹⁷; Die Süddeutsche Zeitung räumt meinungshaltigen Artikeln eine gesamte Seite ein: die *Meinungsseite 4*, dort finden sich Aussagen zu sämtlichen Themen, nicht lediglich politische, sondern auch zu Themen aus dem Bereich Boulevard, Sport und Sonstiges, weshalb bei der Datenerfassung ein wesentlich umfassenderer Datensatz vorlag, als bei den anderen Zeitungen. Die Frankfurter Rundschau druckt Kommentare unter der Rubrik *Politik* (Seite 3), während die Taz die Titelseite *Seite 1* und die Rubrik *Meinung und Diskussion* (Seite 12) verwendet.

4.2.3 Datenerfassung und Datenbereinigung

Für die Datenerfassung wurde die Internetdatenbank *LexisNexis Professional* verwendet, in der sich sämtliche Zeitungsartikel der genannten Zeitungen recherchieren ließen, mit Ausnahme der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die benötigten Texte der FAZ wurden somit im Internet von der redaktionseigenen Internetseite (FAZ.NET) zusammengetragen. Bei der Recherche wurde eine Rubrikensuche durchgeführt, indem sämtliche Artikel, welche unter den jeweiligen Rubriken und Zeitungsseiten veröffentlicht wurden, gesammelt wurden. Durch die Datenbankrecherche bei LexisNexis Professional wurden dabei jedoch auch derartige Artikel herausgegeben, welche lediglich auf die gewünschten Rubriken verweisen¹⁸, bzw. auch andersartige Artikel auf den Zeitungsseiten. Beispielsweise finden sich im Fall der Süddeutschen Zeitung auf der Meinungsseite neben den Kommentarartikel auch das Impressum, ein Blick in die internationale Presse oder die Rubrik *Person*. Diese Dokumente mussten in aufeinanderfolgenden Schritten herausgefiltert werden. In der Taz-Rubrik *Meinung und Diskussion* wurden überwiegend Leserbriefe und Interviews mitgeliefert, welche vor der Analyse selbstverständlich ebenfalls aussortiert werden mussten, da sie zwar ebenfalls Meinungen widerspiegeln können, jedoch nicht unter die Kriterien von Kommentarartikeln zu fassen sind. Einzig die

¹⁷ In der FAZ werden Kommentare zudem von den üblichen Artikeln dadurch hervorgehoben, indem die Überschriften in Fraktur-Schrift gehalten werden.

¹⁸ Beispielsweise ein Bericht auf der Titelseite in dem der Verweis „Siehe Kommentar Seite 4“ eingebunden ist.

Recherche auf der Internetseite der FAZ verlief weitgehend problemlos, da dort explizit unter den Rubriken nach Kommentaren gesucht werden konnte und somit auch nur die gewünschten Artikel geliefert wurden. Artikel, die lediglich im Internet auf FAZ.NET veröffentlicht wurden, wurden nicht berücksichtigt, ebenso wenig Artikel welche in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung oder in der Welt am Sonntag erschienen. Da nicht alle fünf Qualitätszeitungen eine Sonntagsausgabe veröffentlichten, hätte die Berücksichtigung der Sonntags-Angebote der FAZ oder WELT zu Ungleichgewichten führen können. Problematisch erschien dies besonders aufgrund der Tatsache, dass die Welt und die FAZ als Zeitungen des rechten Pols angesehen werden. Hätte man somit die Sonntagszeitungen mit verwertet, wäre der linke Pol des Medienspektrums womöglich unterrepräsentiert gewesen. Zusätzlich zeichnet sich für die Sonntagsausgaben dieser Zeitungen eine jeweils andere Redaktion verantwortlich als für diejenigen Ausgaben, die zwischen Montag und Samstag auf den Markt gebracht werden.

Das anschließend auf insgesamt 486 Kommentare reduzierte Material wurde wie nachfolgend beschrieben weiter gefiltert. Die Zielsetzung, eine Vollerhebung sämtlicher erscheinender Kommentare aus dem Zeitraum zu erfassen, wird somit im Hinblick auf die vorhandenen Kommentare in den durchsuchten Datenbanken als hinreichend angesehen. Nicht vollständig geklärt werden konnte hingegen der Gesichtspunkt, ob auch der Inhalt der verwendeten Datenbanken den gewünschten Aspekt der absoluten Vollständigkeit erfüllt. Letzte Zweifel, ob sich die Datenbasis von LexisNexis Professional als komplett vollständig erwies, konnten nicht ausgeräumt werden¹⁹. Auch bei der Recherche der Kommentare der Frankfurter Allgemeinen konnte nicht exakt überprüft werden, ob die in der Internet-Datenbank befindlichen Kommentare das Kriterium der Vollständigkeit erfüllen. Angesichts des Datenmaterials und der Tatsache, dass nach der Recherche für jeden entsprechenden Werktag des Untersuchungszeitraums auch entsprechende Artikel vorlagen, kann davon ausgegangen werden, dass die Datenbank auf FAZ.NET zumindest bezüglich der Pressekommentare vollständig war. Der Vorgang der Datenerfassung wurde mehrfach durchgeführt, sodass sichergestellt werden konnte, dass die Recherche-Ergebnisse korrekt und

¹⁹ Insbesondere traten Zweifel beim Material der Süddeutschen vom 21.09.2005 und vom 19.09.2005 auf.

reproduzierbar sind. Ebenfalls wurde sichergestellt, dass tatsächlich sämtliche in den Datenbanken befindlichen politischen und überregionalen Kommentare der fünf Qualitätszeitungen durch den Rechercheprozess herausgefiltert wurden und kein relevanter Artikel fälschlicherweise nicht erfasst wurde.

Da sich in der zugrunde liegenden Datensammlung zahlreiche Meinungsartikel befanden, die sich lediglich mit Auslandspolitik, regionaler Politik oder anderen Themen befassten und keinen Bezug zum untersuchten Thema aufwiesen, musste auch hier wiederum ein Filterungsprozess durchgeführt werden. Voraussetzung für die Aufnahme in unsere Analyse war somit, dass der Artikel einen Bezug zur deutschen Politik aufweisen musste, d.h. die Nennung eines deutschen Politikakteurs und/oder einer deutschen Partei waren die Voraussetzung für eine Aufnahme in den Datensatz. Alle anderen Kommentare wurden ausgeschlossen. Letzten Endes blieben somit noch 224 Artikel an Textmaterial übrig. Jedoch kam es außerdem vor, dass in dieser Datenmenge ebenfalls noch Artikel vertreten waren, die sich mit einem außenpolitischen, EU-politischen, landespolitischen oder andersartigen Thema befassten, welche offenkundig keinerlei Bezug zum thematischen Rahmen unserer Untersuchung aufwiesen und somit keinen Erkenntnisgewinn im Hintergrund der für diese Studie formulierten Fragestellungen hätte beitragen können. Als weitere Voraussetzung für eine Codierung war somit, dass in den Texteinheiten wenigstens eine Aussage zu den Themen *Regierungsbildung*, *Bundestagswahl* oder *Bundestag allgemein* vorhanden sein musste. Das anschließend vorhandene Material reduzierte sich demzufolge auf nur noch 174 Kommentare. Zwei dieser Kommentare wurden anschließend noch aussortiert, da diese doppelt vertreten waren²⁰. Weil diese Kommentare nicht doppelt in den Zeitungen veröffentlicht wurden, sondern wahrscheinlich versehentlich zweifach in die Datenbank von LexisNexis Professional gelangt sind, mussten diese im Rahmen der Untersuchung natürlich herausgenommen werden. Über die Ergebnisse des Prozesses der Datenerfassung und der Datenbereinigung sowie den weitergehenden Filterungsprozessen gibt Tabelle 2 auf Seite 58 Aufschluss.

²⁰ Dies betraf einen Artikel aus der Welt vom 14.10.2005: „*Von Schwäche keine Spur*“, sowie einen Kommentar aus der tageszeitung vom 19.09.2005: „*Merkel ist politisch gescheitert*“, der sich als nahezu identisch mit dem ebenfalls am selben Tag erschienenen Artikel „*Die gestutzte Kandidatin*“ erwies.

4.2.4 Aussagenklassifizierung

Das nun vorhandene Material erwies sich für eine umfangreiche und repräsentative Studie über die Orientierungen der Qualitätspresse als zu gering, als dass eine Analyse der Kommentare als Ganzes, wie in der Studie *Die Stimme der Medien* (Vgl. Eilders/Neidhardt/Pfetsch a.a.O. S.17-21), hätte durchgeführt werden können. Außerdem erschien uns der Informationsverlust als zu hoch, wenn man aus dem vorliegenden Material nur eine begrenzte Anzahl von Informationen herauszieht, beispielsweise wenn von mehreren in den Kommentaren genannten Akteuren lediglich einer erfasst und codiert worden wäre. Aus diesem Grunde wurden die ganzen Texteinheiten in einzelne Aussage-Einheiten aufgegliedert, bei denen gewährleistet werden konnte, dass sämtliche in den Kommentaren vorkommende Politikakteure und Themen des Artikels erfasst werden konnten. Nach Patrick Rössler beinhaltet eine Aussage in einer Texteinheit mindestens drei Komponenten, welche „die zentralen Kategorien für die Verschlüsselung von wertenden Aussagen darstellen“. Es handelt sich um die Komponenten Gegenstand, Bewertung und Urheber (Vgl. Rössler a.a.O. S.154). In unserem Fall werden die Aussagen zusätzlich um die Komponente Aussageobjekt erweitert. Unter diese Komponente fallen die Parteien, politische Akteure oder andere Akteure, über die in den Kommentaren Aussagen getroffen werden (Vgl. Ebd. S. 160).

Für die Klassifizierung musste ein umfangreiches Codebuch entworfen werden, indem u.A. sämtliche Akteure (Aussageobjekte) sowie Themen (Gegenstand) eine zugewiesene und individuelle Codierzahl erhielten. Eine neue Aussage in der Texteinheit liegt laut Rössler dann vor, wenn mindestens eine dieser Komponenten wechselt (Vgl. Ebd. S.161). Dies war insoweit erforderlich, wenn sich ein Satz oder ein Abschnitt des Textmaterials zwar auf ein und dasselbe Thema oder denselben Akteur beziehen, jedoch die anderen für eine Aussage erforderlichen Komponenten wie Urheber oder Bewertung verändern. Kommen in einem Satz mehrere Akteure vor, so wurde diese Aussage folglich auch mehrfach codiert, um einen Informationsverlust zu verhindern. Der Aufbau des für diese Inhaltsanalyse verwendeten Codebuchs wird im folgenden Abschnitt verdeutlicht.

4.3 Das Codebuch

Für die Inhaltsanalyse war es erforderlich, die Komponenten einer Aussage (Urheber, Aussageobjekt, Bewertung und Gegenstand) hinreichend zu klassifizieren und trennscharf voneinander abzugrenzen. Das Kriterium Trennschärfe stellt hierbei eine wichtige Komponente dar. Patrick Rössler gibt an, dass die einzelnen Kategorien erst dann als *disjunkt* bezeichnet werden können, sofern die Botschaften eindeutig jeweils einer Kategorie zugeordnet werden können und sie tatsächlich unterschiedliche Aspekte messen (Vgl. Ebd. S.93). Zwischen verschiedenen Ausprägungen und innerhalb einer Ausprägung muss demnach eine hinreichende Trennschärfe definiert sein, die einzelnen Ausprägungen sollen sich gegenseitig ausschließen (Vgl. Brosius/ Koschel 2001 S.181). Wurde im vorangegangenen Schritt festgelegt, ob es sich um eine Aussage handelt, so wurden im folgenden die Aussagen kategorisiert und die formalen Variablen festgehalten. An erster Stelle wurden den Kommentaren jeweils eine spezielle ID zugewiesen, die Kommentare der Welt erhielten eine Nummer ab 101 aufsteigend, die Kommentare der Frankfurter Allgemeine erhielten eine Nummer aufsteigend ab 201 und so weiter in der Reihenfolge von rechts nach links bis zur Tageszeitung, deren Kommentare eine fortlaufende Nummerierung ab 501 erhielten. Die aus den Kommentaren jeweils herausgefilterten Aussagen erhielten ebenfalls eine eigene Identifikationsnummer, jeweils immer bei 01 angefangen. Eine Aussage, wie in der Süddeutschen Zeitung in einem Kommentar²¹ am 22. September 2005 veröffentlicht wurde „*Der Kanzler benimmt sich, als sei er der Boss einer Halbstarkengang*“, erhielt somit beispielweise die Nummerierung 36202. Die 3 steht für die SZ, die 62 für den in dem vorliegenden Datenmaterial 62. Kommentar der Süddeutschen, in dem eine deutsche Partei oder ein deutscher Politiker genannt wurden und die 02 für die zweite Aussage, die in diesem Kommentar festgehalten wurde. Nachdem sämtliche Aussagen somit mit einer individuellen ID ausgestattet werden konnten, wurde als nächstes die formale Variable Datum festgehalten²², bevor es daran ging, im folgenden Verlauf die inhaltlichen Variablen festzuhalten. Bei der ersten inhaltlichen Variable *Urheber* wurde in sämtlichen Fällen die Ausprägung *Journalist* (01) festgehalten, was

²¹ „Beispiel Fischer“ von Kurt Kister

²² Codiert wurde hierbei das Erscheinungsdatum des Artikels und nicht das Datum, an welchem er verfasst wurde oder zuletzt geändert wurde.

insofern nicht verwunderlich ist, da Kommentarartikel die Meinung der Redaktion oder des Journalisten widerspiegeln und daher nicht berichten, sondern kommentieren, und dies geschieht in der Regel aus der subjektiven Sicht des Kommentarschreibers. Die nächste Variable *Aussageobjekt* beinhaltete deutlich mehr Ausprägungen. Hier galt es, jeden möglichen Akteur, auf den sich eine Aussage bezieht, zu erfassen und trennscharf voneinander abzugrenzen. Für jeden einzelnen Akteur wurde somit eine eigene Identifikationsnummer erhoben. SPD-Akteure erhielten eine Nummer mit 100 aufsteigend (100 SPD als Partei allgemein, 110 Bundeskanzler Schröder, 120 Parteichef Franz Müntefering, usw.), Akteure, welche der Union zugeordnet wurden erhielten eine Nummer ab 200 aufsteigend (200 CDU/CSU als Partei allgemein, 220 Parteichefin Angela Merkel, 230 CDU/CSU Fraktion allgemein usw.) und das gleiche Prozedere wurde auch für die übrigen Parteien FDP, Grüne und Linke.PDS durchgeführt. Bei Aussagen in denen als Aussageobjekt eine mögliche Koalition klassifiziert wurde, erhielten diese Aussageobjekte wie die Große Koalition (711) oder die Jamaika-Koalition (712) ebenfalls eine eigene ID-Nummer. Übrige Akteure, die nicht unter diese Ausprägungen fielen, wurden ebenfalls erfasst (z.B. der Wähler/die Wähler 810, die Medien 820), spielten jedoch letztlich bei der Auswertung keine herausragende Rolle, da gemäß der Fragestellung lediglich die Aussagen über Koalitionsoptionen und Parteien, sowie Parteiakteure betrachtet werden sollten. Zudem erwies sich der Datenbestand an Aussageobjekten über andere Akteure, die nicht direkt dem politischen Betrieb zugeordnet wurden, als zu gering, als dass eine Analyse Sinn gemacht hätte. Aussageobjekte die nicht identifiziert konnten erhielten die Nummer 888 (nicht bestimmbar). Wurden in einer Aussage zwei oder mehrere Akteure kommentiert, so wurde die Aussage entsprechend mehrfach erfasst, sodass sämtliche Aussageobjekte mit in die Analyse einfließen. Beispielsweise wurde die Aussage *„Früher als erwartet kommen die Anführer der beiden Volksparteien von ihren Fünfunddreißig-Prozent-Ponys herunter und fangen an, wie normale Menschen miteinander zu reden.“* zweifach erfasst²³, da durch den Begriff die *beiden Volksparteien* die Parteien SPD und CDU/CSU als Aussageobjekt festgehalten werden mussten. Genau genommen werden in dieser Aussage die „Anführer“ der beiden Parteien genannt. Da jedoch nicht exakt formuliert wurde, welche Parteiakteure der

²³ ID: 22601 und 22602 (FAZ vom 30. September 2005)

Urheber dieser Aussage als die Anführer betrachtet, wurden in diesem Fall und in ähnlichen Fällen, wie bereits erwähnt, die beiden großen Parteien als Aussageobjekte erfasst. In wenigen Fällen, in denen der Akteur nicht auf Anhieb klassifiziert werden konnte, wurde dieser auch aus dem Kontext des gesamten Kommentars heraus erschlossen. Die nächste inhaltliche Variable, der es sich anzunehmen galt, war die Variable *Bewertung*. Hierzu wurden lediglich drei Ausprägungen definiert: *positiv* (1), *negativ* (2) und *neutral* (3). Ausprägungen wie *sehr negativ* oder *sehr positiv* ließen sich nicht ausreichend trennscharf von den anderen Ausprägungen abgrenzen. Für die Komponente Bewertung wurden explizite und implizite Bewertungen herangezogen, die der Kommentierung zu entnehmen gewesen sind. Als negativ wurden Aussagen bewertet, wenn sie Kritik beinhalteten oder einen ironischen, sarkastischen Tonfall anschlugen. Lobende oder unterstützende Aussagen wurden als positiv erachtet. Aussagen, in denen keine Bewertung oder eine ausgewogene Bewertung vorgenommen wurde, wurden hingegen als neutral definiert. Eine hundertprozentig trennscharfe Abgrenzung war bei dieser Variable teilweise schwer zu gewährleisten, in manchen Fällen musste beispielsweise abgewogen oder aus dem Kontext heraus erschlossen werden, ob es sich um eine sarkastische oder kritische Aussage handelt oder nicht. Jedoch zeigen die errechneten Zuverlässigkeitswerte bei der anschließenden Reliabilitätsprüfung angemessene Werte, sodass von einer zuverlässigen Messung gesprochen werden kann (Siehe Kapitel 4.4). Die letzte zu erfassende inhaltliche Variable stellte der jeweilige *Gegenstand* der Aussage dar. Hierbei wurden wieder zahlreiche Ausprägungen definiert, um den thematischen Kontext der Aussagen hinreichend erfassen zu können. Bei der anschließenden Auswertung zeigte sich, dass gewisse Ausprägungen mit anderen zusammengefasst werden konnten, so wurden beispielsweise Aussagen mit dem Gegenstand *Bundestagswahl* (110), *Wahlergebnis der Union* (113) und *Wahlergebnis der SPD* (114) bei der anschließenden Analyse zusammengefasst zu der alleinigen Ausprägung *Bundestagswahl* 110. Ähnlich wurde bei der Ausprägung *Kanzlerfrage* (120) oder *Allgemeines Auftreten* (170) verfahren, da ein trennscharfes voneinander Abgrenzen ansonsten nur erschwert möglich gewesen wäre und die anschließenden Reliabilitätswerte voraussichtlich nicht in zufriedenstellend gewesen wären, zudem wäre der vorhandene Datensatz zu den einzelnen Ausprägungen zu gering gewesen, als dass bei der Analyse

aussagekräftige Erkenntnisse hätten ermittelt werden können. Letztlich wurden bei sämtlichen Variablen genügend Ausprägungen festgehalten, um ein Bild darüber zu erhalten, welche Akteure im Untersuchungszeitraum unter welchen thematischen Gesichtspunkten und mit welcher Bewertung kommentiert wurden. Nach vollständiger circa vierwöchiger Kategorisierung des Datenmaterials von insgesamt 1331 unterschiedlichen Aussagen (Siehe Tabelle 2 auf Seite 58), in denen verschiedene Ausprägungen bei der Variable Aussageobjekt zu dem ursprünglich aufgestellten Codebuch ergänzend hinzugefügt wurden²⁴, war es erforderlich, Untersuchungen bezüglich der Zuverlässigkeit der Erhebungen vorzunehmen. Das vollständige Codebuch, das für diese Medien-Inhaltsanalyse verwendet wurde, befindet sich im Anhang dieser Arbeit.

4.4 Reliabilitätsprüfungen

Das nach der ca. vierwöchigen Erhebungsphase vorhandene Datenmaterial musste nach Abschließung dieses Prozesses einer speziellen Reliabilitätskontrolle unterzogen werden, um festzustellen, ob das Instrument und die Messung tatsächlich geeignet sind, Antworten auf die formulierten Forschungsfragen zu geben. Die Zuverlässigkeit der Analyse wird anhand von bestimmten statistischen Untersuchungsmethoden ermittelt. In der hier vorliegenden Medieninhaltsanalyse wurde auf den sogenannten Intracoder-Reliabilitätstest²⁵ zurückgegriffen, welcher misst, wie gut die Verschlüsselungen des Kodierers zu Beginn und am Ende der Untersuchung miteinander übereinstimmen (Vgl. Rössler a.a.O. S. 185-193). Dieser Test erwies sich deshalb als geeignet, da die Codierungen der Analyse von einer Person durchgeführt wurden. Der jeweils ermittelte Reliabilitätskoeffizient für die einzelnen Variablen ergab hierbei durchaus zufriedenstellende Werte. Das absolute Minimum, welches für einen Reliabilitätstest vorausgesetzt wird beträgt nach Rössler (Vgl. Ebd. S. 191) 30-50 Codierungen, angestrebt werden sollten allerdings 200-300. In der vorliegenden Analyse wurde der angestrebte Wert mit jeweils 211 Codierungen pro Variable demzufolge erreicht. Die höchsten Werte mit über 93 Prozent ($C_R=.9336$) Übereinstimmungen ergab sich bei der Variable

²⁴ Z.B. SPD-Fraktionsmitglied Ludwig Stiegler oder der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz

²⁵ $C_R=2*C_{\bar{U}}/(C_A+C_B)$; C_R gibt hierbei den Reliabilitätskoeffizienten der Codierung an, $C_{\bar{U}}$ die Zahl der übereinstimmenden Codierungen, C_A die Anzahl der erstmaligen Codierungen und C_B die Anzahl der zweiten Codierungen (Vgl. Rössler ebd. S.190)

Aussageobjekt (Akteur, auf den sich die jeweilige Aussage bezieht). Aufgrund der Vielzahl der verschiedenen Ausprägungen, welche bei dieser Variable definiert wurden, ist dieser Wert zufriedenstellend. Bei der Variable Bewertung betrug der Reliabilitätskoeffizient 86 Prozent ($C_R=.8626$). Bei der Variable Gegenstand (thematischer Bezug der Aussage) wurden mit 81 Prozent ($C_R=.8104$) die niedrigsten Werte erzielt, was angesichts der Vielzahl der Ausprägungen nicht verwunderlich ist. Nach Patrick Rössler wird allerdings bei Kategorien zu Sachverhalten, welche sich nur mühsam voneinander abgrenzen ließen, was im Falle der Kategorie Gegenstand in dieser Analyse als zutreffend bezeichnet werden kann, ein Wert von 75 Prozent als ausreichend angesehen. Angestrebt werden sollte bei inhaltlichen Kategorien ein Wert ab 80 Prozent, was somit bei allen drei Variablen der Analyse zutrifft (Vgl. Ebd. S.192). Die Kategorie Gegenstand ist allerdings nicht der Kernpunkt der Untersuchung. In erster Linie werden die Variablen Aussageobjekt und Bewertung herangezogen. Lediglich in Kapitel 5.3.4 wird auch auf den thematischen Bezug und somit den Gegenstand der Aussagen eingegangen. Die entstandenen kleineren Differenzen bei letztgenannter Variable dürften somit zu keinen erheblichen Verzerrungen der Analyse geführt haben, sodass den Codierungen durch die Ergebnisse der Reliabilitätstests eine gute Qualität bescheinigt werden kann. Jene Aussagen, bei welchen bei der zweiten Codierung keine Übereinstimmung mit den Angaben der ersten Codierung erzielt werden konnten, wurden nochmals einer genaueren Betrachtungsweise unterzogen. Falls bei der späteren Codierung recht eindeutig eine andere Variablenausprägung festgestellt wurde, so wurden diese in den Datensätzen auch entsprechend geändert. Bei Variablen, bei denen selbst nach mehrmaliger Betrachtung eine absolut eindeutige Kodierung als nicht möglich erschien, wurde der ursprüngliche Code beibehalten. Ein Kategorisieren in der Ausprägung „nicht entscheidbar“ wäre gegebenenfalls möglich gewesen, hätte aber auch zu mehr Verzerrungen und einem nicht unerheblichen Informationsverlust führen können. Beispielsweise hätte bei der Variable Bewertung eine weitere Ausprägung mit „nicht entscheidbar“ zu Problemen bei der trennscharfen Abgrenzung von der Ausprägung „neutral“ geführt. Nicht absolut eindeutig entscheidbare Bewertungen nach mehrmaliger Betrachtung wurden folglich als „neutral“ eingestuft.

5. Ergebnisse

Das nun vorhandene und auf Zuverlässigkeit geprüfte Datenmaterial galt es nun einer ausführlichen Analyse zu unterziehen, um somit die in Kapitel 4.1 formulierten Fragestellungen und Hypothesen entsprechend beantworten zu können. Zunächst werden die Erkenntnisse über die formalen Variablen zusammengetragen. Es wird anhand der Quantität der Aussagen aufgezeigt, welche Bedeutung die Bundestagswahl für die Kommentarschreiber der überregionalen Zeitungen gehabt hat. Im einem weiteren Schritt werden dann die jeweiligen Aussagen über die Parteien allgemein betrachtet. Ein größerer Teil der Analyse machte die Betrachtung der Akteursbewertungen aus, bei dem die Akteure auch unter zeitlichen oder thematischen Aspekten betrachtet wurden. Der letzte Teil der Studie befasst sich mit den in den Kommentaren getätigten Aussagen über die Koalitionsoptionen, die nach der Wahl bestanden haben.

5.1 Formale Variablen

Bevor die inhaltliche Analyse der vorhandenen Daten ausführlich geschildert wird, vermittelt ein Blick auf Tabelle 2 aufschlussreiche Erkenntnisse. Schließlich lässt sich erkennen, in welcher Form die fünf Qualitätszeitungen über die Bundestagswahl und den Prozess der Regierungsbildung berichteten. Der Anteil der Kommentare, in denen ein deutscher Politikakteur oder eine deutsche Partei enthalten waren, machte bei den Zeitungen einen Anteil von zwischen 39 Prozent (FAZ) bis 63 Prozent (Taz) aus. Von diesen Kommentaren wiederum wies der überwiegende Teil einen Bezug zur Bundestagswahl oder Regierungsbildung auf: Zwischen 69 Prozent (Welt) und 92 Prozent der Kommentare (Taz). Diese Thematik machte somit im Untersuchungszeitraum anhand dieser ermittelten Daten den Hauptbestandteil in den Kommentaren der überregionalen Qualitätszeitungen aus, zumindest sofern sich die Kommentare auf die Inlandspolitik bezogen. Durchschnittlich wurden zwischen sieben und acht verschiedene Aussagen in den einzelnen Kommentaren festgehalten. Bei der Taz und der Welt lag der Schnitt bei knapp unter sechs Aussagen pro Kommentar, während der Schnitt der Aussagen bei der FAZ und der SZ bei knapp unter neun verschiedenen Aussagen lag. Bei der FR wurde ein Schnitt von 7,9 Aussagen pro

Kommentar ermittelt. Durch die Tatsache, dass somit auf die FAZ und die Süddeutsche Zeitung nicht nur die meisten Kommentare überhaupt, sondern auch die meisten Aussagen pro Kommentar entfallen (wie in Tabelle 2 ersichtlich), lässt sich konstatieren, dass der Großteil der untersuchten Aussageeinheiten (56,8 Prozent) in der Analyse auf diese beiden Zeitungen zurückzuführen sind. In Kapitel 5.2.3 und 5.3.3 wird allerdings auch die Bewertung der Parteien und der Parteiakteure in den fünf Zeitungen einzeln betrachtet.

Tabelle 2: Datenerhebung bei LexisNexis professionell und FAZ.NET

	Die Welt	FAZ	Süddeutsche	Frankfurter Rundschau	Die Tageszeitung	Gesamt
Dokumente	81	127	214	146	263	831
Davon Kommentare	81	127	141	96	41	486
Nennung von dt. Partei oder dt. Politikakteur	39	50	57	42	26	214
Bezug zu BTW oder Regierungsbildung	27(*)	42	44	35	24 (*)	172
Aussagen	155	373	378	276	141	1323

**) jeweils ein Kommentar wurde doppelt erfasst und aussortiert.*

Die Sonntagsausgaben der FAZ und der Welt wurden nicht berücksichtigt.

5.2 Parteienbewertungen

Der Erste Schritt der Medienanalyse befasst sich mit der Bewertung der unterschiedlichen Parteien in den Pressekommentaren in der Zeit nach der Bundestagswahl. Die Quantität der Nennungen von den Parteien weicht jedoch in recht starkem Maße voneinander ab. Über die beiden großen Parteien werden weitaus mehr Aussagen getroffen, als über die übrigen Parteien. Obwohl die FDP und die

Linke.PDS bei der Bundestagswahl von den etablierten Parteien die größten Stimmengewinne verbuchen konnten, werden nur jeweils wenige Aussagen über diese beiden Parteien gefällt. Hinsichtlich der Aussagen über die CDU und die CSU wurden keine Unterscheidungen vorgenommen. Ohnehin fanden sich nur wenige Aussagen, in denen lediglich die CSU thematisiert wurde²⁶. In den meisten Fällen wurde die CSU gemeinsam mit ihrer Schwesternpartei in Verbindung gebracht. Umgekehrt konnte es allerdings der Fall sein, dass einzig die CDU genannt wurde, jedoch aus dem Kontext heraus erschlossen werden konnte, dass sich die Aussage auf die Union als Ganzes bezieht. Ebenso wurden CSU-Akteure wie Edmund Stoiber in der Regel als Akteur der ganzheitlichen Union behandelt. Als Aussagen über Parteien wurden somit sämtliche Aussagen zusammengefasst, in denen eine Partei als solches, als auch deren Parteiakteure in den Kommentaren behandelt wurden. Insgesamt ergab sich, dass 1022 der 1323 herausgefilterten Aussagen Parteien zugeordnet wurden und lediglich 301 Aussagen anderen Akteuren, wie Journalisten, Wähler, etc.

5.2.1 Wertende Aussagen über die Parteien

Die Ergebnisse in Tabelle 3 bestätigen die Hypothese, dass Parteien in Pressekommentaren überwiegend negativ beurteilt werden. Lediglich die FDP wird im Untersuchungszeitraum nicht mit mehr negativen als positiven Aussagen versehen. Alle übrigen Parteien erhalten deutlich mehr negativ formulierte Aussagen. Bei der SPD, der Union und der Partei die Linke.PDS liegt der Anteil der negativen Aussagen zwischen 44 und 51 Prozent, während der Anteil der positiven Aussagen lediglich zwischen 15 und 17 Prozent festgemacht werden konnte. Auch die Grünen erfahren nur zu 16 Prozent positive Bewertungen in den Pressekommentaren, jedoch ist bei ihnen der überwiegende Anteil an Aussagen neutral gefasst. Die lediglich 23 Prozent negativen Aussagen bei den Grünen wurden als der niedrigste Wert der fünf Parteien festgehalten. Es wurde jedoch nur bei den beiden großen Parteien Aussagen im dreistelligen Bereich festgestellt. Der Anteil an Aussagen über die anderen drei Parteien liegt zwischen 96 bei den

²⁶ Nicht miteingeflossen in die Untersuchung sind schließlich Aussagen über die CSU, die in den Lokalteilen der Zeitungen, insbesondere der Münchner Zeitung die Süddeutsche getroffen wurden. In der vorliegenden Datenbasis wurden lediglich 12 Aussagen gefunden, in denen allein die CSU behandelt wurde. Demgegenüber fanden sich 122 Aussagen, in denen allein die CDU als Akteur genannt wurde.

Grünen und gerade einmal 35 bei der Partei die Linke.PDS. Die fusionierte Fraktion aus WASG und PDS wurde in den Pressekommentaren nicht sonderlich thematisiert und wenn, dann zur Hälfte negativ. Das positive Bild der FDP in der überregionalen Qualitätspresse lässt sich wahrscheinlich auf das überraschend positive Wahlergebnis zurückführen. Ob die FDP grundlegend von der Qualitätspresse positiver als die anderen Parteien bewertet wird, lässt sich aufgrund der geringen Datenbasis und des kurzen Untersuchungszeitraums nicht festmachen. Als wahrscheinlicher dürfte es angesehen werden, dass die Ergebnisse lediglich temporären Charakter aufweisen und die FDP bei einer Inhaltsanalyse über einen längeren Zeitraum ebenfalls eher negativ bewertet werden würde.

Tabelle 3: Die Bewertungen der einzelnen Parteien

		SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	Die Linke.PDS
positiv	%	15	15	16	32	17
neutral	%	37	41	61	38	31
negativ	%	49	44	23	29	51
Gesamt	N	437	388	96	65	35
	%	101*	100	100	99*	99*

*) Die Gesamt-Angaben die ungleich 100 Prozent sind, sind in dieser und in den folgenden Tabellen zurückzuführen auf Auf- bzw. Abrundungen.

5.2.2 Die Bewertung der SPD im Vergleich zur Union

Die Zweite Hypothese geht davon aus, dass die SPD im angegebenen Untersuchungszeitraum eine schlechtere Bewertung als die CDU/CSU erhielt. Tabelle 3 zeigt, dass die Unterschiede hierbei allerdings nur relativ gering ausfallen. Der Anteil der positiven Aussagen liegt bei beiden großen Parteien gleichermaßen bei 15 Prozent und somit unter dem Anteil der Bewertungen der anderen Parteien. Die SPD erhält allerdings fünf Prozent mehr negative Aussagen als die Union. Es kann demnach festgehalten werden, dass die SPD zwar gemäß der Hypothese negativer in den Pressekommentaren bewertet wird, jedoch nur in geringfügigem Ausmaß.

5.2.3 Die Häufigkeit der Nennungen in den einzelnen Zeitungen

Die vorangehend formulierte Hypothese, dass sich die Zeitungen in punkto Häufigkeit der Nennungen von Parteien und Parteiakteuren diametral zur eigenen redaktionellen Linie verhalten, kann bei Betrachtung der Daten (siehe Tabelle 4) nicht bestätigt werden. Die SPD wird als Aussageobjekt im Untersuchungszeitraum sowohl von den eher als links eingestuften Zeitungen Taz und FR häufiger genannt, als auch von der konservativen FAZ und der SZ. Lediglich bei der Welt überwiegt die Erwähnung der Union. Überraschenderweise hat demnach ausgerechnet die in diesem Spektrum als am meisten rechts verankerte Zeitung die anteilmäßig wenigsten Aussagen über die sozialdemokratische Partei. Dabei lautete die Erwartung, dass gerade die eher rechten Zeitungen die linken Parteien wie die SPD häufig erwähnen und mit negativen Kommentierungen versehen. Umgekehrt wurde das Gleiche für die eher linken Zeitungen in Bezug auf die konservativen Parteien wie die CDU/CSU erwartet.

Tabelle 4: Die Bewertungen der beiden großen Parteien in den einzelnen Zeitungen

		SPD				CDU/CSU			
		positiv	neutral	negativ	Gesamt	positiv	neutral	negativ	Gesamt
					N				N
Welt	%	20	28	52	100	20	37	43	100
					46				51
FAZ	%	16	41	43	100	16	44	40	100
					131				117
SZ	%	19	36	45	100	12	42	46	100
					132				130
FR	%	6	41	53	100	13	38	48	99
					86				60
Taz	%	10	26	64	100	17	40	43	100
					42				30
Gesamt	%	15	37	49	101	15	41	44	100
	N	64	160	213	437	57	160	171	388

Insgesamt lässt sich jedoch festhalten, dass die Kommentierung der SPD im Zeitraum nach der Bundestagswahl 2005 den größten Anteil in den inländischen politischen Kommentaren ausmachten, unabhängig von der redaktionellen Linie der Zeitungen. Zu erklären ist dies möglicherweise damit, dass die Forderungen der SPD auch in einer Großen Koalition als schwächere Fraktion den

Bundeskanzler zu stellen, nicht den gängigen demokratischen Gepflogenheiten entsprach. In der Geschichte der Bundesrepublik stellte stets die stärkere Fraktion der Regierungskoalition den Regierungschef²⁷. Die Tatsache, dass sich die SPD zunächst nicht dieser Praxis beugen wollte, könnte in der Öffentlichkeit als Ereignis mit skandalösen Tendenzen wahrgenommen worden sein, was sich für den Skandal-Verursacher laut der Nachrichtenwerttheorie (Vgl. Staab a.a.O.) als förderlich für die Präsenz (nicht jedoch für die Bewertung) in der Medienberichterstattung erweist. Dies wäre eine mögliche Erklärung dafür, dass die SPD insgesamt häufiger in den Kommentaren thematisiert wurde als die CDU/CSU, allerdings kann diese Theorie anhand unserer Daten nicht bekräftigt werden.

5.2.4 Die Bewertung von SPD und Union in den einzelnen Zeitungen

Auch die Hypothese, dass die als links eingestuften Zeitungen die SPD positiver darstellen als die CDU/CSU, erweist sich in unserer Medienanalyse als nicht zutreffend, wie ein Blick auf die Daten in Tabelle 4 zeigt. Die beiden linksgerichteten Zeitungen Taz und FR bewerten hingegen die SPD negativer als die Union. Eine Unterstützung der Positionen SPD im Prozess der Regierungsbildung seitens der linksgerichteten überregionalen Tageszeitungen kann demnach nicht festgestellt werden. Interessant ist dieser Aspekt auch deshalb, da die SPD-eigene Medienholding *DDVG* einige Anteile am Druck- und Verlagshaus der Frankfurter Rundschau besitzt²⁸. So gesehen ist es zusätzlich überraschend, dass die Sozialdemokratische Partei von der Frankfurter Rundschau so deutlich negativ bewertet wird. In den konservativen Zeitungen Welt und FAZ erhält die SPD zwar ebenfalls eine negativ gefärbte Bewertung, jedoch im Vergleich zu den linken recht überraschenderweise sogar eine leicht positivere. Es hat den Anschein, dass gerade die linken Zeitungen mit dem Auftreten der SPD, deren Positionen im Grunde ihrer eigenen redaktionellen Linie entsprechen, am wenigsten einverstanden gewesen sind. Es muss jedoch erneut angemerkt werden, dass die vorliegende Datenbasis wiederum relativ klein ausfällt und allgemeine Aussagen über die redaktionelle Linie aufgrund dieser Daten nicht möglich sind. Es lässt sich festhalten, dass das öffentliche Meinungsbild nach der

²⁷ Laut Grundgesetz ist allerdings nicht festgelegt, dass die stärkere Fraktion der Regierungskoalition den Bundeskanzler stellt. GG Kap.VI, Art. 63

²⁸ Vgl. Manager-Magazin 2004

Bundestagswahl, welches durch die überregionale Qualitätspresse vermittelt wurde, die Sozialdemokraten und deren Auftreten keinesfalls begünstigte.

5.3 Akteursbewertung

Der zweite Teil der Analyse beschäftigt sich mit den Aussagen über die politischen Akteure nach der Bundestagswahl 2005. In erster Linie interessierten uns hier die Spitzenakteure der beiden großen Parteien. Als die entscheidenden Akteure wurden Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), SPD-Parteichef Franz Müntefering (SPD), CDU-Parteichefin Angela Merkel sowie der bayrische Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzender Edmund Stoiber betrachtet. Andere Akteure der Parteien wurden im Untersuchungszeitraum mit zu wenigen Aussagen versehen, als dass eine eingehende Analyse möglich gewesen wäre, außerdem wurde davon ausgegangen, dass den vier oben genannten Akteuren ein Hauptanteil an der Bildung der Großen Koalition zugesprochen werden kann. Inwieweit dies auch auf andere Akteure zutreffend gewesen ist, konnte aufgrund der Medienberichterstattung in dem Zeitraum nicht genau festgemacht werden. Anhand der Tatsache, dass sich die Qualitätspresse auf diese vier Akteure verstärkt konzentrierte und sie mit den meisten Aussagen in den Pressekommentaren versah, ist auch ersichtlich, dass die Redaktionen dieser Qualitätszeitungen diese Akteure ebenfalls als die herausragenden Entscheidungsträger im Regierungsbildungsprozess eingeschätzt haben dürften. Lediglich über Gerhard Schröder und Angela Merkel finden sich jedoch Aussagen im dreistelligen Bereich. Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass neben diesen beiden Akteuren kein weiterer Parteiakteur als mögliche Alternative für den Posten des Bundeskanzlers ernsthaft diskutiert wurde. Überlegungen, die am Wahlabend auftraten, dass eine Große Koalition weder unter der Führung von Schröder noch von Merkel, sondern von einem anderen (Unions-)Akteur wahrscheinlich sei, wurden somit nicht von den fünf Zeitungen aufgegriffen und ausführlich diskutiert. Unmittelbar nach der Bundestagswahl fanden sich zudem einige Aussagen über FDP-Parteichef Guido Westerwelle und den Grünen Außenminister Joschka Fischer. Die Anzahl der Aussagen nahm jedoch bereits wenige Tage nach der Bundestagswahl beträchtlich ab, als sich frühzeitig abzeichnete, dass beide Akteure keine große Rolle bei der anstehenden

Regierungsbildung spielen würden. Westerwelle lehnte Sondierungsgespräche mit den Sozialdemokraten ab, Joschka Fischer kündigte zwei Tage nach der Bundestagswahl seinen politischen Abschied an. Über die Akteure der Partei die Linke.PDS fanden sich fast gar keine Aussagen, sodass eine nähere Betrachtung der Daten keinen Sinn ergeben hätte, auch deshalb beschränkt sich diese Analyse mit der Auswertung der Daten über die Akteure der beiden großen Parteien. Für eine intensivere Betrachtung der jeweiligen Aussagen in Bezug auf die Thematik der Aussagen, der Bewertung in den unterschiedlichen Medien, sowie des Zeitpunktes ließen sich nur die Daten über die beiden Kanzlerkandidaten Schröder und Merkel ins Auge fassen.

5.3.1 Die Bewertung der politischen Spitzen-Akteure

Die Hypothese, dass die Akteure überwiegend negativ beurteilt würden, lässt sich als zutreffend bezeichnen. Tabelle 5 verdeutlicht, dass der Anteil der positiv gefärbten Aussagen über die politischen Akteure deutlich hinter dem mit negativen zurückliegt.

Tabelle 5: Akteursbewertungen

		Schröder (SPD)	Merkel (CDU)	Stoiber (CSU)	Müntefering (SPD)
positiv	%	15	16	13	16
neutral	%	31	35	46	41
negativ	%	54	49	42	43
Gesamt	N	153	139	48	44
	%	100	100	101	100

Der prozentuale Anteil der positiven Nennungen liegt bei allen vier Akteuren zwischen 12 und 16 Prozent, der Anteil der negativen jedoch bei allen über 40 Prozent. Über Gerhard Schröder erhält sogar mehr als jede zweite Aussage eine negative Färbung. Es scheint sich zu bestätigen, dass es ein gängiges Mittel der Qualitätsmedien ist, Akteure und Parteien in den Pressekommentaren zu kritisieren und mit negativen Äußerungen zu versehen. Die Medien scheinen der

Ansicht zu sein, ihre Rolle als Kontrollinstanz und vierter Gewalt im Staat vor allem durch das Kritisieren der politischen Instanzen ausüben zu können.

5.3.2 Die politischen Spitzen-Akteure im Vergleich zueinander

Im Grunde zeigen sich bei den Bewertungen der Akteure keine wesentlichen Unterschiede (Tabelle 5). Schröder wird zwar in der Tat negativer bewertet als Merkel, jedoch liegt der Anteil der negativen Aussagen lediglich um fünf Prozentpunkte höher als bei Merkel und der Anteil der positiven Aussagen nur um einen Prozentpunkt niedriger. Edmund Stoiber wird zwar nur in zwölf Prozent der Aussagen über ihn positiv dargestellt, andererseits liegt die Häufigkeit der negativen Aussagen über seine Person um sieben Prozent niedriger als bei der CDU-Parteivorsitzenden. Die Vermutung, dass Merkel bei ihren Ambitionen auf das Amt des Bundeskanzlers von der öffentlichen Meinung unterstützt wurde, lässt sich anhand der hier vorliegenden Daten über die Kommentierung der überregionalen Qualitätspresse nicht bestätigen, dafür fällt die Differenz gegenüber Gerhard Schröder und Edmund Stoiber zu gering aus. Angela Merkel wird insgesamt ähnlich negativ dargestellt wie die anderen Spitzenakteure. Hier bedarf es einer intensiveren Betrachtung der veröffentlichten Aussagen, auf die später (ab Kapitel 5.3.5) eingegangen wird.

5.3.3 Die Bewertung von Schröder und Merkel in den einzelnen Zeitungen

Die Hypothese, dass Gerhard Schröder von den konservativen Zeitungen negativer bewertet werden würde als von den linken, kann anhand der vorliegenden Daten nicht als zutreffend bezeichnet werden. Bereits die Auswertung der Aussagen über die Parteien zeigten, dass die linksgerichteten Zeitungen die SPD sogar negativer bewerteten als die als rechts eingestuften Zeitungen. Ähnliche Ergebnisse lassen sich nun auch bei den Akteursaussagen feststellen (Siehe Tabelle 6). Die FR und die Taz liegen mit ihrem Anteil negativer Aussagen über Schröder mit 61 Prozent bzw. 73 Prozent sogar deutlich vor der Welt oder der FAZ, wobei auch bei diesen Zeitungen der Anteil der negativen Aussagen über Schröder die absolute Mehrheit mit deutlich über 50 Prozent erreicht. Der Anteil der positiven Aussagen über Schröder liegt bei Welt,

FAZ, FR und Taz recht nah beieinander in der Spanne von vier Prozent und somit gleichermaßen gering. Bemerkenswert ist jedoch, dass die SZ den noch amtierenden Bundeskanzler am positivsten bewertete. Die prozentualen Unterschiede gegenüber den anderen Zeitungen sind mitunter sogar recht deutlich. Der Anteil an negativen Aussagen über Schröder liegt bei der SZ in vergleichsweise niedrigen Sphären bei 39 Prozent. Bezogen auf Angela Merkel wird von der Qualitätspresse kein einheitliches Bild vermittelt. Es zeigen sich deutlichere Unterschiede als bei den Aussagen über Gerhard Schröder. Auffällig ist allerdings, dass gemäß der aufgestellten Hypothese die CDU-Chefin von den konservativen Zeitungen Welt und FAZ eindeutig positivere Bewertungen erhält als durch die linken Zeitungen FR und Taz. Besonders auffällig ist das sehr positive Bild in der Welt. 40 Prozent positive Aussagen sind ein absoluter Spitzenwert und lediglich 27 Prozent negative Bewertungen stellen ebenfalls einen ungewöhnlich niedrigen Wert dar. Wieder einmal bemerkenswert ist hierbei die Bewertung der SZ. Erhielt Schröder in der SZ die mit Abstand positivsten Bewertungen, so entfielen in dieser Zeitung extrem viele negative Bewertungen auf die CDU-Vorsitzende, welche die Werte der anderen vier Zeitungen deutlich überstieg. Mehr als zwei Drittel der Aussagen über Merkel waren negativ; gerade einmal sieben Prozent positiv.

Tabelle 6: Die Bewertungen von Schröder und Merkel in den einzelnen Zeitungen

		Schröder (SPD)				Merkel (CDU)			
		positiv	neutral	negativ	Gesamt	positiv	neutral	negativ	Gesamt
		N				N			
Welt	%	11	32	58	101	40	33	27	100
		19				15			
FAZ	%	9	34	57	100	19	43	38	100
		44				47			
SZ	%	25	36	39	100	7	25	68	100
		44				44			
FR	%	13	26	61	100	14	36	50	100
		31				22			
Taz	%	13	13	73	99	9	45	45	99
		15				11			
Gesamt	%	15	31	54	100	16	35	49	100
	N	23	47	83	153	22	49	68	139

Festzuhalten bleibt somit, dass lediglich die Hypothese als zutreffend bezeichnet werden kann, dass Angela Merkel von der konservativen Presse eine positivere Beurteilung erfährt. Die CDU-Vorsitzende erhält durch die als rechts eingestuften Zeitungen Welt und Faz einen zum Teil deutlich höheren Anteil an positiven Aussagen als von der FR und der Taz. Gerhard Schröder hingegen wird mit Ausnahme der SZ von allen Zeitungen stark negativ beurteilt. Die linken Zeitungen überbieten hierbei sogar noch den Anteil der negativen Bewertungen in den konservativen. Eine mögliche Vermutung, dass die Süddeutsche als Zeitung, die in unserem Spektrum in der Mitte platziert wurde, eine möglichst neutrale Position bezog, kann allerdings nicht bestätigt werden. Die aus München stammende Zeitung weist eindeutige Tendenzen pro Schröder und contra Merkel auf. Berücksichtigt werden muss bei der Analyse allerdings selbstverständlich die geringe Datenmenge, aufgrund dessen keine allgemeinen Urteile über die redaktionellen Leitlinien der Zeitungen insgesamt gefällt werden können. Wie die Tabelle 6 zeigt, liegen die vorliegenden Daten über die Bewertungen der Akteure in den einzelnen Zeitungen jeweils nur im zweistelligen Bereich. Eine längerfristige Analyse hätte folglich auch zu anderen Ergebnissen führen können.

5.3.4 Die Aussagen in Bezug auf die Bundestagswahl

Da die bisherigen Ergebnisse zeigten, dass Angela Merkel keine deutlich bessere Beurteilung in den Pressekommentaren der Überregionalen Presse erhielt, erscheint es angemessen, einen genauere Betrachtung der Thematik der einzelnen Aussagen zu betrachten, um feststellen zu können, bei welchen Themen die beiden Akteure positiver oder negativer abgeschnitten haben. Dass Gerhard Schröder bezogen auf die Bundestagswahl positivere Bewertungen als die CDU-Spitzenakteurin erhielt, kann anhand der Daten aus Tabelle 7 entnommen werden. Als überraschend kann jedoch konstatiert werden, dass Schröder im Allgemeinen in Bezug auf die Wahl keineswegs positiv bewertet wurde. Mehr als drei Viertel der Aussagen sind negativ gefärbt, was im Vergleich zu den anderen Themen der Spitzenwert ist. Der Bestandteil der positiven Aussagen liegt bei gerade einmal zehn Prozent in ebenfalls geringen Dimensionen. Gerhard Schröders am Wahlabend verkündete Einschätzung, dass er und seine Partei die Wahl gewonnen habe, wurde somit nicht von der überregionalen Qualitätspresse

mitgetragen. Sie beurteilte das Wahlergebnis der SPD offensichtlich anders, nämlich in dergestalt, dass die SPD mit dem Verlust von 4,3 Prozent der Wählerstimmen gegenüber 2002 und der Mehrheit für die bisherige Regierungskoalition mit den Grünen, sowie dem Abrutschen der Bundestagsfraktion auf den zweiten Platz hinter der Union eben nicht als Wahlsieger bezeichnet werden kann, sondern als Wahlverlierer.

Tabelle 7: Schröder und Merkel in Bezug auf unterschiedliche Themen

		Schröder (SPD)				Merkel (CDU)			
		positiv	neutral	negativ	Gesamt	positiv	neutral	negativ	Gesamt
Bundestagswahl	%	10	14	76	100	3	9	88	100
Allgemeines Auftreten	%	14	14	71	99	33	33	33	99
Kanzlerfrage	%	16	35	48	99	35	35	29	99
Mögl. Rolle in der Großen Koalition	%	17	83	0	100	4	54	43	101
Kabinettsbesetzung	%	50	20	30	100	10	20	70	100
Sonstiges	%	9	47	44	100	19	50	31	100
Gesamt	%	15	31	54	100	16	35	49	100
	N	23	47	83	153	22	49	68	139

Angela Merkel wurde im Hintergrund der Bundestagswahl allerdings noch schlechter bewertet. Ganze 88 Prozent an negativen und gerade einmal drei Prozent²⁹ an positiven Aussagen über Merkel wurden in der Analyse festgestellt. Bei keiner anderen Thematik fiel die Bewertung Merkels annähernd derart negativ aus. Es hat angesichts dieser Daten den Anschein, dass die CDU-Chefin von der öffentlichen Meinung im Spiegel der überregionalen Qualitätspresse für das schlechte Abschneiden der Union bei der Wahl verantwortlich gemacht wurde. Die Hypothese kann somit bestätigt werden, auch wenn die negative Bewertung von Gerhard Schröder in Bezug auf die Bundestagswahl durchaus bemerkenswert ist.

²⁹ Dies entspricht genau einer Aussage in der Welt vom 01. Oktober 2005; ID: 13301

5.3.5 Die Aussagen in Bezug auf Kanzlerfrage und persönlichem Auftreten

Die Ergebnisse der Studie konnten die in Kapitel 4.1 formulierte Hypothese bestätigen, dass Gerhard Schröder in Bezug auf sein persönliches Auftreten und in Bezug auf die Kanzlerfrage negativer dargestellt wurde als die CDU-Vorsitzende. Jedoch ergaben sich deutliche Unterschiede in punkto Häufigkeit der Aussagen im Kontext des allgemeinen Auftretens der Akteure. Das allgemeine Auftreten von Gerhard Schröder (Hierin flossen sowohl das Auftreten Schröders in der Berliner Runde als auch sein Verhalten im untersuchten Zeitraum allgemein³⁰) wurde wesentlich häufiger zum Thema gemacht als bei Angela Merkel. Hierbei war der Tenor der Medien insgesamt deutlich negativ. 71 Prozent der abgedruckten Aussagen waren negativ formuliert, positive und neutrale Aussagen hielten sich mit jeweils 14 Prozent die Waage. Bei Angela Merkel wurde ihr Auftreten nicht großartig thematisiert, so ließen sich nur sechs Aussagen derart zuordnen. Von diesen Aussagen waren dann jeweils zwei positiv, neutral und negativ gefärbt. Großartige Erkenntnisse lassen sich somit jedoch über die Kommentierung von Angela Merkels allgemeinem Auftreten in der überregionalen Qualitätspresse nicht gewinnen. Aufschlussreicher sind da hingegen die Resultate in Bezug auf die Kanzlerfrage. Nur 16 Prozent der Aussagen waren zustimmender Natur, während eine deutliche Mehrheit der Aussagen (48 Prozent) Gerhard Schröder in Bezug auf die Kanzlerschaft eher ablehnend kommentierte. Das öffentliche Meinungsbild in der überregionalen Qualitätspresse folgte somit nicht der von Schröder am Wahlabend geäußerten Ansicht, dass sich die Deutschen weiterhin ihn als Bundeskanzler wünschen würden. Eine positivere Beurteilung lässt sich derweil bei Angela Merkel ausmachen. Eine eindeutige Unterstützung Merkels im Ringen um die Kanzlerschaft seitens der fünf Zeitungen kann zwar nicht konstatiert werden, jedoch ließen sich 35 Prozent der Aussagen in Bezug auf eine mögliche Bundeskanzlerin Merkel als positiv einstufen. 29 Prozent der Aussagen wurden als eher ablehnend eingestuft. Im Vergleich zum Anteil der negativen Aussagen bei den anderen behandelten Themen in den Pressekommentaren, liest sich der

³⁰ Hierzu wurden Aussagen von Gerhard Schröder, die in den Pressekommentaren aufgegriffen wurden gezählt. Auch sein Auftreten im TV-Duell mit Angela Merkel fließt hierbei mit ein. Da das TV-Duell nicht im Untersuchungszeitraum stattfand, war eine Aufnahme dieser Aussagen unter den übergeordneten Punkt „allgemeines Auftreten“ nicht unumstritten. Hierzu fand sich jedoch lediglich 1 Aussage (in der FAZ vom 23.09.2005, ID 23709), es hätte daher nicht zu großen Verzerrungen geführt, wenn man diese Aussage woanders eingeordnet hätte.

Wert von 29 Prozent sogar recht positiv. Es kann also davon gesprochen werden, dass sich das öffentliche Meinungsbild eindeutig gegen Gerhard Schröder gewendet hatte und eine Kanzlerschaft von Frau Merkel trotz des schlechten Wahlergebnisses insgesamt nicht abgelehnt wurde. Frau Merkel wurde demnach anscheinend aufgrund der höheren Stimmenanteile ihrer Partei bei der Wahl von der Öffentlichkeit als legitime Anführerin einer Großen Koalition toleriert.

5.3.6 Die Akteursbewertungen vor und nach Schröders Rücktrittsankündigung

Als Nächstes wird bei der Akteurskommentierung ein Blick auf die zeitliche Dimension der Aussagen geworfen und untersucht, ob es Unterschiede bei der Bewertung von Schröder und Merkel gegeben habe, die sich am unterschiedlichen Zeitpunkt der Veröffentlichung festmachen ließen. Das Kerndatum war der 3. Oktober, da an diesem Tag zum ersten mal eine indirekte Bereitschaft Schröders zum Amtsverzicht publik wurde, und er selber öffentlich bekannt gab, dass er einer Fortführung des Reformprozesses und der Bildung einer stabilen Regierung nicht im Wege stehen wolle. Tags zuvor hatte am 2. Oktober die Dresdner Nachwahl stattgefunden, bei der die CDU/CSU ihren Vorsprung an Mandaten um eines auf 226 zu 222 ausbauen konnte, wodurch sich die Position der SPD in den Sondierungsgesprächen gegenüber der Union nicht verbessern konnte. Die Vermutung geht dahin, dass sich die Beurteilung von Gerhard Schröder seit jenem Tag seiner Rücktrittsankündigung positiver darstellte, als in dem Zeitraum vorher. Auch wenn der endgültige Rückzug erst am 10. Oktober verkündet wurde, so lässt sich doch vermuten, dass der Anspruch der SPD auf das Kanzleramt lediglich aus taktischen Gründen für die Sondierungsgespräche und von Parteichef Müntefering aufrecht erhalten wurde und Schröder selber nicht mehr konsequent die Zielsetzung verfolgte, seine Amtszeit als Bundeskanzler fortzuführen. Es wurde somit betrachtet, ob und inwiefern sich eine Veränderung der Kommentierung Schröders vor und nach diesem Zeitpunkt ausgewirkt haben könnte. Beim 2. Oktober, dem Tag der Wahl in Dresden, handelte es sich um einen Sonntag und beim 3. Oktober um den Tag der Deutschen Einheit, einen Feiertag. Aus diesem Grund waren an diesen Tagen keine Ausgaben der Zeitungen erhältlich. Die Welt am Sonntag oder die Frankfurter Allgemeine

Sonntagszeitung wurden schließlich nicht mit in die Analyse miteinbezogen. Deshalb endet die erste Untersuchungsphase am 1. Oktober und beginnt die zweite am 4. Oktober, dem ersten Werktag nach Schröders Rücktrittsankündigung.

Tabelle 8: Schröder und Merkel in der Bewertung vor und nach Schröders Rücktrittsankündigung am 03.10.

		Schröder				Merkel			
		positiv	neutral	negativ	Gesamt	positiv	neutral	negativ	Gesamt
		N				N			
19.09.–	%	9	31	60	100	16	30	55	101
01.10.2005									
		90				64			
04.10.–	%	24	30	46	100	16	40	44	100
19.10.2005									
		63				75			
Gesamt	%	15	31	54	100	16	35	49	100
	N	23	47	83	153	22	49	68	139

Die Ergebnisse der Medienanalyse zeigten, dass Gerhard Schröder in der Tat nach seiner Ankündigung vom 3. Oktober eine bessere Bewertung in den Kommentaren erhielt als in dem Zeitraum zuvor (Tabelle 8). Der Anteil der positiven Aussagen liegt nach dem 3. Oktober um 14 Prozent höher als in den zwei Wochen nach der Bundestagswahl. Auch der Anteil an negativen Aussagen ging um 14 Prozent zurück. Auffallend ist ebenfalls, dass die Häufigkeit der Aussagen über Schröder nach dessen Rücktrittsankündigung von 90 auf 63 zurückgingen. Da sich andeutete, dass Gerhard Schröder offensichtlich keine weitere Amtszeit als Bundeskanzler erhalten würde, hielten es die Journalisten offensichtlich auch nicht für angebracht, dem noch amtierenden Kanzler weiterhin so viel Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, wie in dem Zeitraum, in dem er noch ein potentieller Kandidat für den Posten des Regierungschefs darstellte. Außerdem hat sich gezeigt, dass Pressekommentare in der Regel negativ gefärbt sind. Seit dem 3. Oktober gab es anscheinend für die überregionalen Tageszeitungen keinen großen Anlass mehr, Gerhard Schröder weiterhin im gleichen Ausmaß zu kritisieren. Deshalb wurde er weniger in den Pressekommentaren aufgegriffen. Auffällig ist auch, dass Schröder wie in der vorhergehenden Tabelle 7 gezeigt wurde, bei den Aussagen in bezug auf die Kabinettsbesetzung die positivsten Beurteilungen erhielt. Sein Verzicht auf die

Kanzlerschaft ermöglichte es seiner Partei anscheinend, einen möglichst hohen Preis dafür herauszuschlagen, was sich in der Verteilung der Ministerposten niederschlug. Für diesen für die SPD wichtigen Beitrag wurde Schröder von der Qualitätspresse positiv dargestellt.

Bei Angela Merkel zeigen sich keine gravierenden Unterschiede hinsichtlich der Bewertung vor und nach dem 3. Oktober. Der Anteil der positiven Aussagen verändert sich nicht, sondern liegt in beiden Zeiträumen bei 16 Prozent. Der Anteil der negativen Aussagen geht hingegen leicht zurück von 55 auf 44 Prozent. Es hat den Eindruck, als wenn Angela Merckels Durchsetzen bei der Kanzlerfrage nach dem keineswegs begünstigenden Wahlergebnis von der Qualitätspresse honoriert werden würde. Auffallend ist auch, dass sich die Anzahl der Aussagen über Angela Merkel vom ersten bis zum zweiten Untersuchungszeitraum von 64 auf 75 leicht erhöht. Zu erklären lässt sich dies dadurch, dass sich die Kommentarschreiber nach Schröders Rücktrittsankündigung vorwiegend mit der Zusammensetzung und Rolle der Großen Koalition in der kommenden Legislaturperiode beschäftigten und somit auch die künftige Regierungschefin häufiger als zuvor zu einem Bestandteil in den Kommentaren machten. Dass Angela Merckels Aussagen mit fortschreitender Zeit nach der Wahl positiver ausfielen, zeigten auch Ergebnisse des Medientenors. In diese Analyse flossen neben den überregionalen Tageszeitungen auch Auswertungen der Bild-Zeitung und diverser Fernsehnachrichten mit ein. Es zeigte sich vom 19.09. bis zum 16.10.2005 eine kontinuierliche Abnahme der negativen Äußerungen über Angela Merkel (Vgl. Rettich 2005 S.12)

5.3.7 Schröder und Merkel im Vergleich zu den Parteiakteuren insgesamt

Als aufschlussreich erwiesen sich auch die Ergebnisse, welche in Tabelle 9 zusammengetragen wurden. Interessant ist, dass sowohl auf Gerhard Schröder als auch auf Angela Merkel mehr als ein Drittel der Aussagen über die Parteiakteure entfielen, die in den Pressekommentaren aufgegriffen wurden. Von 437 Aussagen die über die SPD oder deren Akteure getroffen wurden, entfielen 153 auf Bundeskanzler Gerhard Schröder (35 Prozent). Wurden Aussagen über die CDU/CSU oder deren Akteure in den Kommentaren getätigt, so entfielen von 388 immerhin 139 auf die CDU-Chefin (36 Prozent). Großartige Unterschiede

konnten hingegen weder bei dem Vergleich zwischen Schröder und der SPD noch zwischen Merkel und der Union festgestellt werden. Der Anteil der positiven Aussagen liegt bei allen untersuchten Aussageobjekten zwischen 15 und 16 Prozent. Der Anteil der negativen Aussagen zwischen 44 und 54 Prozent. Schröder und Merkel werden jeweils mit 5 Prozent mehr negativen Aussagen versehen, als ihre Partei insgesamt. Dass Angela Merkel im Vergleich zu ihrer Partei positiver dargestellt wird, kann somit keineswegs bestätigt werden. Ein deutlich negativeres Bild von Gerhard Schröder gegenüber der SPD wurde allerdings ebenfalls nicht festgestellt. Es darf somit festgehalten werden, dass nicht nur Schröder, sondern die SPD-Führung insgesamt im Untersuchungszeitraum kritisiert wurde. Ebenso darf dies in bezug auf Merkel und die Union behauptet werden.

Tabelle 9: Die Akteure im Vergleich zu ihrer Partei

		Gerhard Schröder	SPD-Akteure insgesamt	Angela Merkel	Unions-Akteure insgesamt
positiv	%	15	15	16	15
neutral	%	31	37	35	41
negativ	%	54	49	49	44
Gesamt	N	153	437	139	388
	%	100	100	100	100

5.4. Koalitionsbewertungen

Im Letzten Teil der Medienanalyse soll noch auf die Kommentierung der unterschiedlichen Koalitionsoptionen eingegangen werden. Leider ergaben sich allerdings nur geringe Datensätze, in denen die Koalitionsoptionen als Aussageobjekte klassifiziert werden konnten, sodass lediglich über die Aussagen über die Große Koalition weitergehende Analysen durchgeführt werden konnten.

Tabelle 10: Die Koalitionsoptionen in der Bewertung der Qualitätspresse

		Große Koalition	Jamaika-Koalition	Ampel-Koalition	Rot-Rot-Grün	Rot-Grün	Schwarz-Gelb
Positiv	%	25	33	25	0	20	33
Neutral	%	42	14	0	43	20	33
Negativ	%	33	52	75	57	60	33
Gesamt	N	100	21	4	7	5	3
	%	100	99	100	100	100	99

Es zeigt sich hierdurch, dass neben der Großen Koalition von Seiten der Qualitätspresse anscheinend keine ernstzunehmende Koalitionsoption Bestand hatte. Abgesehen von einer Koalition aus Union, FDP und Grüne wurden andere Optionen in den Kommentaren so gut wie überhaupt nicht aufgegriffen. Aussagen über die Große Koalition erreichten jedoch soeben den dreistelligen Bereich.

5.4.1 Die Bewertung der unterschiedlichen Koalitionsoptionen

Tabelle 10 zeigt, dass im Untersuchungszeitraum exakt 100 Aussagen über die Große Koalition getroffen wurden; am zweithäufigsten fand die Jamaika-Koalition in den Pressekommentaren Berücksichtigung, jedoch wird sie bei 21 Aussagen deutlich seltener thematisiert als die Große Koalition. Nachvollziehbar ist dies nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sich nach der Bundestagswahl recht bald eine Regierungsbildung aus Union und SPD abzeichnete. Bereits am 26. September 2005 wurde öffentlich verkündet, dass keine weiteren Sondierungsgespräche zwischen Union und Grüne angestrebt werden würden. Seit diesem Tag gab es praktisch zur Bildung einer Großen Koalition kaum noch eine ernsthafte Alternative, folglich ist es nicht verwunderlich, dass auch von der überregionalen Qualitätspresse überwiegend ein solches Bündnis kommentiert wurde. Die Analyse der bewertenden Aussagen kann die obig formulierte Hypothese jedoch nicht in gänzlichem Ausmaße bestätigen. Zwar erhält die Große Koalition mit 33 Prozent im Vergleich zu den anderen Bündnisoptionen den geringsten Anteil an negativen Aussagen, jedoch liegt der Anteil der

positiven hinter denen der Jamaika-Koalition um 8 Prozentpunkte zurück. Berücksichtigt werden muss hierbei jedoch auch, dass lediglich bei der Großen Koalition eine entsprechend große Datenbasis an Aussagen vorlag. Wäre die Jamaika-Koalition oder ein anderes Bündnis eine längerfristige Option gewesen, wären die Ergebnisse der Studie möglicherweise aufschlussreicher gewesen. Es wäre anzunehmen gewesen, dass die Bildung einer Jamaika-Koalition einer kritischeren Betrachtungsweise unterzogen worden wäre, wenn sie eine längerfristige Option dargestellt hätte.

Vergleiche zwischen den übrigen Koalitionsoptionen erwiesen sich als wenig sinnvoll, aufgrund der jeweils zu niedrigen Datenbasis (im einstelligen Bereich). Die Tatsache, dass die Jamaika-Koalition am zweithäufigsten Erwähnung fand, liegt womöglich daran, dass dies die einzige Option gewesen ist, welche immerhin über den Zeitraum von ein paar Tagen diskutiert wurde und im Raum stand. Die übrigen Optionen wurden bereits zu Beginn der Regierungsbildungsverhandlungen von den Beteiligten rigoros ausgeschlossen. Die FDP erteilte einer möglichen Ampelkoalition zusammen mit der SPD und den Grünen bereits am Wahlabend eine strikte Absage und hielt an diesem Standpunkt auch während des gesamten Zeitraums der Regierungsbildung fest. Eine Koalition aus SPD, Grünen und die Linke.PDS wurde von der Führung der Sozialdemokraten als auch von den Spitzenpolitikern der Linkspartei rigoros abgelehnt. Als weitere immerhin theoretisch denkbare Optionen galt eine Minderheitskoalition aus SPD und Grüne sowie eine Minderheitskoalition aus Union und FDP, welche jedoch von einer anderen Fraktion hätte geduldet werden müssen. Beide Optionen wurden in der öffentlichen Meinung nur selten diskutiert und fanden auch in den Pressekommentaren nur wenig Berücksichtigung. Insgesamt beschäftigten sich nur 18 von 139 Aussagen über Koalitionsbündnisse im Untersuchungszeitraum mit einer anderen Koalition als der Großen oder des Jamaika-Bündnisses (Siehe Tabelle 10).

Auffallend ist, dass der Anteil der negativen Aussagen über eine Große Koalition mit 33 Prozent relativ gering ausfällt. Da bereits gezeigt wurde, dass Pressekommentare in der Regel negative Bewertungen in den Vordergrund rücken, kann man die Bewertungen der Großen Koalition als vergleichsweise positiv bezeichnen. Auch wenn der Anteil der negativen den Anteil der positiven um 8

Prozentpunkte übersteigt. Das öffentliche Meinungsbild stellte sich einer Großen Koalition gegenüber also nicht als deutlich ablehnend dar. Die Tatsache, dass andere Optionen selten thematisiert wurden, kann hingegen eher dahingehend gewertet werden, dass andere Koalitionsoptionen von der öffentlichen Meinung nicht begünstigt wurden. Allerdings war es auch dem komplizierten Wahlergebnis geschuldet, dass ein paar Koalitionsmöglichkeiten nur geringe Aussichten auf ein Zustandekommen hatten.

5.4.2 Koalitionsoptionen nach Schröders Rücktrittsankündigung

Der Tag, an dem Gerhard Schröder ankündigte, dass er eine möglichen großen Koalition nicht mehr im Wege stehen wolle, kann als der Zeitpunkt angesehen werden, an dem kaum noch etwas gegen die Bildung einer Großen Koalition sprach. Die Ergebnisse in Tabelle 11 bestätigen, dass auch die Qualitätspresse offensichtlich keine Alternative mehr zu dieser Konstellation diskutierte.

Tabelle 11: Koalitionsoptionen vor und nach Schröders Rücktrittsankündigung

		Große Koalition				Andere Koalitionen				
		positiv	neutral	negativ	Gesamt	positiv	neutral	negativ	Gesamt	
										N
19.09.-	%	41	35	24	100	28	22	50	100	
01.10.2005										37
										36
04.10.-	%	16	46	38	100	0	0	100	100	
19.10.2005										63
										4
Gesamt	%	25	42	33	100	25	20	55	100	
	N	25	42	33	100	10	8	22	40	

In der Tabelle sind sämtliche Aussagen über die Große Koalition jenen über andere Optionen gegenübergestellt. Finden sich bis zum 1. Oktober immerhin fast genauso viele Aussagen über die Große Koalitionen wie über andere Koalitionsoptionen (überwiegend über die Jamaika-Koalition wie in Tabelle 10 ersichtlich), so sind nach dem 3. Oktober so gut wie gar keine Aussagen über andere Koalitionsmöglichkeiten in den Pressekommentaren zu finden. Lediglich drei Aussagen über ein Linksbündnis aus SPD, Grüne und Linke.PDS oder eine Minderheitskoalition aus SPD und Grüne lassen sich seit diesem Zeitpunkt

ausfindig machen und diese werden zudem negativ bewertet. Es kann also festgestellt werden, dass der Tag an dem Gerhard Schröder seinen Rückzug ankündigte, als der Tag festgehalten werden kann, ab dem andere Optionen nicht mehr ernsthaft in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Auch in der Öffentlichkeit herrschte folglich die Meinung, dass sich die Große Koalition durchsetzen werde. Interessant ist auch die deutliche Steigerung der Aussagen über die Große Koalition nach dem 3. Oktober. Dies ließe sich so erklären, dass über die Bildung einer Großen Koalition von den Zeitungen zuvor lediglich spekuliert wurde und diese anschließend ausführlich analysiert wurde, z.B. die Besetzung der Ministerposten. Auffällig ist allerdings auch die deutlich schlechtere Bewertung der Großen Koalition nach dem 3. Oktober. Es scheint tatsächlich der Fall zu sein, dass die Qualitätszeitungen die Große Koalition zuvor unterstützt haben (41 Prozent positive Aussagen im ersten Zeitraum) und nachdem sich die Koalition durchzusetzen schien, traten die Medien wieder vermehrt in ihrer Rolle als Kontrollinstanz und Kritiker von Regierungsarbeit in Erscheinung (Lediglich 16 Prozent positive und 38 Prozent negative Aussagen im zweiten Zeitraum). Darüber hinaus zeigt Tabelle 11 auch: Stellt man die Bewertungen der Großen Koalition vor der Rückzugsankündigung von Gerhard Schröder mit den Bewertungen der anderen Koalitionsmöglichkeiten gegenüber, so erhält die Koalition aus Union und SPD prozentual deutlich mehr positive Aussagen (41 Prozent gegenüber 28 Prozent) und deutlich weniger negative (24 Prozent gegenüber 50). Es kann somit anhand dieser Feststellungen durchaus davon gesprochen werden, dass die überregionale Qualitätspresse eine Koalition aus SPD und Union befürwortend behandelte. Erst nachdem diese im Grunde beschlossen ist, gibt es wieder vermehrt kritische Töne.

5.4.3 Die Bewertung der Großen Koalition in den einzelnen Zeitungen

Aufgrund der geringen Datenmenge über die anderen Koalitionsoptionen, welche im Vorfeld jedoch auch erwartet worden war, ließ sich eine weitergehende Analyse lediglich über die Aussagen über die Große Koalition verwirklichen. Es wäre zwar interessant gewesen, zu betrachten, wie beispielsweise die Jamaika-Koalition in den unterschiedlichen Zeitungen betrachtet worden ist, eine Quantität von gerade einmal 21 Aussagen im Untersuchungszeitraum, ließ jedoch keine

aufschlussreiche intensivere Untersuchung zu. Die Ergebnisse in Tabelle 12 zeigen, dass die als konservativ eingestufte Welt und die linksgerichtete Frankfurter Rundschau die Große Koalition am negativsten bewerten. Lediglich 7 Prozent positive Äußerungen über die Große Koalition in der Welt stellen hierbei den eindeutig geringsten Wert dar, der Anteil von 47 Prozent negative Aussagen stellt den Spitzenwert dar.

Tabelle 12: Die Große Koalition in den unterschiedlichen Zeitungen

		Große Koalition			
		positiv	Neutral	negativ	Gesamt
					N
Welt	%	7	47	47	101
					15
FAZ	%	21	50	29	100
					14
SZ	%	34	43	23	100
					35
FR	%	17	39	43	99
					23
Taz	%	38	31	31	100
					13
Gesamt	%	25	42	33	100
	N	25	42	33	100

Auch in der Frankfurter Allgemeine wird die Koalition aus SPD und Union eher negativ bewertet, allerdings ist der Abstand zwischen den positiven und den negativen Aussagen geringer. Als überraschend kann man hingegen die Darstellung in der Frankfurter Rundschau bezeichnen, in dieser Zeitung überwiegt der Anteil der negativen Aussagen gegenüber den positiven deutlich. Dass die linken Zeitungen eine Große Koalition grundsätzlich positiver als die rechten Zeitungen bewerten, kann also nicht bestätigt werden. Die Vermutung, die der Hypothese voraus ging, war dass die linken Zeitungen eine SPD-Beteiligung an der kommenden Regierung befürworteten. Sie hätten daher kann eine Große Koalition als die einzige Möglichkeit dieser Beteiligung in Erwägung gezogen und diese daher in einem positiven Licht darzustellen versucht. Bezogen auf die Tageszeitung kann dies auch bestätigt werden. In etwa hält sich dort die

Bewertung der Koalition zu jeweils knapp einem Drittel die Waage. Die positiven Aussagen überwiegen jedoch leicht und der Wert von 38 Prozent stellt in dieser Tabelle den Spitzenwert dar. Die anteilmäßig wenigsten negativen Aussagen über die Große Koalition finden sich in der Süddeutschen, welche ebenso wie die Taz mehr positive Aussagen veröffentlichte. Die Süddeutsche ist auch die Zeitung, welche die Große Koalition am häufigsten thematisiert hatte, allerdings wird dies auch auf die höhere Anzahl an Pressekommentaren und Aussagen insgesamt, die in der SZ erschienen sind, zurückzuführen sein.

6. Zusammenfassung und Diskussion

Abschließend lassen sich folgende Erkenntnisse zusammentragen: Den Hauptbestandteil der Pressekommentare in den überregionalen Qualitätszeitungen nach der Bundestagswahl, die sich mit dem Prozess der Regierungsbildung beschäftigten, entfiel auf die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD bzw. Akteure dieser Parteien. Überwiegend ließen sich negativ formulierte Aussagen ausmachen und zwar bei sämtlichen Parteien mit Ausnahme der FDP, die vermutlich aufgrund des überraschend erfolgreichen Wahlergebnisses positiv bewertet wurde. Die beiden Volksparteien hingegen wurde beide deutlich negativ dargestellt, es zeigten sich nur geringe Unterschiede hinsichtlich der Bewertung zwischen diesen Parteien. Die Vermutung, dass die SPD im Untersuchungszeitraum negativer in den Pressekommentaren dargestellt wird, konnte als nur knapp als zutreffend bezeichnet werden. Die Union erhielt aufgrund des schlechten Wahlergebnisses und im gesamten Zeitraum der Regierungsbildung eine ähnlich schlechte Kommentierung. Es konnte nicht bestätigt werden, dass die Qualitätszeitungen grundlegend jene Parteien in den Kommentaren thematisieren, die nicht der eigenen redaktionellen Linie entsprechen. Die SPD wurde von allen Zeitungen, mit Ausnahme der Welt, am häufigsten in den Aussagen behandelt. Ausgerechnet die am rechten Pol angesiedelte Welt thematisiert die SPD am seltensten, sondern bezieht mehr Aussagen auf die Union. Bei den anderen vier Zeitungen überwiegen die Aussagen über die SPD. Das Verhalten der Sozialdemokraten und deren Ansprüche auf das Kanzleramt und eine gleichberechtigte Behandlung in den Koalitionsverhandlungen, trotz schwächerem Abschneidens

bei der Bundestagswahl, schien die Qualitätszeitungen zu einer erhöhten Thematisierung in den Kommentaren zu animieren, unabhängig von der redaktionellen Leitlinie. Außerdem wurde festgestellt, dass nicht davon gesprochen werden kann, dass die eher linken Zeitungen grundsätzlich die linken Parteien unterstützen und die eher rechts eingestuften Zeitungen die konservativen Parteien. Auffällig ist, dass besonders die linken Zeitungen die Tageszeitung und die Frankfurter Rundschau die SPD im Untersuchungszeitraum außerordentlich negativ darstellen und in dieser Hinsicht die konservativen Zeitungen die Welt und Frankfurter Allgemeine Zeitung noch übertreffen. Die SPD wird in diesen Zeitungen auch negativer bewertet als die Union. Von einer Unterstützung des Kurses der SPD seitens der linken Qualitätspresse kann folglich nicht die Rede sein. Die öffentliche Meinung begünstigte das Auftreten und das Verhalten dieser Partei nicht.

Bei der Bewertung der politischen Akteure zeigte sich erwartungsgemäß, dass sie in erster Linie hauptsächlich mit negativen Äußerungen versehen wurden und sich die Verfasser von Pressekommentaren größtenteils auf die jeweiligen Spitzenakteure der Parteien konzentrierten. Der überwiegende Anteil der Kommentare, die sich mit politischen Akteuren beschäftigten, entfiel auf die beiden Spitzenakteure Gerhard Schröder und Angela Merkel und ein schon deutlich geringere Anteil entfiel auf die Parteichefs Franz Müntefering (SPD) und Edmund Stoiber (CSU). Übrige Parteiakteure wurden nur in geringem Ausmaß in den Kommentaren thematisiert und in der Regel nur kurzzeitig, wie z.B. die Akteure Joschka Fischer (Grüne) oder Guido Westerwelle (FDP) in den Tagen unmittelbar nach der Bundestagswahl. Ebenso wenig überraschend gestaltete sich das Resultat, dass Gerhard Schröder im Untersuchungszeitraum eine außerordentlich negative Bewertung erhielt. Er ist der einzige Akteur, bei dem die negativen Aussagen mehr als 50 Prozent aller über ihn getätigten Aussagen ausmachen. Sein Verhalten und öffentlich vorgetragener Anspruch auf eine Fortsetzung seiner Kanzlerschaft wurde folglich von der Qualitätspresse nicht positiv bewertet. Überraschender stellten sich hierbei allerdings die Ergebnisse bei der CDU-Parteivorsitzenden dar. Angela Merkel wurde im gesamten Untersuchungszeitraum nur geringfügig positiver dargestellt als ihr Kontrahent. Auch bei Merkel machten die negativen Aussagen knapp die Hälfte aller über sie getroffenen Aussagen aus. Angesichts dieser Erkenntnisse lässt sich nicht davon

sprechen, dass das öffentliche Meinungsbild die CDU-Vorsitzende begünstigte und somit auch keinen Vorteil im Prozess der Regierungsbildung verschaffte. Allerdings erhielt auch CSU-Chef Edmund Stoiber eine negative Bewertung. Die positiven Aussagen über Stoiber weisen von den vier betrachteten Spitzenakteuren den geringsten Wert auf. Andere Unions-Akteure wie Hessens Ministerpräsident Roland Koch und Niedersachsen Ministerpräsident Christian Wulff wurden in den Kommentaren nur selten thematisiert. Man kann also auch nicht feststellen, dass die überregionalen Qualitätszeitungen einen anderen Unions-Akteur als möglichen Bundeskanzler einer großen Koalition befürwortet hätten. Spekulativ könnte man die Behauptung aufstellen, dass die Qualitätszeitungen die Wahl eines anderen Akteurs außer Schröder und Merkel als Bundeskanzler für eine nicht legitime Entscheidung aufgefasst hätten, da dies vor der Wahl nicht zur Diskussion stand und der Wähler nur die beiden Akteure Schröder und Merkel als Kanzlerkandidaten präsentiert bekommen hatte. Bei Betrachtung der Akteursbewertungen in den unterschiedlichen Zeitungen fiel auf, dass Gerhard Schröder von den als links eingestuften Zeitungen FR und Taz mit den anteilmäßig meisten negativen Aussagen versehen wurde. Schröder wurde somit auch nicht von der linken Qualitätspresse unterstützt. Einzig die in der Mitte angesiedelte Zeitung SZ vermittelte ein positiveres Bild von Schröder als von Angela Merkel. Die CDU-Chefin wird in der SZ am negativsten bewertet, erhält von der Welt allerdings eine stark positiv gefärbte Beurteilung. Es bleibt letztlich festzuhalten, dass die SZ ein einigermaßen positives Bild von Schröder zeichnete und die Welt ein positives Bild von Angela Merkel. Ansonsten wurden die beiden Spitzenakteure grundlegend schlecht bewertet. Bei Betrachtung der einzelnen thematischen Aspekte der Aussagen über die Akteure wurde deutlich, dass Angela Merkel insbesondere in bezug auf die Bundestagswahl kritisiert wurde. In Punkto Kanzlerfrage zeigte sich ein recht ausgeglichenes Bild, bei dem die positiven Aussagen sogar leicht überwogen. Gerhard Schröder erhält bei der Kanzlerfrage, seinem allgemeinen Auftreten und auch bei der Bundestagswahl eine stark negative Beurteilung. Schröders öffentlich vorgetragene Interpretation des Wahlergebnisses, die ihn selbst als Wahlsieger kürte, wurde somit nicht von der Qualitätspresse aufrecht erhalten. Schröders Ansprüche auf die Kanzlerschaft erhielten keine Unterstützung, hingegen wurden Angela Merkels Bestrebungen auf den Posten des Regierungschefs von der Presse, angesichts der Ergebnisse

dieser Analyse, anscheinend toleriert. Das Bild von Gerhard Schröder im Spiegel der überregionalen Qualitätspresse verbesserte sich allerdings nachdem er am 3. Oktober seinen Rückzug in Aussicht stellte. Nach dieser Ankündigung erhöhte sich der Anteil der positiven Aussagen und verringerte sich der Anteil der negativen Aussagen um gleichermaßen 14 Prozent. Sein folgender Beitrag bei den Koalitionsverhandlungen, welcher seiner Partei bei der Verteilung der Ministerposten hilfreich war, wurde von den Zeitungen positiv beurteilt. Das Bild von Angela Merkel gestaltete sich nach dem 3. Oktober ebenfalls leicht positiver als in dem Zeitraum zuvor. Ihr Durchsetzen beim Ringen um die Kanzlerschaft nach dem schlechten Wahlergebnis schlug sich anscheinend auch positiv in den Pressekommentaren nieder. Bei der Betrachtung, wie die beiden Spitzenakteure im gesamten Untersuchungszeitraum im Vergleich zu ihrer Partei und den übrigen Parteiakteuren dargestellt wurden, ergab sich lediglich, dass beide Akteure geringfügig negativer bewertet wurden. Über beide fanden sich jeweils 5 Prozent mehr negative Aussagen, als über ihre Partei und deren Akteure insgesamt. Der Anteil der positiven Aussagen hielt sich jeweils die Waage.

Im letzten Untersuchungsteil wurde die Resonanz auf die unterschiedlichen Koalitionsoptionen überprüft. Es zeigte sich, dass mit Ausnahme der Großen Koalition lediglich die Jamaika-Koalition in den Pressekommentaren diskutiert wurde. Andere mögliche Koalitionen wie eine Ampel-Koalition oder ein Rot-Rot-Grünes Bündnis wurden von den Pressekommentaren der Qualitätspresse so gut wie gar nicht aufgegriffen. Die Jamaika-Koalition schien allerdings bereits wenige Tage nach der Wahl keine ernsthafte Option mehr gewesen zu sein, weswegen sich die Thematisierung in den Pressekommentaren bereits kurz nach der Wahl auf eine Große Koalition konzentrierte. Die Bewertung der Koalition der beiden Volksparteien gestaltete sich als überwiegend neutral. Eine grundlegend ablehnende Einstellung der Qualitätspresse gegenüber der Großen Koalition konnte somit nicht festgestellt werden. Interessant ist, dass die Große Koalition bis zu dem Tag von Schröders Rücktrittsankündigung deutlich positiver als nach diesem Zeitpunkt bewertet wurde. Es scheint, als wenn die Bildung einer Koalition aus SPD und Union von der öffentlichen Meinung zunächst befürwortet worden wäre und nachdem sich diese Koalition abzeichnete und keine ernsthafte Alternative mehr im Raum stand, begaben sich die Qualitätszeitungen wieder in ihre Rolle als kritische Kontrollinstanz. Nach dem 3. Oktober wurden auch keine

andere Koalitionsoptionen in den Pressekommentaren ernsthaft thematisiert. Fanden sich im vorherigen Zeitraum noch fast genauso viele Aussagen über andere Koalitionsmöglichkeiten insgesamt, wie über die Große Koalition, so reduzierte sich die Thematisierung nach dem 3. Oktober fast ausschließlich auf Aussagen über die Große Koalition. In einem letzten Teil der Untersuchung wurde betrachtet, wie sich die Resonanz der linksgerichteten und der rechtsgerichteten Zeitungen auf die Bildung einer Großen Koalition darstellte. Die Vermutung, dass die linken Zeitungen eine Große Koalition grundsätzlich positiver als die konservativen Zeitungen beurteilten, konnte nicht bestätigt werden, jedoch zeigte sich, dass die Zeitung die Welt die Koalition aus SPD und Union am eindeutig negativsten bewertete und die Tageszeitung am positivsten. Ein Erklärungsversuch lautet, dass die Welt eine Beteiligung der SPD an der kommenden Regierung eher ablehnend betrachtete, während die Taz eine solche Beteiligung eher befürwortete. Eine Beteiligung der SPD an der Regierung erschien nur durch eine Große Koalition möglich, weshalb die Taz diese Option durch die Kommentarschreiber begünstigte.

Eine an diese Untersuchung anschließende Fragestellung könnte lauten, welchen Effekt die Öffentliche Meinung im Spiegel der überregionalen Qualitätspresse auf den Prozess der Regierungsbildung ausgeübt hat. Ist es möglich, dass Gerhard Schröder seinen Anspruch auf die Kanzlerschaft aufgrund des deutlich negativen öffentlichen Meinungsbild aufgab? Wurde die Öffentliche Meinung seitens der Parteien professionell beobachtet und anschließend entsprechend darauf reagiert? Entgegen der öffentlichen Meinung lässt sich politisches Handeln nicht durchsetzen, lautete eine Theorie, deshalb kann man angesichts der Ergebnisse dieser Untersuchung die Behauptung aufstellen, dass Gerhard Schröder als Bundeskanzler einer Großen Koalition nicht durchsetzbar gewesen wäre, angesichts des äußerst negativen öffentlichen Bildes, das von ihm nach der Bundestagswahl gezeichnet wurde. Um sich dieser Frage anzunehmen bedarf es jedoch einer weiteren Analyse, die mit anderen Methoden als einer Inhaltsanalyse arbeitet. Weiterhin wäre eine längerfristige Inhaltsanalyse nicht uninteressant, in welcher das öffentliche Bild der Parteien und Akteure vor und nach der Bundestagswahl 2005 miteinander verglichen würde. Eine solche Untersuchung könnte sich der Frage annehmen, ob Unterschiede zwischen den Bewertungen Gerhard Schröders oder Angela Merkels seitens der Qualitätspresse vor und nach der Wahl

existierten, oder ob die eher linken Zeitungen Frankfurter Rundschau und die Tageszeitung lediglich unmittelbar nach der Bundestagswahl ein sehr deutlich negatives Bild von der SPD zeichneten, und ob es sich in den vorherigen und darauffolgenden Wochen positiver darstellte. Und welche Erklärungen ließen sich dafür finden, dass die SPD von den linksgerichteten Qualitätszeitungen sogar noch negativer bewertet wird, als von der konservativen Presse? Außerdem wäre es aufschlussreich zu erfahren, in welchem Ausmaß und in welcher Form die einzelnen Koalitionsoptionen bereits vor der Wahl in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. War eine Große Koalition oder ein Jamaika-Bündnis bereits vor der Wahl in den Pressekommentaren ein Thema oder beschränkte sich die Diskussion auf den Lager-Wahlkampf zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün? In diesem Zusammenhang wären weitergehende Untersuchungen bezüglich der öffentlichen Meinung aufschlussreich. Die in der hier vorliegenden Studie aufgezeigten Ergebnisse liefern in jedem Fall entsprechende Ansatzpunkte für möglicherweise anschließende Untersuchungen und Analysen.

7. Literaturverzeichnis

Afhüppe, Sven, u.a. (2005): Duell im Schatten, in: Der Spiegel 39/2005, S. 24-42

Baringhorst, Sigrid (2004): Strategic Framing – Deutungsstrategien zur Mobilisierung öffentlicher Unterstützung, in: Kreyher, Volker J.: Handbuch Politisches Marketing – Impulse und Strategien für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden: Nomos, S. 75-88

Bergmann, Werner (1994): Effekte Öffentlicher Meinung auf die Bevölkerungsmeynung - Der Rückgang antisemitischer Einstellungen als kollektiver Lernprozess, in: Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen (Hrsg.), Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 296-319

Brosius, Hans-Bernd/Koschel, Friederike (2001): Methoden der empirischen Kommunikationsforschung – Eine Einführung, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag: S. 157-193

Bundeswahlleiter (2005): auf: <http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/presse/pd391211.html>, Stand: 03. August 2007

Buse, Uwe, u.a. (2005): Die Nacht der langen Gesichter, in: Der Spiegel Wahlsonderheft 19.09.2005, S. 20-29

Der Stern (2006): Nr. 47/16.11.2006

Eilders, Christiane/ Neidhardt, Friedhelm/ Pfetsch, Barbara (2004): Einleitung: die „Stimme der Medien“ – Pressekommentare als Gegenstand der Öffentlichkeitsforschung, in: Eilders, Christiane/Neidhardt, Friedhelm/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): Die Stimme der Medien - Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, Wiesbaden: VS, S. 167-193

Eilders, Christiane (2004): Methodenteil (mit Variablenglossar), in: Eilders, Christiane/ Neidhardt, Friedhelm/ Pfetsch, Barbara (Hrsg.): Die Stimme der Medien - Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, Wiesbaden: VS, S. 167-193

Erbring, Lutz (1989): Nachrichten zwischen Professionalität und Manipulation – Journalistische Berufsnormen und politische Kultur, in: Kaase, Max/Schulz, Winfried (Hrsg.): Massenkommunikation – Theorien, Methoden, Befunde, Köln, Westdeutscher Verlag, S. 301-313

FAZ.NET (2006): auf: <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E7DE28A3C4B5B4A049AF94A3FBBE2F45E~ATpl~Ecommo n~Scontent.html>, am 10.08.2007

Filzmaier, Peter/Plasser, Fritz (2001): Wahlkampf um das Weiße Haus – Presidential Elections in den USA, Opladen, Leske und Budrich

Fleischhauer, Jan (2005): Das Kanzleramt – eine Anleitung für den wichtigsten Arbeitsplatz der Republik, in: Der Spiegel Nr. 38/17.09.2005

Focus-Online (2005): auf: http://www.focus.de/politik/deutschland/ vereidigung_nid_21722.html am 12.06.2007

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007): auf <http://www.faz.net/s/homepage.html>, Stand: 06.06.2007

Früh, Werner (1998): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis 4., überarbeitete Aufl.; Konstanz: UVK

Fuchs, Dieter/Pfetsch, Barbara (1996): Die Beobachtung der öffentlichen Meinung durch das Regierungssystem, in: van den Daele, Wolfgang/Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Kommunikation und Entscheidung. WZB-Jahrbuch 1996. Berlin: edition sigma, S. 103-138

Gerhards, Jürgen (1998): Öffentlichkeit, in Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.): Handbuch der politischen Kommunikation. Opladen, Westdeutscher Verlag, S.268-274

Gerhards, Jürgen/Neidhardt Friedhelm (1991): Aspekte moderner Öffentlichkeit – Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: Müller-Doohm, Stefan/Neumann-Braun, Klaus (Hrsg.): Öffentlichkeit – Kultur – Massenkommunikation, Oldenburg: bis, S. 31-84.

Geyer, Matthias/Kurbjuweit, Dirk/Schnibben, Cordt (2005): Operation Rot-Grün – Geschichte eines politischen Abenteuers, München: Deutsche Verlags-Anstalt

Hagen, Lutz M. (1992): Die opportunen Zeugen. Knstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion. In: Publizistik, 37, S.444-460.

Jarren, Otfried (1996): Auf dem Weg in die „Mediengesellschaft“? Medien als Akteure und institutionalisierter Handlungskontext. Theoretische Anmerkungen zum Wandel des intermediären Systems. In: Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hrsg.): Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft, Zürich: seismo, S.79-96.

Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2002): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft – Eine Einführung – Band 1: Verständnis, Rahmen und Strukturen, Wiesbaden:Westdeutscher Verlag

Kepplinger, Hans Mathias, (2001): Die Kunst der Skandalierung und die Illusion der Wahrheit, München: Olzog Verlag GmbH

LexisNexis professional (2005): auf <http://www.lexisnexus.de>, Stand: 04.06.2007

Lüter, Albrecht (2004): Politische Profilbildung jenseits der Parteien? Redaktionelle Linien in Kommentaren deutscher Qualitätszeitungen, in: Eilders, Christiane/ Neidhardt, Friedhelm/ Pfetsch, Barbara (Hrsg.?): Die Stimme der Medien - Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, Wiesbaden: VS, S.167-194

Luhmann, Niklas (1994): Politische Planung – Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung; 4.Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag

Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien, 2. erweiterte Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag

Manager-Magazin (2004): auf <http://www.manager-magazin.de>, am: 14.06.2007

Merten, Klaus (1995): Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis 2., verbesserte Auflage; Opladen: Westdeutscher Verlag

Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen (Hrsg.), Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie

Noelle-Neumann, Elisabeth (1980): Die Schweigespirale – Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut, München: R. Piper & Co.

Nolte, Kristina (2005): Der Kampf um Aufmerksamkeit – Wie Medien, Wirtschaft und Politik um eine knappe Ressource ringen, Frankfurt, New York: Campus Verlag

Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y./Dempsey, Glenn R. (1987): What moves public opinion? In: American Political Science Review, 81 S.23-43

Peters, Bernhard (1994): Bedingungen, Strukturen und Funktionen von Öffentlichkeit – Der Sinn von Öffentlichkeit; in: Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen (Hrsg.), Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie

Pfetsch, Barbara (2004): Geschlossene Gesellschaft? Akteursensembles und Akteursbewertungen in Pressekommentaren, in: Eilders, Christiane/ Neidhardt, Friedhelm/ Pfetsch, Barbara (Hrsg.): Die Stimme der Medien - Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, Wiesbaden: VS, S. 74-105

Pöttker, Horst (2003): Kommunikationsstörungen? Zur Systematik der sozialen Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten, in: Sarcinelli, Ullrich/Tenscher, Jens (Hrsg.): Machtdarstellung und Darstellungsmacht, Baden-Baden: Nomos, S. 149-167

Politbarometer (2005) auf <http://www.zdf.de> am 05.03.2007

Rettich, Markus (2005): Medienbonus für die Kanzlerin, nicht für die Koalition, auf www.mediatenor.de am 06.05.2007

Rössler, Patrick (2005): Inhaltsanalyse, Stuttgart: UVK

Sarcinelli, Ulrich (2005): Politische Kommunikation in Deutschland – Zur Politikvermittlung im demokratischen System, Wiesbaden: VS, S.60-63

Schenk, Michael (1989): Massenkommunikation und interpersonale Kommunikation, in: Kaase, Max/Schulz, Winfried (Hrsg.): Massenkommunikation – Theorien, Methoden, Befunde, Köln: Westdeutscher Verlag, S.406-416

Schönbach, Klaus (1977): Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums. Freiburg/München: Alber

Schröder, Gerhard (2006): Entscheidungen – Mein Leben in der Politik, Hamburg: Hoffmann und Campe

Schulz, Winfried (1993): Medienwirklichkeit und Medienwirkung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40, S. 16-26

Schwäbisches Tagblatt (2007): auf: <http://www.tagblatt.de/index.php?nav1=TAGBLATT-Abo&nav2=Ausgaben%2C+Verbreitungsgebiet%2C+Auflagen> h%F6he, am 04.08.2007

Spiegel-Online (2006): auf: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,437299,00.html>, am 21.05.2007

Staab, Joachim Friedrich (1990): Nachrichtenwert-Theorie – Formale Struktur und empirischer Gehalt, Freiburg/München: Alber

Stern.de (2005): auf <http://www.stern.de/politik/deutschland/:Elefantenrunde-Wortlaut-Machen/546239.html>, am 01.12.2006

Wiedemann, Heinrich (2004): Selbstmediatisierung der Politik – Verschmelzung von Medien und Politik, in: Kreyher, Volker J.: Handbuch Politisches Marketing – Impulse und Strategien für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden: Nomos, S. 333-343

Wilke, Jürgen (1989): Geschichte als Kommunikationsereignis – Der Beitrag der Massenkommunikation beim Zustandekommen historischer Ereignisse, in: Kaase, Max/Schulz, Winfried (Hrsg.): Massenkommunikation – Theorien, Methoden, Befunde, Köln: Westdeutscher Verlag, S. 57-71

8. Anhang

Im Endeffekt erwies sich das hier aufgeführte Codebuch für die Analyse als zu umfangreich, da sich die Aussagen in den Pressekommentaren in der Regel auf wenige Akteure begrenzten und andere hier aufgelistete Akteure entweder nur sehr selten oder überhaupt nicht in den Kommentaren aufgegriffen wurden. Es soll hier allerdings dokumentiert werden, welches Werkzeug dieser Inhaltsanalyse zugrunde lag und verwendet wurde, deswegen wurden nachträglich keine Variablenausprägungen aus dem Codebuch entfernt. Andere Ausprägungen wie beispielsweise Ausprägung „Schröder-Anhängerschaft“ in der Variable *Aussageobjekt* wurden im Laufe der Untersuchung hinzugefügt, da nicht genau klassifiziert werden konnte, um welche Akteure es sich hierbei genau handelt, jedoch die Zugehörigkeit zur SPD als gegeben angesehen werden konnte. Es handelte sich allerdings nur um sehr wenige Ausprägungen, die nachträglich hinzugefügt wurden, da vor Beginn der Auswertung bereits viel Zeit dafür verwendet wurde, ein möglichst vollständiges Codebuch zu entwickeln.

Das Codebuch

[ID1]

Diese Variable enthält eine fortlaufende dreistellige Nummer anhand derer die Zeitungen klassifiziert wurden, sowie die Nummer des jeweiligen Kommentarartikels festgehalten wurde.

100-199 Die Welt
200-299 Die Frankfurter Allgemeine Zeitung
300-399 Die Süddeutsche Zeitung
400-499 Die Frankfurter Rundschau
500-599 Die Tageszeitung

[ID2]

Diese Variable enthält eine fortlaufende Nummerierung der einzelnen Aussagen, die in den Kommentaren ausgemacht wurden.

[Datum]

Diese Variable enthält das Erscheinungsdatum des Kommentars. Die Codierung erfolgte nach dem Muster: Tag (2-stellig), Monat (2-stellig), Jahr (4-stellig)

[URHEBER]

Diese Variable klassifiziert den jeweiligen Verfasser der Aussage. Hierbei genügte lediglich die folgenden zwei Ausprägungen:

01 Journalist
02 anderer

[AUSSAGEOBJEKT]

Erfasst wurde in dieser Variable der Akteur, bzw. das Aussageobjekt, auf den sich die vorliegende Aussage bezieht.

100 SPD als Akteur
110 Bundeskanzler Gerhard Schröder
120 SPD-Vorsitzender Franz Müntefering
130 SPD Fraktion allg.
131 Ludwig Stiegler
132 Andrea Nahles
133 Wolfgang Thierse
135 sonstiges Mitglied der SPD Fraktion
140 SPD Parteivorstand allgemein
141 SPD-Präsidium
145 Schröder-Anhängerschaft (ohne genaue Definition)
146 SPD-Führung (ohne genaue Definition)
150 SPD Generalsekretär Klaus-Uwe Benneter
160 SPD Bundesminister allg.
161 Designierter Außenminister Frank Walter Steinmeier
162 Designierter Finanzminister Peer Steinbrück
163 Designierte Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul
164 Designierter Umweltminister Sigmar Gabriel
166 Gesundheitsministerin Ulla Schmitt
168 Designierter Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee
170 Bisherige Bundesminister SPD
171 Wirtschafts-/Arbeitsminister Wolfgang Clement
172 Innenminister Otto Schily
173 Verteidigungsminister Peter Struck
174 Justizministerin Brigitte Zypries
175 Bildungsministerin Annette Schavan
180 SPD Ministerpräsidenten allg.
181 Klaus Wowereit (Berlin)
182 Matthias Platzeck (Brandenburg)
183 Jens Böhnsen (Bremen)
184 Harald Ringstorff (Meckelnburg-Vorpommern)
185 Kurt Beck (Rheinland-Pfalz)
190 SPD Landespolitiker allg.
191 sonstige SPD Mitglieder
192 sonstige prominente SPD Mitglieder

- 200 CDU/CSU als Akteur
- 210 CDU als Akteur
- 220 CDU-Vorsitzende Angela Merkel
- 230 CDU/CSU Fraktion allgemein
- 231 Friedrich Merz
- 232 Sonstiges Mitglied der CDU/CSU-Fraktion
- 233 Designierter Bundestagspräsident Norbert Lammert
- 238 „Reformer“ in der Union (nicht genau definiert)
- 239 „Christsozialen“ in der Union (nicht genau definiert)
- 240 CDU Generalsekretär (Volker Kauder)
- 241 Bundespräsident Horst Köhler
- 250 CDU Ministerpräsidenten allg.
- 251 Günther Oettinger (Baden-Württemberg)
- 252 Ole von Beust (Hamburg)
- 253 Roland Koch (Hessen)
- 254 Niedersachsen (Christian Wulff)
- 255 Nordrhein-Westfalen (Jürgen Rüttgers)
- 256 Peter Müller (Saarland)
- 257 Georg Milbradt (Sachsen)
- 258 Wolfgang Böhmer (Sachsen-Anhalt)
- 259 Peter Harry Carstensen (Schleswig-Holstein)
- 260 Designierte CDU-Bundesminister
- 261 Innenminister Wolfgang Schäuble
- 262 Verteidigungsminister Franz-Josef Jung
- 263 Familienministerin Ursula von der Leyen
- 264 Kanzleramtsminister Thomas de Maiziere
- 270 CDU Landesverband
- 271 sonstige CDU Mitglieder
- 272 sonstige prominente CDU Landespolitiker
- 280 CSU als Akteur
- 281 CSU-Vorsitzender Edmund Stoiber
- 290 CSU Parteivorstand allg.
- 291 Horst Seehofer (stellv. Vorsitzender)
- 292 Günther Beckstein
- 293 Michael Glos
- 294 Erwin Huber
- 299 CSU Politiker allg.
- 294 sonstige prominente CSU Mitglieder
- 295 Paul Kirchhof (parteilos / vor der Wahl Kandidat für Finanzministerposten)

- 300 Die Grünen als Akteur
- 310 Grünen-Parteivorsitzenden (Claudia Roth und Reinhard Bütikofer gemeinsch.)
- 320 Grünen Fraktion allg.
- 321 Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt
- 322 Grünen-Fraktionsvorsitzende Krista Sager
- 323 sonstiges Mitglied der Fraktion Die Grünen
- 330 Grünen Bundesvorstand
- 331 Claudia Roth
- 332 Reinhard Bütikofer
- 333 Fritz Kuhn
- 340 Grünen Bundesminister allg.
- 341 Umweltminister Jürgen Trittin
- 342 Außenminister Joschka Fischer
- 343 Verbraucherschutzministerin Renate Künast
- 350 Grünen Landespolitiker allg.

360 sonstige Mitglieder Die Grünen

400 FDP als Akteur
410 FDP Vorsitzender Guido Westerwelle
420 FDP Fraktion allg.
421 FDP Fraktionsvorsitzender Wolfgang Gerhard
422 sonstiges Mitglied der FDP Fraktion
430 FDP Bundesvorstand
435 FDP Generalsekretär Dirk Niebel
440 FDP Landespolitiker allg.
450 sonstige FDP Mitglieder
451 sonstige prominente FDP Mitglieder

600 PDS/Die Linke als Akteur
610 PDS/Die Linke Vorsitzender Lothar Bisky
620 PDS/Die Linke Parteivorstad allgemein
630 sonstige Mitglieder der PDS/Die Linke
641 Gregor Gysi
642 Oskar Lafontaine

700 Die politische Klasse allgemein
710 Koalitionen
711 Große Koalition
712 Jamaika-Koalition
713 Ampel-Koalition
714 Rot-Rot-Grün
715 Rot-Grün (auch mögliche Minderheitskoalition)
716 Schwarz-Gelb (auch mögliche Minderheitskoalition)
730 Das Parlament/Der Bundestag

800 Andere Akteure allg.
810 Die Wähler /Der Wähler (als Kollektiv)
820 Die Medien
821 Journalist(en)
830 Prominenter (unpolitischer Akteur)
840 Akteure aus der Wirtschaft (unpolitisch)
850 Das Wahlergebnis als Akteur
860 Die Meinungsforschung
870 Das Bundesverfassungsgericht
880 Die Wissenschaft allg.
890 Gewerkschaftsakteure

900 Deutschland allg.
910 Europa allg.
999 Keine Angabe/nicht bestimmbar

[BEWERTUNG]

Die Art der Bewertung in der Aussage wurde anhand folgender drei Ausprägungen kategorisiert:

01 Positiv
02 negativ
03 neutral

[GEGENSTAND]

In dieser Variable wurde der thematische Bezug, auf den sich die jeweiligen Aussage bezieht, kategorisiert.

110 Bundestagswahl

111 Wahlergebnis allgemein

112 Wählerauftrag

113 Abschneiden Union

114 Abschneiden SPD

115 Abschneiden FDP

116 Abschneiden Grüne

117 Abschneiden Linkspartei

118 Nachwahl in Dresden

120 Kanzlerfrage

121 Schröder als Kanzler

122 Merkel als Kanzlerin

123 anderer Akteur als Kanzler

124 wechselnde Kanzlerschaft

130 Koalitionsoptionen

131 Große Koalition

132 Jamaika-Koalition

133 Ampel

134 Schwarz-Gelb (auch Minderheitskoalition)

135 Rot-Grün (auch Minderheitskoalition)

136 Rot-Rot-Grün

137 Prozess der Koalitionsbildung/Regierungsbildung allgemein

140 Sondierungsgespräche

141 Union und Grüne

142 SPD und Grüne

143 Union und FDP

144 SPD und FDP

145 Union und SPD

150 Koalitionsverhandlungen

151 Sachpolitische Resultate

152 sachpolitische Forderungen

160 Kabinettsbesetzung

161 Ministerposten allgemein

162 Vizekanzler

163 Außenminister

164 Wirtschaftsminister

165 Minister für Arbeit und Soziales

166 Verteidigungsminister

167 Finanzminister

168 Kanzleramtsminister

169 sonstige

170 Allgemeines Auftreten

171 Auftreten in Berliner Runde

172 Pressekonferenz

173 Parteitag

- 174 Interview in den Medien
- 175 Auftreten der Partei allgemein
- 176 Auftreten des Akteurs im TV-Duell
- 177 nicht bestimmbar

- 180 Rückzug/ Rücktritt eines Akteurs
- 181 Rückzug Schröder
- 182 Rückzug Merkel
- 183 Rücktritt Fischer
- 184 Rückzug Müntefering
- 185 Rückzug Stoiber

- 190 Mögliche Rolle der Partei in der kommenden Legislaturperiode
- 191 Mögliche Rolle der Partei in der Regierung
- 192 Mögliche Rolle der Partei in der Opposition

- 200 Sonstiges
- 211 politischer Prozess der Regierungsbildung allgemein
- 212 Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers
- 213 Fraktionsvorsitz
- 214 Zusammensetzung des Bundestags
- 215 Aufspalten der Fraktion der Union
- 216 Wahl des Bundestagspräsidenten
- 217 Nachfolge Stoibers als Ministerpräsident in Bayern

- 221 Geschlossenheit für Kanzlerin Merkel durch Schröders Auftreten
- 222 Geschlossenheit für Kanzler Schröder durch Merkels Auftreten

- 230 Rolle allgemein
- 231 Rolle des Akteurs in der Vergangenheit
- 232 Rolle der Partei in der Vergangenheit
- 233 Rolle des Akteurs derzeitig
- 234 Rolle der Partei derzeitig

- 240 Allgemeine Lage in Deutschland
- 250 Mögliche Medienkampagne gegen die Bundesregierung

- 888 nicht bestimmbar

- 999 nicht bezogen auf Bundestagswahl oder Regierungsbildung

Bei der anschließenden Analyse mussten teilweise zur Vereinfachung mehrere Variablenausprägungen zusammengefasst werden. Beispielsweise erhielten sämtliche Aussagen über Parteiakteure der SPD in der hinzugefügten Variable **[parteien]** die einheitliche Nummer 100, Akteure der Union die Nummer 200 usw. Ähnlich musste bei der Variable *IDI* verfahren werden. Hierbei wurden die Ausprägungen in der Variable **[zeitung]** zu einheitlichen Nummern zusammengefasst, anhand derer die jeweilige Zeitung festgemacht werden konnte (Die

Ausprägungen von 101-199 erhielten in der neuen Variable die einheitliche Nummer 100 für *die Welt*, die Ausprägungen 201-299 die Nummer 200 für die *FAZ* usw.). Verschiedene Ausprägungen der Variable *Gegenstand* wurden ebenfalls in einer zusätzlich hinzugefügten Variable [**thema**] zusammengefasst (z.B. erhielten die Ausprägungen von 110 bis 118 in der neuen Variable die gemeinschaftliche Nummer 110 für *Bundestagswahl allgemein*). Das *Datum* wurde anschließend in der hinzugefügten Variable [**zeitraum**] in zwei Ausprägungen unterteilt (*Zeitraum 1* und *Zeitraum 2*). Weitere Variablen, in denen bestimmte Ausprägungen der Variable *Aussageobjekt* fokussiert wurden, wurden mit [**akteur**] (Betrachtung der vier Spitzenakteure der beiden großen Parteien), [**koalition**] (Die unterschiedlichen Koalitionsmöglichkeiten) und [**koal2**] (Die *Große Koalition* und *Andere Koalitionen*) bezeichnet.

9. Eidesstattliche Versicherung

„Ich versichere an Eides statt durch meine Unterschrift, dass ich die hier vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe angefertigt und alle Stellen, die ich wörtlich oder annähernd wörtlich aus Veröffentlichungen entnommen habe, als solche kenntlich gemacht habe, mich auch keiner anderen als der angegebenen Literatur oder sonstiger Hilfsmittel bedient habe. Die Arbeit hat in dieser oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsstelle vorgelegen.“

Duisburg, den 15. August 2007